



KODAK GRAY SCALE



C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

Ad 5

G e s u c h
der
Bekenner des jüdischen Glaubens
im Herzogthum Braunschweig
an
Se. Hochfürstliche Durchlaucht
den regierenden
Herrn Herzog Wilhelm von Braunschweig-
Lüneburg
um
gnädigste Verleihung
voller bürgerlichen Rechte.

UB Braunschweig

84



2814-009-4

G e s u c h
der
Bekenner des jüdischen Glaubens
im Herzogthum Braunschweig
an
Se. Hochfürstliche Durchlaucht
den regierenden
Herrn Herzog Wilhelm von Braunschweig-
Lüneburg
um
gnädigste Verleihung
voller bürgerlichen Rechte.

Verfaßt und mit erläuternden Zusätzen versehen

von

G. A. Seitel,

Doctor der Rechte, Advokaten zu Braunschweig.

BIBLIOTHEK
HISZ. RES. DIR. entwertet

Braunschweig,
gedruckt bei Friedrich Vieweg und Sohn.

1831.

«In diesem Streite der Meinungen wird, wie immer, die Zeit siegen —
»und die Liebe behält immer Recht, denn sie allein ist unsterblich.»

Boerne.



V o r w o r t.

Im März dieses Jahrs erhielt ich von den Herren Vorstehern der hiesigen israelitischen Gemeinde den Auftrag, ein Gesuch an den Durchlauchtigsten Herrn Herzog Wilhelm von Braunschweig = Lüneburg um volle bürgerliche Gleichstellung der Befenner des jüdischen Glaubens mit den Anhängern der christlichen Kirchen im Herzogthum zu entwerfen. Mein Entwurf wurde genehmigt, und das Gesuch Sr. Herzoglichen Durchlaucht am 27sten März überreicht. Später beschloß man, einen Abdruck desselben mit ergänzenden und erläuternden Anmerkungen der den Ständen des Landes vor der Eröffnung des nächsten Landtages zu übergebenden Adresse beizufügen, um denselben eine leichte und bequeme, registerartige Uebersicht der bisherigen Verhandlungen für und wider die Emancipation mit steter Rücksicht auf das Gesuch zu geben. Dies der Zweck und die Veranlassung der gegenwärtigen Druckschrift, deren Erscheinen durch das Herbeischaffen der Materialien und durch meine anderen regelmäßigen Berufsgeschäfte etwas verzögert ist. Die

Rechte der Israeliten sind bereits von so vielen tüchtigen Männern verfochten, daß meine Aufgabe weniger war, neue Ideen und Bertheidigungsgründe aufzufinden, als vielmehr die in vielen Schriften zerstreut liegenden Gründe kurz zusammenzustellen, hin und wieder noch zu verdeutlichen und zu verstärken, und auf mein Vaterland anzuwenden. Manche Stellen aus vorzüglichen Schriften wird man wörtlich abgedruckt finden, weil es eine vergebliche und unfruchtbare Mühe von meiner Seite gewesen sein würde, dieselben Gedanken besser oder nur eben so gut auszudrücken, weil der Name des Verfassers dem Gedanken mehr Gewicht giebt und weil ein bloßes Verweisen auf die betreffende Schrift dem angeführten Zwecke nicht entsprochen hätte. Ich fürchte nicht, daß meine Auctoritäten, namentlich Herr Professor Krug, mir deshalb einen Vorwurf machen werden.

Daß die Meinung, die ich mit Liebe für die Sache und mit voller, inniger Ueberzeugung vertreten habe, die richtige sei, wird, wie ich hoffen darf, die erhabene Landesregierung im Verein mit den ehrenwerthen Vertretern des Landes bald entscheiden.

Braunschweig, im August 1831.

G. A. Geitel, Dr.

Durchlachtigster Herzog, Gnädigster Fürst und Herr!

Die Bewohner des Herzogthums Braunschweig, welche sich zur israelitischen Religion bekennen, bitten unterthänigst um gnädigste Anerkennung ihrer bürgerlichen Rechte.

Der erhabene, schon vielfach durch die That ausgesprochene Wille Ew. Herzoglichen Durchlaucht, Beglückter Höchstherr Unterthanen zu werden, eine neue bessere Zeit für dieselben in's Leben zu rufen, einem Jeden unbeschränkte Freiheit seiner Ideen und Meinungen zu gestatten, und nur die That zu belohnen und zu bestrafen, flößt auch uns, die wir sammt unsern Vätern seit Jahrhunderten das Glück hatten, von den edlen Fürsten des Welfenstammes beherrscht zu werden, und nie in der Gesammtheit unsere Unterthanenpflichten verletzt haben, die frohe Zuversicht ein, daß auch unsere, auf Menschlichkeit und Gerechtigkeit sich stützende Bitte ein gnädiges Gehör finden werde.

Nachdem die Fremdherrschaft, die uns volle Gleichstellung mit den christlichen Unterthanen hatte zu Theil werden lassen, vernichtet war, wozu auch wir mit freudigem Eifer für die Sache des Vaterlandes alle Kräfte, die uns zu Gebote standen, opferten, haben wir fortwährend alle Pflichten gleich den übrigen Staatsbür-

gern getreulich erfüllt; gleiche Steuern und Abgaben trafen uns; die Wohlthätigkeits- und Unterrichts-Anstalten bestanden mit durch unsere Beiträge; wie jeder Staatsbürger wurden wir zum Militairdienste gezogen; in den Reihen der Bürger wachten auch wir für die Sicherheit des Staates, und nie hat der Staat uns die Ausübung irgend einer Pflicht verweigert oder erspart. Nie haben wir uns lässig im Dienste des Vaterlandes gezeigt; nie haben wir gemurrt, wie schwer und unerschwinglich uns auch oft die Lasten und Abgaben wurden, da wir nur auf wenige Erwerbszweige verwiesen waren, und außerdem mit unsern alleinigen Mitteln unsere Armen ernähren, unsere Schulen, Kirchen und Geistlichen erhalten mußten. Seit mehr als 16 Jahren sind alle diese Pflichten von uns still und ohne Gepränge erfüllt, seit 16 Jahren haben wir es nicht gewagt, der Gerechtigkeit des Staates, der Gnade unseres Fürsten und der Humanität unserer Mitbürger durch Bitten vorzugreifen. Wir hofften, daß die That, daß die Sache selbst immer lauter für uns sprechen, daß die Stimme der christlichen Liebe sich immer lebendiger zu unseren Gunsten erheben, daß auch uns gleiche Theilnahme an den bürgerlichen Rechten gegen treue Erfüllung aller Bürgerpflichten ohne unsere Bitten nicht länger verweigert werden würde. Wir blickten mit vollem Vertrauen auf den Art. 56 der Höchsten Verordnung vom 26. März 1823, den Landtagsabschied betreffend, errichteten neue Schulen, verbesserten in mannigfacher Hinsicht die älteren Unterrichts-Anstalten, und waren aufs sorgfältigste um eine geregeltere Erziehung und Bildung unserer Söhne und Töchter.

ter bemüht, indem wir so am besten in den Geist des Art. 56 einzugehen und dessen großherzigen Verheißungen entgegenzukommen glaubten. Erst jetzt erdreisten wir uns, das zu erbitten, was wir der strengsten Gerechtigkeit gemäß fordern könnten, was der Stifter der christlichen Religion seinen Jüngern zum ersten Gesetze machte: Liebe, Freiheit des Glaubens und gleiche Gewährung der Menschenrechte, zu denen im Staatsverbande auch die Bürgerrechte gehören. — Aus welchen Gründen, dürfen wir als vernünftige Wesen fragen, ist uns bis jetzt die volle bürgerliche Freiheit, der Vollgenuß der Vortheile unseres Vaterlandes, an welches sich unsere ganze Existenz knüpft, vorenthalten, oder doch wenigstens nicht verfassungsmäßig verbürgt? Die Gründe können nur äußere, können nur Nebengründe sein; denn daß wir Menschen sind, mit allen Anlagen zur Vollkommenheit ausgerüstet, zu jedem Guten fähig, wie der Christ, wird uns Niemand bestreiten wollen. Mag es uns denn erlaubt sein, die Ursachen zu errathen, die uns den Zutritt zum Staatsdienste, den Antheil an der Volksvertretung, den Grundbesitz im Allgemeinen, den unbeschränkten Betrieb aller Künste und Handwerke, und, was dies Alles in sich begreift, die formelle Anerkennung unserer bürgerlichen Rechte versagen; und mag es uns gelingen, diese Ursachen zu beseitigen.

Man wird uns zuvörderst den Artikel 16 der Bundesacte entgegenhalten, demzufolge »die hohe Bundesversammlung in Berathung ziehen wird, wie auf auf eine möglichst übereinstimmende

»Weise die bürgerliche Verbesserung der Be-
 »ner des jüdischen Glaubens zu bewirken sei,
 »und wie insonderheit denselben der Genuss der
 »bürgerlichen Rechte gegen die Uebernahme al-
 »er Bürgerpflichten in den Bundesstaaten ver-
 »schafft und gesichert werden könne;« und uns,
 weil den gemeinsamen Beschlüssen der Deutschen Fürsten
 nicht vorgegriffen werden dürfe, — auf die Maaßnahmen
 des Durchlauchtigen Deutschen Bundes vertrauen, de-
 nen wir seit 16 Jahren mit schmerzlicher Geduld ent-
 gegensahen. Kann aber der Durchlauchtige Bund wohl
 dadurch verletzt werden, wenn der einzelne hochherzige
 Fürst alte Fehler in seinem Lande ausrottet, und ge-
 recht gegen alle seine Unterthanen ist? Kann durch
 jenen Artikel dem einzelnen Deutschen Bundesfürsten die
 Pflicht auferlegt sein, den Bundesbeschluss unthätig zu
 erwarten? Ganz im Geiste der hohen Bundesversamm-
 lung und der Bundesacte selbst scheint es vielmehr zu
 liegen, daß durch Maaßregeln und Versuche in ein-
 zelnen Staaten der Beschluß der Gesamtheit vorbe-
 reitet und bestimmt werden soll; und sind auch be-
 reits Kurhessen, Weimar, Würtemberg u. a. zu ih-
 rem und ihrer jüdischen Unterthanen Besten mit ei-
 nem ehrenden Beispiele vorangegangen. Ebenso ver-
 bürgt auch eine große Zahl Deutscher Bundesstaa-
 ten, welche Gesetze gegen den Nachdruck und zur
 Sicherung der Rechte der Schriftsteller und Verle-
 ger bereits erlassen haben, diesen Geist der Bun-
 desacte, diese Absicht der hohen Bundesversammlung;
 denn auf gleiche Weise verspricht der Artikel 18 der

Bundesacte: »Die Bundesversammlung wird sich bei
 »ihrer ersten Zusammenkunft mit Abfassung gleich-
 »förmiger Verfügungen über die Sicherstellung der
 »Rechte der Schriftsteller und Verleger gegen den
 »Nachdruck beschäftigen.« — Möglich, daß die hohe
 Bundesversammlung bis jetzt zu den verheißenen all-
 gemeinen Bestimmungen die nöthige Muße nicht hat
 finden können; noch wahrscheinlicher, daß die verschie-
 denartige Bildungsstufe und Verfassung der einzelnen
 Deutschen Staaten den Gesichtspunkt noch nicht hat
 entdecken lassen, der für alle Bundesstaaten passend
 sein möchte; möglich sogar, daß ein solcher allgemeiner
 Gesichtspunkt ganz, oder wenigstens für lange Zeit
 noch, unerfindlich sein wird! — Soll aber hiedurch
 die väterliche Hand der Deutschen Fürsten gebunden
 sein, sollen sie ferner auf eine Möglichkeit hin das
 Gebot der Religion und des Rechts entthören, sollen
 sie, weil es schwer hält oder unmöglich ist, ein glei-
 ches Recht für ganz Deutschland zu erdenken, in ih-
 ren Staaten das Recht nicht entfesseln, nicht den pri-
 vativen Gesichtspunkt verfolgen, der sich ihrer Einzel-
 Wirksamkeit leicht darbietet? — Die Verneinung liegt
 in der Frage selbst; — sie wird aber noch entschie-
 dener gegeben, wenn wir deutlich und zweifellos in
 dem Art. 16 das Princip erkennen, nach welchem
 der Deutsche Bund seine Verfahrungsweise bestimmen
 wird: daß nämlich den Bekennern des jüdi-
 schen Glaubens der Genuß der bürgerlichen
 Rechte gegen die Uebernahme aller Bürger-
 pflichten in den Bundesstaaten verschafft

und gesichert werden soll. Wird dieses Princip nur in dem einzelnen Bundesstaate aufgefaßt, so ist das Gesetz leicht gefunden, welches dem Willen des hohen Bundes unter Berücksichtigung der Verhältnisse dieses bestimmten einzelnen Staates entspricht.

Nicht uninteressant dürfte in dieser Hinsicht eine Erklärung des Königlich Preussischen Staats-Kanzlers Fürsten von Hardenberg in einem Schreiben an den Senat von Lübeck d. d. Wien den 10^{ten} Juni 1815 sein: »Die auf dem Kongresse geäußerten Meinungen einer entschiedenen Majorität, und der hierauf begründete Beschluß des Kongresses lassen keinem Zweifel darüber Raum: daß es die ernstliche Absicht des gesammten Deutschlands ist, den jüdischen Einwohnern gegen die Uebernahme der bürgerlichen Pflichten auch den Genuß der bürgerlichen Rechte zu bewilligen, und hierdurch für die Sache des Christenthums nicht bloß das zu gewinnen, daß die schwere Schuld vieljähriger, zum Theil grausamer Unduldsamkeit auf dem gerechtesten Wege gelöst, sondern auch das, daß einer zahlreichen Klasse von Einwohnern Deutschlands der Uebergang zum Bessern auf dem milden Wege der Ueberzeugung möglich gemacht werde.«

Ein zweiter Einwand ist, daß die Israeliten noch nicht reif zum Genuße aller bürgerlichen Rechte seien, daß sie kein Interesse für den Staat, keine Liebe für ihre Mitbürger hegen, und daß selbst ihre Religion die Selbstsucht, den Haß und die Verfolgung Anders-

glaubender lehre, und ihnen in der Erfüllung der bürgerlichen Pflichten hinderlich sei.

Uns scheint dieser Einwand der wichtigste, und dürfen wir deshalb in seiner Widerlegung etwas ausführlicher sein:

Es wäre nicht zu verwundern, wenn der Jude sklavisch gesinnt, tückisch und ganz entwürdigt wäre; denn er schmachtete ja fast 2000 Jahre unter dem Drucke vom Vater auf den Sohn vererbter Vorurtheile, Jahrtausende lang ward er von den Christen als ein Auswurf der Menschheit betrachtet und behandelt, Jahrtausende haben ihm die Menschenrechte und, was denselben im Staate ja gleich ist, die durch die Verfassung gewährten Menschenrechte, die Bürgerrechte versagt. Welche Nation, welche Menschenklasse kann sich aber den Zwecken des Staates gemäß gleichförmig bilden und entwickeln, wenn der Staat sie ausstößt, sie ganz außer Acht läßt, und nicht leitend, bildend und unterstützend auf sie einzuwirken sucht? Alle Sklavenvölker sind tückisch und ungebildet, selbst das hehre Volk der Griechen sank, von Türkischer Gewaltherrschaft zu Boden gedrückt, zu gemeinen Seeräubern herab. Nur wenn dem Menschen die Achtung, die ihm als Ebenbilde Gottes zukommt, nicht versagt wird, wenn seine Anlagen, seine Bemühungen, seine Verdienste anerkannt werden, wenn seine Mitmenschen ihm Vertrauen schenken, und ihm dadurch Achtung und Vertrauen gegen sich selbst einflößen, nur dann wird er Bildung, wird er geistige Kraft erlangen, und zum allgemeinen Besten thätig mitwirken. Der Mensch ist

Rechts wird dem Staate hundertfältige Früchte tragen.
 — »Es wird eine Zeit kommen«, weiffagt Herder in den Ideen zur Philosophie und Geschichte der Menschheit, Theil 4, Seite 41, »da man in Europa nicht mehr fragen wird, wer Jude oder Christ ist, denn auch der Jude wird nach Europäischen Sitten leben und zum Besten der Staaten beitragen, woran nur eine barbarische Verfassung ihn hindern, oder seine Fähigkeiten schädlich machen konnte.« Und schon ist nach dem Vorbilde Amerika's in Holland und Frankreich diese Weissagung in Erfüllung gegangen. Im 10ten Theile seiner sämtlichen Werke, Seite 117, ruft derselbe große Deutsche aus: »Welche Aussicht wäre es, die Juden, ein so scharfsinniges Volk, dem Wohle des Staates, der sie schützt, und andern, der Menschheit allgemein nützlichen Zwecken treu ergeben, in ihren Beschäftigungen und in ihrer Denkart selbst rein humanisirt zu sehen.« — »Wenn die Apostel, die auch Juden waren,« sagt Luther, »also hätten mit uns Heiden gehandelt, wie wir mit den Juden, es wäre nie ein Christ unter den Heiden geworden. Haben sie denn mit uns Heiden brüderlich gehandelt, so sollen wir wiederum brüderlich mit den Juden handeln.«

Nur wer seinem Eigennutze unter dem Deckmantel der Finsterniß fröhnen will, kann den Worten dieser Männer des Lichts sich hartnäckig entgegenstemmen. Es ist zwar nicht zu leugnen, daß sich viele Ungebildete unter den Juden finden, daß die Natur nicht allen Juden gleiche Geistesgaben verliehen hat, und daß die Anlagen von dem einen Juden mehr als von dem an-

dern benützt und ausgebildet sind. Allein wollte man nach dem Grade der Reife die Bürgerrechte vertheilen, so müßten Bauer, Handwerker, Künstler, Kaufmann und Gelehrter nicht unter Einem Gesetze stehen, ja jeder Staatsbürger müßte von Zeit zu Zeit geprüft werden, um danach immer verhältnißmäßig die Verminderung, Fortdauer oder Vermehrung seiner bürgerlichen Berechtigungen bestimmen zu können. — Doch wir sind überzeugt, daß unsere christlichen Mitbürger uns, den Bekennern der jüdischen Religion im Herzogthume Braunschweig, einen solchen Vorwurf, welcher hin und wieder der s. g. jüdischen Nation entgegengesetzt sein mag, nicht machen werden. Wir dürfen, ohne unbescheiden und eingebildet zu erscheinen, die Behauptung wagen, daß wir mit unsern christlichen Mitbürgern auf gleicher Bildungsstufe stehen, und daß wir mit gleicher Anstrengung unsere Kräfte zu vervollkommen streben.

In gewisser Hinsicht ähnelt dem eben widerlegten Einwande der Einwurf, daß die Juden kein Interesse für den Staat, keine Liebe für ihre Mitbürger hegen, und daß die Hauptquelle davon in ihrer Religion zu finden sei.

Mag es uns erlaubt sein, vor Allem die letztere starre Behauptung gründlich zu widerlegen, so wird die erstere, minder erhebliche sich um so leichter beseitigen lassen. Das alte Testament liegt einem jeden Christen offen vor, und er wird sich leicht daraus überzeugen, daß Moses und seine Nachfolger Liebe und Gehorsam zu den ersten Menschenpflichten zählten. Aber auch der so verrufene Talmud, der, weil die Chri-

sten stets zu bequem waren, ihn gründlich zu studiren, fast immer zur Negide unserer Unterdrückter mißbraucht ist, stimmt hierin vollkommen mit den Lehren des s. g. reinen Mosaismus, wie mit denen des Christenthums, überein. Einige Citate mögen dies beweisen:

»Die Tugendhaften aus allen Nationen werden
»des ewigen Lebens theilhaftig.«

»Man muß das Alter auch an einem Nichtjuden
»ehren.«

»Zu den Mitteln, vollkommen moralisch zu werden, gehört auch, daß man selbst einem Nichtjuden
»Geld ohne Zinsen leihe, wenn seinem Unglücke dadurch
»abgeholfen werden kann.«

Abendgebet: »Vergieb, o Herr, einem Jeden,
»der mich heute beleidigt hat!«

»Wer Ungerechtigkeit verübt, ist dem Ewigen,
»deinem Gotte, ein Gräuel.«

»Wer mit Maaß oder Gewicht einen Israeliten
»oder Andersglaubenden betrügt, übertritt das Verbot.«

»Wer falsch schwört, ist dem gleich, der den wahren
»Gott verleugnet.«

»Der Israelit betrage sich liebevoll gegen alle
»Leute.«

»Erlernt einer das Gesetz, und beobachtet keine
»Redlichkeit, was spricht die Welt von ihm: Weh ihm,
»der das Gesetz lernte, setzt doch, wie abscheulich sind
»seine Handlungen!«

»Du sollst streben, Gott ähnlich zu werden!«

»Die Herrschaft und Gewalt der Könige auf Erden
»ist ein Abglanz der Herrschaft Gottes im Himmel.«

„Die Landesgesetze sind bindend, wie die Religionsgesetze.“

Es dürfte nicht unwichtig sein, wenn wir uns hiebei über das Ansehen, dessen der Talmud gegenwärtig unter den Juden genießt, und über seine religiöse Gesetzeskraft etwas näher erklären, denn es sind von manchem Uebelgesinnten so abentheuerliche Dinge über den Talmud gesagt und geschrieben, daß man ihn fast für einen Verbrecherkatechismus halten sollte. Der Talmud, der gegenwärtig allein von den jüdischen Theologen studirt, von der Masse der Juden aber gar nicht, oder doch nur in zweckmäßigen Auszügen gelesen wird, besteht aus zwei von einander in allem Betracht verschiedenen Sammlungen, der Halacha (Lehren) und der Agada (Sagen). Die erstere enthält die Fortbildung der mosaischen Religion unter den verschiedenen Zeitumständen, und begreift nur rein sittliche Lehren, denen jeder Christ beipflichten muß; sie wird dabei aber auch nur als Tradition, als das Ergebniss des Religionsstudiums jüdischer Theologen betrachtet, und hat demnach etwa das Ansehen der symbolischen Bücher, oder vielleicht noch mehr das der Aussprüche und Schriften Luthers und der Reformatoren; sie ist im Ganzen weniger bindend als die katholische Tradition und die mannigfachen Schriften der Kirchenväter. Die Agada dagegen besteht aus einem ungeordneten, geistlos zusammengeworfenen Allerlei von reiner Philosophie, hoher Moral, sinnreichen Allegorien, und sinnlosen, ja völlig unsittlichen Stellen. Allein diese Agada ist nie für unfehlbar gehalten, sie ist nie für den Israeliten bin-

dend gewesen, und gegenwärtig werden nur ausgewählte Stellen aus derselben bei dem Jugendunterrichte benutzt. Die jüdischen Religionslehrer verabscheuen selbst die unmoralischen und unverständlichen Stellen der Agada so sehr, daß ein Rabbiner einst dem, der diese mit den sinnvollen Stellen vermischt hatte, im theologischen Eifer allen Antheil an der Seligkeit absprach, und daß es selbst bei den strengen Talmudisten eine unverbrüchliche Regel ist, nie über die Agada Fragen aufzuwerfen.

Wir hoffen, daß diese der strengsten Wahrheit entsprechenden Angaben zum Schutze des Talmuds genügen werden, und daß von uns nicht als nothwendige Vorbedingung zur Erlangung der bürgerlichen Rechte der Rücktritt zum alten Testamente, was nichts anders wäre als ein Bildungsrückschritt, verlangt werden möchte. Alles mit einem Worte zusammengefaßt, ist der Talmud die allmähliche Fortbildung der Lehren des Moses und der Propheten, und der Uebergang zu dem jetzigen, in ewigem Fortschreiten begriffenen Judenthume. Wir sind überzeugt, und jeder unbefangene Christ, der sich die Mühe nicht verdrießen läßt, unser Religionsganzes zu studiren, wird unsere Ueberzeugung theilen müssen, daß der Standpunkt, auf dem unsere Religion sich jetzt befindet, ein bei weitem höherer ist, als der des s. g. Mosaismus, und daß wir grade dann erst ein völlig heterogenes, starres, veraltetes und schädliches Element des Staates werden würden, wenn wir uns einer Religion, und Gebräuchen und Sitten, welche vor Jahrtausenden unseren

Ähnen genügten, von unserer gegenwärtigen höhern Bildungsstufe wieder zuwenden sollten. Man kann zwar das alte Testament idealisiren, allein idealisiren läßt sich auch der Talmud, läßt sich alles Historische und so auch jede Religion; dadurch ist aber für die Religion selbst, für deren historisches Wesen und praktisches Leben nichts gewonnen. Jede positive Religion hat ihre Fehler und Mängel, wie jeder menschliche Geist; jedes Religionsbuch, besonders wenn es zugleich die Geschichte der Religionsbekenner enthält, hat seine Irrthümer, Verwechslungen, falschen Bilder und dergleichen; allein diese mangelhaften Einzelheiten sind nur Einzelheiten und praktisch unwesentlich, denn sie werden von den Religionsbekennern selbst als mangelhaft erkannt; sie sind diesen aber durch ihre Verschmelzung mit dem Heiligen selbst nicht unwichtig, zum Theil zu einer lieben Gewohnheit geworden, und können nicht die Veranlassung zur Verwerfung einer im Ganzen vortrefflichen Religionsammlung geben. Der drückendste Geisteszwang würde es sein, wenn man den Juden bestimmte Glaubensartikel vorschreiben, wenn man ihre Traditionen revidiren, und, von eigenen Vorurtheilen eingenommen, von eigenen schroffen Religionsbegriffen befangen, mit eigenem Aberglauben erfüllt, die Religion der Juden umgestalten wollte. Viel besser wäre es, die Juden gradezu zur Taufe zu zwingen, als einem oder mehreren Einzelnen die Macht zu verleihen, für die Juden gleichsam eine neue Religion zu formen, so wie sie sich in den Köpfen jener Einzelnen gebildet haben mag.

Was würden die Christen sagen, wenn man ihnen aus dem neuen Testamente die reine Moral extrahiren, und das Uebrige als überflüssig verwerfen und verbieten wollte? —

Wir kehren zu den einzelnen Vorwürfen, die man unserer Religion macht, zurück: Sie soll zuvörderst den Haß nähren und durch Gebete heiligen.

Es ist wahr, daß zu verschiedenen Zeiten Fanatiker unter den Juden gefunden wurden, welche, von ihrer Religion blind eingenommen, Haß und Verfolgung gegen Andersglaubende predigten; allein in der Regel waren die unmenschlichen Bedrückungen derer daran schuld, welche den Juden zum Thiere herabwürdigten wollten, und ihn zum Märtyrer, zum blinden Zeloten machten. Was der Talmud in dieser Hinsicht enthält, nämlich die Bezeichnung der Götzendiener als mordsüchtig, wollüstig u. s. w., bezieht sich lediglich auf die damalige Zeit und auf diejenigen Heiden, unter welchen die Juden zu jener Zeit lebten, auf Vorder-Asien, die Barbarei und Türkei, wo noch jetzt unzählige Mordthaten mit der größten Kaltblütigkeit verübt und die viehischsten Sinnenlaster begangen werden, wo die Regierungen noch jetzt zu schwach sind, solchem Unwesen zu steuern, und die Christen sich gegen ihre eigenen Glaubensbrüder mit aller Kraft und Vorsicht schützen müssen. Schwer wird es aber unseren Gegnern fallen, solche Beispiele fanatischer Verfolgungssucht bei den Juden aufzufinden, wie sie alle früheren Concilienschlüsse der christlichen Kirche gegen die Nichtchristen, wie sie die Wuth des Codex Justinianus gegen die Manichäer und Häretiker, das Princip: hae-

reticis non est servanda fides, die Inquisitionen mit ihren Autodafé's, die Verfolgungen der Morisken, Albigenenser, Anabaptisten, Hugenotten, der dreißigjährige Krieg und die Bartholomäusnacht in reichlichem Maaße darbieten. Alle solche Gräuelszenen, all' solche blinde Verfolgungen sind, wie die Hierarchie der Priester, die dabei allein ihren Vortheil fand, der erhöhten Kultur gewichen. Dieselbe Liebe, zu welcher das neue Testament die Christen verpflichtet, befehlet den Juden gegen alle seine Mitmenschen; er betrachtet den Christen so gut wie den Juden als seinen Nächsten, als seinen Mitbürger, den er lieben, achten und nach seinen Kräften beschützen soll; er bedient sich mit vollem Vertrauen christlicher Hauslehrer, Aerzte, Rechtsbeistände und Geschäftsführer, er sendet seine Kinder in christliche Schulen, schließt sie selbst von dem christlichen Religionsunterrichte nicht aus, und blickt nur mit Kummer auf die Schranken, die das Vorurtheil der Christen ihm bislang entgegengestellt hat.

Wenn man dem Juden auch noch in seiner Bedrückung die stolze Meinung seiner Väter, daß sie das auserwählte Volk Gottes bildeten, vorwirft, so kann wohl nur ein bitteres Lächeln die Stelle der Antwort vertreten. Sie haben wahrlich eine lange Schule des tiefsten Elends durchgemacht, um aus solchen eiteln Träumen zu erwachen; und sollten Einzelne wirklich noch in dem Glauben an ihre Auserwähltheit irgend einen Trost finden, sollten sie noch mit beseligender Hoffnung ihres Messias harren, warum will man ihnen diesen Trost, diese Hoffnung in ihrem Elende rau-

ben; — und welcher Schaden ist dadurch für den Staat zu befürchten? Genießen doch die Jünger der alleinseligmachenden Kirche, als getreue Unterthanen, aller bürgerlichen Rechte protestantischer Staaten! Rühmten sich doch so viele Völker direct von den Göttern abzustammen, ohne daß solche poetische Nationalideen auf das bürgerliche Leben von Einfluß waren.

Man behauptet auch, daß die Juden sich für die Staaten, in denen sie leben, nicht interessiren, daß sie einen status in statu bilden.

Es ist recht traurig, daß man so oft von dem Begriffe eines Juden den eines langbärtigen, schmutzigen, vermögenslosen Hausirers nicht zu trennen vermag. Einem solchen unglücklichen Wagabunden fehlt freilich jedes Interesse für ein Vaterland; seine Religion ist neben seiner kümmerlichen nächsten Zukunft das Einzige, wofür er Interesse hat und haben kann. Wer bestreitet aber dem Preussischen, Baierschen, Braunschweigschen u. Juden, daß er im Geiste und Herzen ein Preuße, Baier und Braunschweiger sei? Nicht die Religion, nicht der Glaube, nicht der Kultus; der gemeinsame Geburtsboden, das gleiche Gesetz, die gleiche Pflicht und Last macht die Nation; und eben so gut, wie uns die Abstammung unserer Ahnen aus Palästina zum Vorwurf gereicht, könnte man z. B. die Enkel und Urenkel Französischer Emigranten, die sich in Braunschweig niederließen, die Bewohner von Beltenhof, endlich wohl gar die Insassen der Wendischen Ortschaften im Herzogthum Braunschweig verdächtig machen; denn sie alle sind keine Ur-Insassen des Landes. — Juden

kämpften mit gleicher Begeisterung wie ihre christlichen Mitbürger für das Deutsche Vaterland gegen den Französischen Usurpator, — es ist bekannt, daß bei Waterloo 55 jüdische Officiere allein von der Preussischen Landwehr geblieben sind; — die Juden haben mit gleichem Enthusiasmus ihrem heimkehrenden angestammten Fürsten entgegengejauchzt; keine Wohlthätigkeits-Anstalt entbehrt unserer Beiträge, zu jedem edlen Zwecke bieten wir, es mag Juden oder Christen betreffen, die Hand; wir blicken vertrauensvoll auf die christlichen Richter unsers Vaterlandes, wir nennen uns im Auslande mit Stolz Braunschweiger, und segnen mit inniger Dankbarkeit und Ehrfurcht den Fürsten, der eine neue schöne Zukunft dem bedrängten Vaterlande verheißt; — und doch sollen wir keine Braunschweiger sein, doch bestreitet man unser Interesse für den heimischen Boden, doch weist man uns zurück von dem Genuße der Bürgerrechte? — Glaubt man denn vielleicht dadurch das Interesse für unser Vaterland, die Nationalehre, in uns lebendiger zu machen, wenn man uns allein mit allen Bürgerpflichten und Staatslasten beehrt?

Sa man geht sogar noch weiter: Man stößt uns, die wir alle Bürgerpflichten erfüllen, mit den Worten zurück: Wie könnt ihr Anspruch auf die Bürgerrechte machen, da euere Religion euch die Erfüllung aller Bürgerpflichten unmöglich macht! — Vor einer solchen fürchterlichen Logik müssen wir denn freilich verstummen. Alles Berufen auf den Ausspruch des von Napoleon im Jahre 1807 convocirten Französischen Sanhedrin:

»Für einen jeden in einem Staate geborenen Juden, oder der auf irgend eine Art Bürger darin wird, gehört es zu den religiösen Pflichten, diesen Staat als sein Vaterland zu betrachten. Alles befiehlt dem Israeliten, für seinen Fürsten und seine Gesetze, die Ehrfurcht, Liebe und Treue zu hegen, die alle seine Unterthanen ihm schuldig sind; Alles verpflichtet ihn, sein Interesse nicht von dem Interesse des Publikums, noch seine und seiner Familie Bestimmung von der Bestimmung der großen Familie des Staates zu trennen; sein Glaube verbindet ihn, diesen als sein Vaterland zu betrachten, ihm zu dienen, ihn zu vertheidigen und seinen Gesetzen zu gehorchen;« —

würde vergeblich sein. Vergeblich das Anführen der Talmudaussprüche: »Durch Geistesethätigkeit wird der Sabbath nicht entheiligt«, und: »Mach' deinen Feiertag oder Sabbath zum Werktag, um deinem Nebenmenschen nicht zur Last zu fallen;« vergeblich das Berufen auf die dem Staate unbeschadet fortbestehenden katholischen Festtage, auf das Beispiel der Studirenden, die sich durch den Sabbath nicht abhalten lassen, ihre Collegia zu frequentiren, der Aerzte, die am Sabbath ihre Kranken besuchen, der Lehrburschen, von denen so viele am Sabbath ihr Gewerbe ungestört betreiben, endlich auf die erste Musterung der Braunschweigischen Bürgergarde, welche auf einen der heiligsten jüdischen Feiertage fiel, und von welcher sich mit voller Zustimmung des Landrabbiners auch nicht ein einziger jüdischer Bürgergardist ausschloß. Ist die That kein Beweis, so ist

jede Versicherung, jedes Raisonnement nutzlos. Dem Hohne der Uebergewalt muß die Wahrheit, muß das Recht der unterdrückten Minderzahl weichen.

Doch Ew. Herzogliche Durchlaucht wollen die Wahrheit hören, wollen das Recht schützen und fördern, selbst wenn in unserm Vaterlande, was wir jedoch nicht zu befürchten haben, eine blinde Majorität das Recht zu verschleiern und zu bekämpfen suchen sollte. Geruhen daher Höchstdieselben, uns eine weitere Begründung unserer Wünsche und Widerlegung unserer Widersacher zu gestatten.

Die Unkunde unserer Religion hat zu der Besorgniß geführt, der Eid möchte von uns nicht für vollkommen und in allen Verhältnissen bindend gehalten werden, und ist diese Besorgniß insbesondere der Grund, der uns bisher vom Staatsdienste ausschloß. Allein vor Allem scheint es uns widersprechend, wenn man dem jüdischen Arzte das Leben anvertrauet, und dagegen, wo es minder hohe Güter gilt, seine Gewissenhaftigkeit in Zweifel stellt. Sodann können wir uns auf den von uns geforderten, geleisteten und niemals verletzten Erbhuldigungseid, und auf das Zeugniß der Richter unsers Landes berufen. Die Fabeln, mit denen man sich über die desfallsigen Bestimmungen unserer Religion trägt, sind noch lügenhafter, als die gegen die Katholiken erhobene Beschuldigung, nach ihrem Glauben könne der Papst von jedem Versprechen, von jedem Schwur dispensiren. Unsere Religion enthält nichts, wodurch ein Eidbruch auch nur beschönigt, geschweige denn gerechtfertigt werden könnte; der Tal-

mud erklärt unbeschränkt: »Wer falsch schwört, ist dem
 »gleich, der den wahren Gott verleugnet.« Es ist selbst un-
 wahr, dass der Jude irgend Versprechungen und Versiche-
 rungen nicht für bindend oder für auflösbar halte, viel-
 mehr befehlt der Talmud ausdrücklich, wie der Stifter
 der christlichen Religion: »Dein Ja sei Ja, dein Nein
 sei Nein!« Schon in der Württembergischen Kammer der
 Abgeordneten versicherte der Freiherr von Cotta, dass
 nach der Lehre der jüdischen Gelehrten Versprechungen
 und Schwüre, welche mit Besonnenheit oder gar vor Ge-
 richt abgelegt werden, sich weder auflösen noch vernich-
 ten lassen. — In Frankreich, Holland und Nordame-
 rika leistet der Jude seine Eide der äußern Form nach
 wie der Christ, ja der jüdische Richter nimmt seinen
 christlichen Mitbürgern Eide ab, und Niemand findet
 dabei etwas Bedenkliches. Warum sollte ein Deut-
 scher Staat, dem eine genauere Aufsicht auf seine we-
 nigen jüdischen Unterthanen in beschränkteren Gränzen
 verstattet ist, in dieser Hinsicht bedenklicher und arg-
 wöhnischer sein? —

Wir bitten zuletzt noch alle, welche in der Glaubens-
 lehre der Juden keine genügende Garantie für den
 Staat finden wollen, sich einestheils von der Bil-
 dungstufe zu überzeugen, auf welcher der christliche
 Staatsbürger der niederen Klassen steht, welche Kennt-
 nisse und Begriffe dieser von der christlichen Religion
 hat; anderntheils aber so manche gebildete Christen in's
 Auge zu fassen, deren individuelle Religions-Ansichten
 sich mehr oder weniger zum Deismus hinneigen; und sich
 dann vorurtheilsfrei die Frage zu beantworten, ob die

Existenz des neuen Testaments, die Erhebung der geläuterten christlichen Religion zur Staatsreligion allein in der That dem Staate eine feste und vollkommene Garantie für das Wohlverhalten aller seiner Unterthanen, die den Namen Christen führen, gebe, oder ob der Staat nicht vielmehr nur dann in einer s. g. Staatsreligion eine Garantie finden dürfte, wenn er die Ueberzeugung erhalten könnte, daß deren Bekenner alle in das innere Wesen dieser bestimmten Religion eingedrungen seien, die Vorschriften dieser Religion ohne Ausnahme in sich aufgenommen haben, und danach ihre Handlungsweise bestimmen wollen und bestimmen.

Eine dritte Klasse unserer Widersacher legt auf solche Einwürfe weniger Gewicht, sie beängstigt nur die Furcht, daß die Juden alle vortheilhaften Gewerbe, alle Nahrung an sich ziehen, den Wohlstand der Christen vernichten, diese gänzlich überflügeln, beherrschen und abhängig machen möchten.

Ein solcher Einwand, ein solches Bekenntniß der Schwäche könnte uns wahrlich stolz machen, uns eine gar hohe Idee von unseren größeren Fähigkeiten, unserer rastlosen Thätigkeit einflößen, und dadurch unsere Ohnmacht weniger drückend, ja wahrhaft groß erscheinen lassen. Jeder Christ, der noch irgend Selbstgefühl besitzt, in dessen Brust das Gesetz der Ehre noch nicht ganz verstummt ist, wird Bedenken tragen, eine solche Meinung laut werden zu lassen, ja nur in seiner Brust zu hegen; und der Staatsmann, der Regent, der nur dem Rechte in jedem Verhältnisse huldigt, der jedem Unterthan eine gleiche Bahn zum ir-

dischen Glücke eröffnet, wird einen solchen Einwand, der, nur vom Eigennutze dictirt, nicht das Recht selbst, nicht die Anwartschaft auf Glück im Allgemeinen, nein nur rein-zufällige persönliche Vorthelle betrifft, die jeder Einzelne mit ungeschwächter Kraft und ernstem Willen zu erringen im Stande ist, mit Unwillen zurückweisen. — Als über die Emancipation der Juden auf dem Württembergischen Landtage debattirt wurde, waren die christlichen Kaufleute die einzigen Staatsbürger, welche eine Petition gegen dieselbe übergaben; Staatsdiener, Handwerker, Künstler und alle anderen Stände stimmten entweder ausdrücklich für die Gleichstellung, oder waren doch zu rechtlich, zu zartfühlend, ihr unbegründetes Einzel-Interesse gegen das Recht geltend machen zu wollen. Hätte man aber jenem Handelsstande die Versicherung ertheilen mögen, daß den Juden für die Zukunft der Handel untersagt werden solle, sie alle würden dann gewiß die eifrigsten Schützer der Juden geworden sein. Solchen unwürdigen, zu Gunsten einzelner Stände gemachten Bedingungen wird der Staat, der eine höhere Idee, die des Rechts in seinem ganzen Umfange und des Glückes aller seiner Unterthanen, realisiren soll und will, nicht nachgeben. Seine Unterthanen sollen, im freien Genuße aller Segnungen des Staatsverbandes, zufriedene, arbeitsame und nützliche Staatsbürger sein und werden, das ist sein Zweck, sein Ziel. Er führt deshalb auch seinen jüdischen Unterthan zum Ackerbau, zu allen Künsten und Gewerben, er eröffnet ihm das ganze Feld des Wissens, knüpft ihn an den Boden durch

Grundbesitz, giebt ihm volle Nationalität mit der Theilnahme an den verschiedenen Zweigen der Regierung und der Volksvertretung, und verbannt dadurch die kleinlichen Neigungen und niedrigen Begierden, welche nur durch die Verweisung auf den Handel, nur durch die Noth sich des Juden bemächtigt haben. Nicht ferner zurückgesetzt hinter seine Mitmenschen, angespornt durch das neue Vertrauen des Staates, mit freier Thätigkeit und freier Aussicht in die Zukunft, mit der Hoffnung auf Verdienst und Ehre wird der Jude freudig dem gehässigen Privilegium eines unsicheren Handels entsagen; er wird nicht mehr allein die Producte des Staates verzehren und vertauschen, er wird selbst productiv und industriös werden. Und wäre es wahr, daß der Himmel ihn mit Scharfsinn und Betriebsamkeit begabt hat, so wird er dadurch direct und indirect dem Staate nützen, indirect, indem dann der Christ, wo dieser noch im unbestrittenen bequemen Genuße schlummert, selbst zu einem lebendigern geistigen Streben, zu einem unermüdlischen Gewerbseisse erweckt und angeregt werden wird. Die Ehre wird dem Christen gebieten, zu beweisen, daß er nicht aus feiger Furcht, aus unedler Bequemlichkeitsliebe den Juden zu Boden drückte; und so werden dem Staate aus einem Akte der Gerechtigkeit in dem Wettstreite aller seiner ungefesselten Kräfte die herrlichsten Früchte erblühen und reifen.

Gar manche Verbesserungen unserer bürgerlichen Verhältnisse verdanken wir zwar schon der Aufklärung und dem richtigen Gefühle der uns vorgesetzten Be-

hörden, zu gar manchen Gerechtsamen, die uns noch im Anfange dieses Jahrhunderts bestritten wurden, sind wir in den letzteren Jahren zugelassen; allein alle diese Begünstigungen sind bis jetzt nur Sache der Willkür und Gnade gewesen, vergebens strebten wir bis jetzt nach einem ausdrücklichen Anerkenntnisse unserer Rechte, durch welches unsere und unserer Kinder Zukunft gesichert und verbürgt würde. Ein solches ausdrückliches Anerkenntniß unserer bürgerlichen Rechte, die förmliche Aufnahme in den Staatsverein ohne irgend eine Zurücksetzung und Beschränkung, die uns in der erhöhten Kultur des 19. Jahrhunderts nicht weniger drücken und erniedrigen muß, als unsere Vorfahren die Rohheit des Mittelalters peinigte und entwürdigte, ist das Ziel, nach welchem wir Zeit unsers Lebens mit allen Kräften gestrebt haben.

930 Menschen sind es, die von Ew. Herzoglichen Durchlaucht Gerechtigkeit und Milde die feste Begründung ihres ganzen Lebensglückes vertrauensvoll erflehen; 930 Menschen, denen keine Gewalt, nicht einmal die der Gesetze zu Gebote steht, um den Vollgenuß ihrer von Gott bei der Geburt ihnen verheißenen Menschenrechte zu erlangen, für die aber die Stimme der Menschheit, das Gewissen in jedes Christen Brust, so laut ertönen muß, als sie einst für die Abschaffung des Sklavenhandels, für die Vernichtung der Marterwerkzeuge und für die Freiheit des Glaubens sich erhob.

Wir können mit Zuversicht behaupten, daß wenige Juden in Höchsthohen Staaten noch den Namen Wucherer verdienen, auch gehört es gewiß zu den seltenen

Fällen, dass ein Braunschweiger, der sich zur israelitischen Religion bekennt, eines schweren Verbrechens beschuldigt werden kann. Doch man stelle uns unter die strengste Kontrolle! Bagt Einer von uns als Feind der bürgerlichen Ordnung aufzutreten, ihn treffe die Strafe des Gesetzes in ihrer vollen Schärfe. Aber befolgen wir pünktlich die Vorschriften des Staates, leben wir als nützliche, unbescholtene Staatsbürger, so beraube man uns auch der Segnungen des Staates nicht, deren Genuß dem Christen nur in Folge schwerer Verbrechen durch den Ausspruch der Criminal-Gerichte entzogen werden kann. Gefahr ist nicht zu besorgen; denn 300 Christen werden ja leicht einen Juden — und so ist das Verhältniß der christlichen und jüdischen Bevölkerung des Herzogthums Braunschweig — im Zaume halten können; 300 Christen, denen von Kindheit an alle Bildungsmittel zu Gebote standen, werden sich von Einem Juden nicht überslügeln lassen, dessen Geist, ohne alle äußere Hülfe, seine Schwingen nur durch eigene Kraft entfalten konnte. Der Jude wird immer mehr und mehr mit dem Christen sich vereinigen, das letzte feindliche Element verschwindet aus dem Staate; — und mag dann mit den Waffen der Ueberzeugung über eine Vereinigung entschieden werden, die der Jude, gezwungen, ein edles Opfer seines Glaubens, mit Stolz und Verachtung zurückwies.

Wir wollen gegen einzelne unserer früheren Glaubensbrüder, die sich zum christlichen Kultus gewendet haben, nicht ungerecht erscheinen, wir wollen den verschiedenartigen Motiven ihrer Glaubensänderung nicht

nachforschen; aber die Frage wird uns noch erlaubt sein: ob die Abschwörung seines Glaubens den f. g. Neophyten unbedingt mit einem Male edler, besser und damit für den Staat nützlicher und weniger gefährlich mache; — ob die christliche Kirche durch die Taufe solch unbegreiflich Wunder wirke, daß dadurch die ganze Denk- und Sinnes-Art, alle Meinungen, Neigungen, Begierden und Leidenschaften des Täuflings plötzlich so umgeschaffen werden, daß man ihm, ohne alle Rücksicht auf seine Beweggründe und seinen Menschenwerth, nun sogleich alle Bürgerrechte zuversichtlich verleiht?

Nach unserm Dafürhalten darf der Staat, besonders der christliche Herrscher, an den Glauben, sofern er nicht durch schädliche That ins Leben tritt, überall keine Vortheile oder Nachtheile knüpfen, weil er sonst den Glauben zu einer Sache des Nutzens, wir möchten sagen zu einer Waare, herabwürdigt, und den Aussprüchen des Stifters der christlichen Religion, mithin nach dem Glauben der Christen dem Worte Gottes, entgegenhandelt:

»Es kann Niemand zu mir kommen, es rufe
»ihn denn der Vater, der mich gesandt hat.«

»Unter allerlei Volk wer Gott fürchtet
»und recht thut, der ist ihm angenehm.«

Zum Throne Ew. Herzoglichen Durchlaucht erhebt sich aus treuer, gläubiger Brust die unterthänigste Bitte:

Höchstieselben wollen gnädigst und gerechtest
geruhen, Höchstihren getreuen Unterthanen,
welche sich zur israelitischen Religion bekenn-

nen, alle Bürgerrechte gleich den christlichen
 Confessionsverwandten zu ertheilen, und so die
 Scheidewand des bürgerlichen Lebens zu ver-
 nichten, die uns bisher von unsern christlichen
 Mitbürgern trennte.

Die wir in tiefster Ehrfurcht ersterben

Eurer Herzoglichen Durchlaucht

treu = unterthänigste

Bekenner der israelitischen Religion
 im Herzogthum;

in deren Namen

die Vorsteher der Gemeinde
 zu Braunschweig.

Braunschweig,
 am 27. März
 1831.

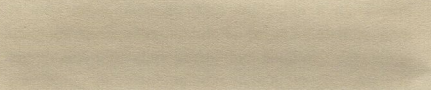
(Folgen die Unterschriften.)

and the following table is published
and is intended to be used by the
public, and is not to be used for
any other purpose.

The following table is published

and is intended to be used by the

public, and is not to be used for



The following table is published

and is intended to be used by the

public, and is not to be used for

any other purpose.

The following table is published

and is intended to be used by the

public, and is not to be used for
any other purpose.

Anmerkungen und Zusätze.

Zu Seite 2: — unsere Schulen, Kirchen und Geistlichen erhalten mußten. —

Die Abgaben der jüdischen Gemeinde zu Braunschweig an die Gemeindekasse, welche sich jährlich über 2000 Rthlr. belaufen, betragen für das einzelne steuerpflichtige Gemeindemitglied im Durchschnitte mehr als das Doppelte der an den Staat und die Stadt zu zahlenden Steuern. Um so mehr dürfte es anzuerkennen sein, daß die Gemeinde, einer Aufforderung der Landesregierung vom 26sten Februar 1828 augenblicklich nachkommend, eine neue Religionschule für Knaben und Töchter errichtet hat, in welcher den Kindern ärmerer Aeltern zugleich freier Elementarunterricht ertheilt wird. Die dazu erforderlichen, nicht geringen Kosten werden ganz allein von der Gemeinde bestritten, indem jede Geldunterstützung, ja sogar die Bewilligung freien Brennholzes von Seiten der vorigen Regierung verweigert wurde.

Die beiden Freischulen zu Seesen und Wolfenbüttel, von Privaten gestiftet und erhalten, haben in unserm kleinen Vaterlande verhältnißmäßig mehr für die Bildung der jüdischen Jugend geleistet, als in allen anderen Deutschen Staaten für dieselbe geschehen ist. Das Institut zu Seesen wurde von dem verstorbenen Geheime-Finanzrath Jacobson im November 1801 mit einem Fond von 100,000 Thalern gegründet. Die menschenfreundliche Absicht des Stifters war hauptsächlich, die Kinder der höheren Klassen seiner Glaubensgenossen vom Schacher abzuführen und zu einer nützlicheren Thätigkeit zu gewöhnen, weshalb bei Aufnahme der Böglinge vorzugsweise auf die Kinder der unbemittelten Aeltern und der Bewohner des platten Landes Rück-

sicht genommen werden sollte; doch erklärte er auch arme Christenkinder für aufnahmefähig, von denen eine bedeutende Zahl aus allen christlichen Confessionen in dem Institute gebildet sind. Dasselbe sollte, nach dem Lieblingsplane des Stifters, der Welt im Kleinen ein Vorbild geben, wie die Bekenner der verschiedensten Religionen einig und zufrieden neben einander leben, und, ohne sich deshalb anzuseinden, Gott — Jeder nach seiner eigenthümlichen Weise — anbeten könnten. — In jener Zeit bestand in ganz Deutschland keine ähnliche Anstalt, und es liefen deshalb dringende Gesuche um Aufnahme von Kostgängern von allen Seiten ein, denen man nachgeben zu müssen glaubte. — Obgleich nun hierdurch der Plan, aus der jüdischen Jugend eine Deutsche zu machen, den Sinn für Bürgerehre und Bürgertugend in ihr zu erwecken, weit über die Gränzen unsers Vaterlandes hinaus seine segensreichen Folgen verbreitete (Sost Geschichte der Israeliten, B. 9. S. 140.), so gelangte man doch bald zu der Ueberzeugung, daß der ursprüngliche Zweck dabei vernachlässigt werde; und es sind aus diesem Grunde seit 1809 keine Kostgänger mehr zugelassen. — Die Anstalt unterhält gegenwärtig 29 bis 30 Kinder in allen Lebensbedürfnissen (Wohnung, Kleidung, Kost, Unterricht u. s. w.), und erfreuet sich, nach Jacobson's am 14ten September 1828 erfolgtem Tode, unter der obersten Leitung seiner beiden ältesten Söhne eines neuen Lebens.

Die Freischule zu Wolfenbüttel verdankt ihre Entstehung verschiedenen Stiftungen der Samson'schen Familie, von denen die erste im Jahre 1733 gemacht wurde, und die bis zum Jahre 1805 noch immer vermehrt sind. Obgleich nach dem Willen der Vermächtnißgeber die Schule lediglich zum Studium des Talmuds und zur Bildung von Rabbinen bestimmt war, so wurde sie doch, den Anforderungen der Zeit gemäß, am 5ten April 1807 in eine Elementar- und Real-Schule für arme jüdische Knaben umgeschaffen, welche in den zu Handwerken, Künsten, Handel und Ackerbau nöthigen Vorkenntnissen Unterricht in der Anstalt selbst erhalten, indem die ausgezeichneteren Köpfe dem vortrefflichen Gymnasium zu Wolfenbüttel überwiesen werden. Das Institut zählt gegenwärtig 18 Freischüler und einige Pensionairs. Seine neue Blüthe ging besonders von J. H. Samson (jetzt zu Berlin) aus, welcher seit

1806 sich der Direction und Administration mit unermüdlichem Eifer unterzogen, und in der Person des in der Anstalt selbst gebildeten Inspectors S. M. Ehrenberg einen Mann gewählt hat, unter dessen Aufsicht der Unterricht und die Erziehung der Kinder von Jahr zu Jahr vervollkommenet wird.

S. Fost a. a. D.

Außer diesen Instituten, welche eine im Verhältnisse der jüdischen Bevölkerung des Herzogthums bedeutende Anzahl armer Kinder aus dem ganzen Lande, die früher in Elend und Nothheit aufgewachsen und dem Staate zur Last gefallen wären, zu nützlichen Bürgern bilden, genießen die Söhne und Töchter der Israeliten in Braunschweig und in den übrigen Städten des Landes ihren Unterricht in den christlichen Stadtschulen; und auf dem platten Lande hat man, wo es nur irgend die meistens sehr beschränkten Mittel gestatteten, statt dass sonst der erste beste polnische Jude als Schächter und Lehrer angenommen wurde, jetzt Leute dazu gewählt, welche, neben einer geläuterten Religionslehre, im Lesen, Schreiben, Rechnen und in der Deutschen Grammatik Unterricht ertheilen können. Die Aeltern geben hierdurch wenigstens den Beweis, dass es ihr ernstlicher Wunsch ist, ihren Kindern eine bessere Erziehung angedeihen zu lassen, als sie selbst genossen.

(Vergl. auch die nachfolgende tabellarische Uebersicht.)

Eben daselbst: — Verordnung vom 26sten März 1823, den Landtagsabschied betreffend —

Die Worte des allegirten art. 56 sind folgende: »Auch ist vor-
»gekommen, wie es sehr zu wünschen stehe, die bürgerlichen Verhält-
»nisse der Juden dergestalt reguliren und durch Verbesserung ihrer
»Unterrichtsanstalten dahin mitwirken zu können, dass dieselben dem
»kleinen Handel mehr entzogen, und dagegen zur Ergreifung ande-
»rer bürgerlichen Gewerbe fähig und geneigt würden. Die Durch-
»lauchtigste Landesherrschaft ist mit dieser Ansicht vollkommen ein-
»verstanden und behält sich vor, sowohl in Ansehung des Unterrichts
»der jüdischen Glaubensgenossen, weshalb bereits einige Vorarbei-
»ten eingeleitet sind, als auch hinsichtlich deren bürgerlichen Ver-
»hältnisse, so wie es die Lage der Sache erlaubt und thunlich macht,
»zweckdienliche Verfügungen zu treffen.«

Zu Seite 3 — Menschenrechte, zu denen im Staatsverbande auch die Bürgerrechte gehören. —

»Die gegenseitig wohlthätigste Einwirkung eines Menschen auf den andern jedem Individuum zu verschaffen und zu erleichtern; nur dies kann der Zweck aller menschlichen Vereinigung sein. Was ihn stört, hindert oder aufhebt, ist unmenschlich. Lebe der Mensch kurz oder lange, in diesem oder jenem Stande, er soll seine Existenz genießen, und das Beste davon andern mittheilen; dazu soll ihm die Gesellschaft, zu der er sich vereinigt hat, helfen.«

(Herder, Blicke in die Zukunft für die Menschheit, 3ter Brief. Sämmtliche Werke. Bd. 8. S. 108.)

Will man den Juden nur die allgemeinen Menschenrechte gewähren, so ist das nicht viel besser, als wenn man sie in den Naturzustand zurückverweist; denn Menschenrechte hat in einem kultivirten Staate jeder Verbrecher, jeder Fremde, selbst der rohe Wilde. Menschenrechte werden zu Staatsbürgerrechten, sobald eine Anzahl Menschen sich zu einem Staate vereinigt und eine bestimmte Landesstrecke ausschließlich bewohnt. Jeder, der in diesen Staatsverein sich begiebt und in die Gränzen dieses Landes für beständig aufgenommen ist, erscheint nicht als ein Fremdling, oder als ein Naturmensch, er nimmt Theil an allen Schicksalen, an allen Lasten, aber auch unbedingt an allen Vortheilen, die das Land und der Verein gewähren können

Eben daselbst — die formelle Anerkennung unserer bürgerlichen Rechte —

Zum Staatsdienste sind im Herzogthum Braunschweig bis jetzt noch keine Juden befördert; auch ist weder den praktisirenden Aerzten das Physikat, noch den Advokaten das Notariat ertheilt. Zu städtischen Deputirten und Gemeindevorstehern sind sie gleichfalls noch nicht gewählt. *) — Der Erwerb von Grundstücken in der Stadt Braunschweig ist durch das Landesherrliche Re-

*) Der §. 8 der Verordnung vom 25ten April 1820, die erneuerte Landschafts-Ordnung betreffend, verlangt: daß derjenige, welcher auf dem Landtage Sitz und Stimme führen will, volljährig, der christlichen Religion zugethan, nicht wegen Ver-

glement, die Juden in Braunschweig betreffend, vom 30sten Juli 1762, von einer speciellen Concession abhängig gemacht, und ist eine solche von den städtischen Behörden in den mir bekannten Fällen nur mit der Beschränkung ertheilt, daß der Acquirent das Grundstück nicht an Juden verkaufen, und nicht auf Seitenverwandte das Eigenthum desselben übertragen dürfe. Der Höchstseltige Herzog Friedrich Wilhelm erklärte jedoch wiederholt, daß es seine Absicht nicht sei, die Juden zu beschränken und herabzusetzen, und wurde von Ihm namentlich den Gebrüdern Hirsch und Moses Lazarus Berenhart die unbeschränkte und unbedingte Acquisition des auf dem Kohlmarkte sub N^o ass. 276 belegenen Hauses durch Höchstes Rescript vom 17ten Juli 1814 gestattet, nachdem die Behörden den Erwerb nur unter jenen Bedingungen hatten erlauben wollen. — Ueber den Ankauf von Häusern in den übrigen Städten des Landes und von ländlichen Grundstücken existiren keine specielle verbotende Gesetze.

Durch die Höchste, im Einverständnisse mit der Landschaft erlassene Verordnung vom 29sten October 1821, die modificirte Gewerbe- und Gilde-Ordnung betreffend, ist im §. 65 verordnet: »Bei Aufnahme der Lehrlinge darf kein Unterschied zwischen Geburt, Stand oder Religion gemacht werden«; und kann man sich, besonders mit Rücksicht auf die §. §. 79, 118 und folg. überzeugt halten, daß dem zumstänig eingeschriebenen jüdischen Lehrling seiner Religion wegen die Gesellen- und Meister-Rechte nicht versagt werden dürfen; wie denn auch die Behörden die qu. Verordnung in allen vorkommenden Fällen zu Gunsten der israelitischen Lehrlinge interpretirt haben; nur in Thedinghausen ist einem Weiß-Gerber das Meisterrecht, jedoch aus örtlichen Rücksichten und nicht seiner Religion wegen, versagt. — Weitere, noch nicht aufgehobene Beschränkungen der Juden sind insbesondere: daß sie die Wechselvaluta dem Präsentanten in's Haus bringen müssen (Wechselordnung vom 1sten August 1715, art 39); und daß ihr Zeugniß in Criminalsachen keinen vollen Beweis liefert (Vorschrift, wie es mit den Eidesleistungen der Juden zu

brechen in Untersuchung sei, oder zu einer härtern, als Geld- oder simplen Gefängnißstrafe verurtheilt worden. —

halten, vom 19ten Februar 1788, art. 37). *) — Ehen zwischen Juden und Christen sind noch nicht frei gegeben, vielmehr verfügt ein Rescript des Herzogl. Consistoriums vom 14ten Mai 1825, die beabsichtigte Heirath eines Israeliten, welcher zum Christenthum überzugehen gedenkt, mit einer Christinn betreffend: »dass derselbe nicht eher, als bis er getauft worden, mit seiner christlichen Braut zu proclamiren und zu copuliren ist.« —

Eben daselbst — art. 16 der Bundesacte —

Der art. 16 der Deutschen Bundesacte verfügt am Schlusse: »Jedoch werden den Bekennern dieses Glaubens bis dahin die denselben von den einzelnen Bundesstaaten bereits eingeräumten Rechte erhalten.« So günstig diese Worte auf den ersten Blick für die jüdischen Einwohner des Herzogthums Braunschweig, welche bei der Auflösung des Königreichs Westphalen im Besitze aller Staatsbürgerrechte waren, zu sprechen scheinen, so vermied ich es doch, darauf in dem Gesuche Bezug zu nehmen, um nicht den leidigen Streit über die Bedeutung der Präposition von hineinzuziehen. In der sechsten Conferenz der Bundesversammlung wurde der art. 16, so wie er jetzt lautet, nur mit dem Unterschiede, dass der Schluss das Wort in (den einzelnen Bundesstaaten) enthielt, beliebt, in der siebenten Conferenz wurde der art. in solcher Fassung in die neue Redaction des Entwurfs der Bundesacte aufgenommen, und in der achten bekräftigt. So waren in den Bundesstaaten, welche unter Französischer Herrschaft gestanden hatten, die von dieser den Israeliten ertheilten Rechte gesichert. Erst in der zehnten und letzten Conferenz, am 8ten Juni 1815, am Tage der Paraphirung der Bundesacte, wurde das Wörtchen in in von verwandelt, und bemerkt das gedruckte Protocoll **), diese Veränderung sei schon früher beliebt, obgleich die früheren Protocolle von einem solchen Belieben nichts enthalten, und obgleich der Oesterreichische Bevollmächtigte

*) Ueber die besondere Form der gerichtlichen Eidesleistungen s. Anm. zu S. 22.

**) f. Acten des Wiener Congresses, Bd. II. S. 535.

noch später in einem officiellen Schreiben an den Vertreter der israelitischen Gemeinden in Deutschland, Herrn Doctor Buchholz aus Lübeck, d. d. Wien den 9ten Juni 1815, das Wort in gebraucht. Dieser Brief spricht sich über die Absicht und den Beschluss der Bundesversammlung folgendergestalt aus: »Die auf dem Kongresse allhier versammelten hohen Mächte, auch für das Wohl der Einzelnen besorgt, haben beschlossen, dass den jüdischen Glaubensgenossen in den Deutschen Bundesstaaten die allgemeinen bürgerlichen Rechte zugesichert werden. Da aber die Zeitumstände die völlige Ausführung dieses Gegenstandes auf dem Kongresse in Wien unmöglich machten, so wurde vorläufig in der Bundesacte bestimmt und festgesetzt, dass auf dem Deutschen Bundestage in Frankfurt am Main in Berathung gezogen werden soll, auf welche Art die allgemeinen bürgerlichen Rechte den israelitischen Gemeinden in Deutschland zu ertheilen sind, und dass bis zum Ausgange dieser Berathung die den israelitischen Gemeinden in den verschiedenen Bundesstaaten bewilligten Freiheiten und Rechte aufrecht erhalten werden sollen. Welches dem Bevollmächtigten der israelitischen Gemeinden in Deutschland, Herrn Doctor Buchholz aus Lübeck, auf dessen unter'm 9ten November 1814 bei dem Kongresse eingereichte Vorstellung zur Beruhigung dieser Gemeinden mit der Versicherung bekannt gemacht wird, dass man auch auf dem Bundestage das Wohl der israelitischen Gemeinden berücksichtigen, und sich für die Ertheilung der allgemeinen bürgerlichen Rechte für dieselben thätigst verwenden werde.« — Vergleicht man dies Schreiben mit dem in das Gesuch zum Theil aufgenommenen Schreiben des Fürsten von Hardenberg vom 10ten Juni 1815, welches ferner die Worte enthält: »Bei dem Inhalte des 16ten Artikels der Bundesacte kann jetzt nur die Rede davon sein, dass den jüdischen Familien in den Hansestädten, bis zu dem hierüber gefassten Beschlusse der Bundesversammlung, derjenige bürgerliche Zustand erhalten werde, der ihnen von der Französischen Gesetzgebung, als mit der Preussischen, und mit den Grundsätzen einer vernünftigen Toleranz übereinstimmend, bewilligt ist;« so bleibt es unbegreiflich, wie das Wörtchen von schon am 8ten Juni 1815 in die Bundesacte hineincorrigirt sein soll, und

wie einige Publicisten (namentlich Klüber*) dieses Wortes wegen die Schlussworte des art. 16 so erklären können: »Rechte, welche Buona-
 »parte und die von ihm eingesetzten neuen Herrscher in Staaten
 »des Deutschen Bundes den Juden verliehen hatten, sollen von
 »den Deutschen Bundesstaaten (von deren jetzigen Staatsregirun-
 »gen) nicht brauchen anerkannt zu werden: wohl aber sollen die-
 »jenigen Rechte, welche von Bundesstaaten selbst den Juden frü-
 »her waren eingeräumt worden, denselben so lange erhalten wer-
 »den, bis auf der Bundesversammlung deshalb andere Bestim-
 »mungen werden gemacht sein.« — Wäre dies der Sinn gewesen,
 so hätte derselbe klar und unumwunden, wie es eines heiligen
 Grundgesetzes für das conföderirte Deutschland würdig war, aus-
 gesprochen, nicht aber das Schicksal von Hunderttausenden in
 drei mysteriöse Buchstaben gehüllt werden sollen; so hätte Preußen
 und Oesterreich den Juden nicht einer solchen Deutung schnurstracks
 widersprechende Mittheilungen machen müssen. Diese Mitthei-
 lungen, die ganze Fassung des art. 16 der Bundesacte und der
 damals die Bundesversammlung beseelende Geist bürgen dafür,
 dass es lediglich die Absicht des Deutschen Bundes war, alle Deut-
 schen, welche der jüdischen Religion anhängen, in statu quo zu
 schützen, bis man auf gleiche Weise eine Gleichstellung der jüdi-
 schen Religionsbekenner mit den christlichen Religionsverwandten in
 ganz Deutschland bundesmäßig beschließen und verbürgen würde, wie
 man eine Gleichstellung der drei christlichen Religionspartheien in
 allen Deutschen Staaten bereits beschloss und garantirte. Vor-
 schritte zur Begründung einer allgemeinen Glaubens- und Reli-
 gions-Freiheit sollten gemacht werden, keine Rückschritte, und weil
 man sich bei den verschiedenen Ansichten der Deutschen Staaten
 und der verschiedenen Stellung der Juden in denselben, von denen
 manche sie noch nicht zur Erfüllung aller Bürgerpflichten, nament-
 lich nicht zum Militärdienste, gezogen hatten, noch nicht über ein
 für alle Staaten gleichpassendes Gesetz vereinigen konnte, so wollte
 man wenigstens nicht, dass den Juden, die für die Wiedereinführung

*) Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Kongres-
 ses überhaupt u. s. w. 3te Abtheilung. Frankfurt a. M. 1816.
 S. 385.

ihrer angestammten Fürsten mit dem Deutschen Volke, ohne Rücksicht auf die ihnen durch die Fremdherrschaft ertheilte Rechtsgleichheit, gekämpft und geblutet hatten, die Befreiung Deutschlands zur Unterdrückung gereichen sollte.

Zu Seite 9 — Künsten und Handwerken —

Am Kaukasus ernähren sich die Juden von Ackerbau und Viehzucht.

In der Barbarei leben die armen Juden von Handarbeiten, besonders beim Aus- und Einladen der Schiffe, und die übrigen von Handwerken. Sie sind fast die einzigen fleißigen und geschickten Leute im Lande und gute mechanische Arbeiter.

In der Türkei beschäftigen sie sich mit Handwerken aller Art.

In mehreren Ländern Asiens sind sie Schönfärber und Seidenwirker. In Hebron haben sie eine große Glasfabrik angelegt, verfertigen die Waaren selbst, und versorgen damit ganz Arabien, Palästina und den größten Theil von Syrien.

S. diese und noch mehrere Beispiele in:

Charakter des Judenthums von J. Wolf und G. Salomon. Leipzig 1817, S. 185 bis 188, und die daselbst citirten Schriftsteller.

Im Jahre 1808 hielt sich ein gewisser Mahum Funkslein, aus Sklow in Litthauen, Handelsgeschäfte halber in Cherson auf, und erfuhr hier, dass eine schreckliche Hungersnoth in seiner Heimath wüthe, die seine armen Landesbrüder gänzlich zu vernichten drohe. Er beschloss, sich derselben anzunehmen, und rieth ihnen, ein unbewohntes Stück Land unweit Nikolajew zu bebauen, verwandte sich für sie brüderlich bei dem Russischen Hofe, und bewirkte für jede Familie 200 Rubel in Bank-Assignationen, ein Paar Ochsen, ein Pferd und eine Kuh. Theils die Strapazen der Reise, theils die ungewohnte rauhe Lebensart rafften zwei Drittheile der Ausgewanderten hin; der Rest bildete sieben israelische Dörfer. Funkslein war zehn Jahre hindurch ihr Oberschulze, ihr Vorsteher, ihr Geseßgeber und Freund, und hielt sie ernstlich zum Fleiße und zur Nüchternheit an. Das Hauptdorf, Tese Nahr, liegt fünf Meilen von Nikolajew entfernt, in einer sehr schönen Gegend am Jngul, von herrlichen Weideplätzen umgeben, und wird von

beinahe funfzig jüdischen Familien bewohnt, die ihre Felder sehr fleißig und gut bebauen. In der Viehzucht sind sie besonders glücklich. Man findet unter ihnen keine Familie, die nicht fünf bis sechs Kühe, ein Paar Ochsen, ein Paar Pferde und Geflügel aller Art in Menge besäße. Ihre Butter und Käse, die sie sehr gut zuzubereiten verstehen, werden selbst von Christen theurer bezahlt, als die von andern Dörfern. Sie haben alle Arten geschickter Arbeiter unter sich, und erbaueten im Jahre 1823 eine Synagoge, wobei sie nur ihre eigenen Bau- und Zimmer-Meister beschäftigten. Im ganzen Dorfe ist nur Eine Schenke, und Brantwein wird von ihnen fast gar nicht getrunken. Ihre Handwerker benutzen die Erlaubniß der Regierung, drei Monate nach der Erntezeit in den benachbarten Städten sich Arbeit zu suchen, und ihre Weiber verfertigen weibliche Arbeiten für die Städte. Die Männer verrichten ihre Gebete gemeinschaftlich auf dem Felde, und zwar abgekürzt, sie bleiben auch während der Nächte draußen, und kommen nur am Sabbath nach Hause. — Im Winter aber sitzen die israelitischen Bauern im Lehrhause und beschäftigen sich mit religiös-wissenschaftlichen Gegenständen, während die Russischen christlichen Bauern in den Wirthshäusern zubringen und ihr schwer verdientes Geld durch übermäßiges Trinken verschwenden. — Ihre Mitgift ist ganz bäuerisch eingerichtet. Sie geben dem neuen Paare nach Vermögen: Ochsen, Kühe, Schaaf und Pferde, auch Getreide.

Sulamith, eine Zeitschrift zur Beförderung der Kultur und Humanität unter der jüdischen Nation, herausgegeben von Dr. Fränkel und Wolf. Dessau 1807 und folg. J. Jahrgang 6. Band 2. S. 220 folg.

Herr Professor Schultes (Professor der Chemie und Botanik an der Universität Krakau), der im September 1806 die Karpathen in geographischer, physischer und naturhistorischer Hinsicht bereisete, entwirft ein schaudererregendes Gemälde von dem fürchterlichen Zustande der Bewohner Galiziens, eines von der Natur so milde bedachten Landes: »Hier ist die Cultur auf der untersten Stufe. Nicht Bürger-, nicht Gatten-, nicht Vater-Pflichten kennt der polnische Bauer; nur Brantwein — eau de vie.

»eigentliches eau de mort de Pologne —, die Hauptursache
 »seiner Lähmung und Apathie gegen alles Menschliche. Die
 »Sonne scheint sich in Galizien nur zu erheben, um dem Baren
 »den Weg in die Trinkstube zu zeigen. Schon vor zehn Uhr Mor-
 »gens findet man Mann und Weib, Herrn und Diener so sehr
 »betrunken, dass sie sich nicht mehr kennen; so wird auch der Pflug
 »nur von den Ackerleuten auf das Feld geführt, die vor Rausch
 »nicht mehr stehen, und vor Abspannung sich nicht mehr fortschlep-
 »pen können u. s. w. Hier kann der Bauer weder lesen noch
 »schreiben, hier macht er des Tages hundertmal das Zeichen des
 »Kreuzes, und reiset zehn Meilen weit, um einen Ablass zu gewin-
 »nen; aber er raubt, er besäuft sich, er ist ausschweifend, ein elender
 »Landwirth, ein schlechter Bürger und der schlechteste Soldat. —
 »Dessenungeachtet giebt es in Galizien eine Art Menschen, wel-
 »che es allein noch zu verdienen scheint, dass sie diese eben so
 »schöne als fruchtbare Gegend bewohnt. Ich spreche nicht von
 »den Deutschen, welche man in diese Provinz eingeschoben hat,
 »und bei deren Wahl größtentheils das Princip der Römer, die
 »vorzüglichsten Männer in die neueroberten Provinzen zu schicken,
 »nicht befolgt wurde. Ich spreche von den Söhnen Israels. —
 »Sie sind die Schneider, Schuster, Tapezierer, Kürschner, Glas-
 »macher, Goldarbeiter, Graveurs, sie poliren die Steine, und
 »bebauen die Felder, die sie in Pacht haben, besser, als ihre christ-
 »lichen Nachbarn, weil sie das Gesäme von der Fremde mitbrin-
 »gen. Das Bier, welches sie brauen, ist fast das einzige trinkbare;
 »sie sind überall die Gastwirthe; und oft finden Sie etwas, womit
 »Sie sich stärken können, mitten in einer Wüste, in einem Dorfe,
 »das ein Jude bewohnt, während Ihnen alle christlichen Einwoh-
 »ner einer Kreisstadt für ihr Gold ein Stück Brod verweigern &c.
 »Ich habe niemals Geld von den Juden geborgt, wie jene, die
 »gegen ihre Gläubiger geschrieben und gehandelt haben, anstatt
 »sie zu bezahlen. Ich habe also auch keinen Vortheil davon, dass
 »ich meine Meinung zu Gunsten der Abstammlinge Israels
 »ausspreche, die ich für das Wohl von Galizien eher nothwendig
 »und nützlich halte, als schädlich. «

Annalen der Literatur und Kunst des Oesterreichischen Kaiserthums,
 Septemberheft 1807.

Vergl. Sulamith, Jahrgang 1. Bd. 2. S. 182. folg.

Lips a. a. D. S. 153. Note *).

Bekanntlich gehören unter Böhmens vorzüglichste Manufacturen die Leinwand- und Baumwollen-Druckfabriken. Im schönsten Flore stehen die in und an der Hauptstadt sich befindenden jüdischen Fabriken. Die Leinwand-, Kotton- und Ziß-Manufactur der K. K. privilegirten Großhändler und Fabrikanten, Gebrüder Koppelman und Beer Porges in Prag, wird auf 90 bis 100 Drucktischen betrieben, wobei über 300 Personen unterhalten werden; die der Fabrikanten Przisram Sohn und M. Jerusalem besteht aus einer gleichen Anzahl Drucktische, und unterhält daher ebenfalls über 300 Personen; die Gebrüder Epstein haben 60 bis 70, Duragin und Dormiger 50 bis 60 Drucktische, und werden wohl zusammen an 400 Personen beschäftigen. Durch die Industrie der jüdischen Fabrikanten allein finden also nicht nur an 1000 Personen — eine bedeutende Anzahl im Verhältnisse der jüdischen Bevölkerung von Prag, die nach den letzten Conscriptionstabellen aus 7058 Einwohnern besteht — ihre Nahrung; sondern es werden auch von ihnen Waaren producirt, die sowohl in Ansehung ihres Gehaltes, als ihrer schönen und geschmackvollen Dessains mit ausländischen Fabrikaten wetteifern. Bemerkenswerth ist noch, daß die ersten Fabrikstellen, namentlich die der Coloristen, Modellisten u. s. w., theils durch die Unternehmer selbst, theils durch ihre Söhne besetzt sind. — Alle diese Fabriken sind erst lange nach Josephs II. väterlichen Verbesserungen des Zustandes der Juden in Oesterreich entstanden.

Sulamith, 1ster Jahrgang, 2ter Bd., S. 223 bis 225; vergl. auch Buchholz Aktenstücke, die Verbesserung des bürgerlichen Zustandes der Israeliten betreffend. S. 33. folg.

In Prag waren schon im Jahre 1812 400 jüdische Handwerker.

Oesterreichischer Volksfreund, Jahrgang 1812.

In Neuschateau hat ein gewisser Moses May wegen der Geschicklichkeit und des Eifers, mit denen er ganz zerstörte Ländereien wieder in blühenden Stand setzte, von der Regierung eine Ehrenmedaille erhalten.

Die berühmten Korallenfabriken in Livorno werden mehrtheils von Juden betrieben, die mit außerordentlicher Schnelle arbeiten.

Charakter des Judenthums, a. a. O.

Die Anzahl der in Schweden lebenden jüdischen Familien beträgt ungefähr 200, welche in Stockholm, Gothenburg und Nordköping wohnen. In Nordköping findet man jüdische Tuchmacher, welche theils als Gesellen arbeiten, theils als Innungsmeister ihre eigenen Stühle haben. In Gothenburg besitzen Reiss und Magnus eine Kattunfabrik, welche mehrere hundert Menschen beschäftigt. In Karlskrona wohnen unfähr 6 jüdische Familien, welche das Bürgerrecht haben, von denen Fabian Philipp (ein Deutscher) eine der bedeutendsten Segeltuchfabriken in Schweden besitzt, in welcher über 600 Menschen ihren Unterhalt finden.

Sulamith, Jahrgang 6. Bd. 2. S. 421. folg.

Den Dänischen Juden wurde durch eine Königl. Verordnung vom 19ten September 1788 die Betreibung von Handwerken und anderen Gewerben erlaubt. Im Jahre 1813 zählte man in Kopenhagen 1170 Juden männlichen Geschlechts, unter denen 250 über 50 Jahre alt waren. Von den übrigen 920 waren 34 Gründer und Eigenthümer von Fabriken, 25 Großhändler, 50 Studenten und Künstler und 140 Handwerker.

Sulamith, Jahrgang 5. Bd. 1. S. 61.

In Frankreich waren schon im Jahre 1809 1232 Grundeigenthümer, 797 Militärpersonen, 2360 Handwerker, 250 Fabrikanten jüdischer Religion.

Sulamith, Jahrgang 6. Bd. 1. S. 22.

In den Jahren 1809 bis 1816 haben sich im Großherzogthum Baden 24 Israeliten den Wissenschaften, 4 den Künsten, 265 allen Arten von Gewerken, 54 dem Ackerbau, den sie selbst betreiben, gewidmet, 5 Fabriken sind von ihnen angelegt. David Seligmann, jetzt Freiherr von Eichthal, hat in einer der ärmsten, rauhesten Gegenden des Landes, in St. Blasien, eine Waffen- und Spinnmaschinen-Fabrik angelegt, welche beständig 300 bis 400 früher fast brotlose Arbeiter beschäftigt und ernährt.

Sulamith, Jahrgang 6. Bd. 2. S. 137.

In Karlsruhe zählte man schon im Jahre 1811 unter

80 bis 90 jüdischen Gemeindegliedern 3 Meister und 11 Gesellen und Lehrlinge.

Sulamith, Jahrgang 5. Bd. 1. S. 60.

Die Königlich Baiersche Regierung eröffnete im Jahre 1822 der Ständeverammlung, daß bereits in den Jahren 1820 und 1821 252 jüdische Familien ihre Niederlassung auf den Ackerbau begründet hätten, 169 Familien sich verschiedenen Gewerben widmeten, und 839 Söhne israelitischer Aeltern als Lehrlinge oder Gesellen bei Gewerben und Handwerken arbeiteten, so wie sich auch mehrere praktisch für die Landwirthschaft ausbildeten.

Sulamith, Jahrgang 6. Bd. 2. S. 138.

Im Königreich Preußen besteht eine große Zahl von Juden gegründeter Fabriken, welche die gesuchtesten Fabrikate liefern, und für den Staat von höchster Wichtigkeit sind. Als einzelne Beispiele führe ich an: die Seiden- und Halbseiden-Fabrik von M. Leser & Co. zu Elberfeld, die Kattundruckereien von Ruben Goldschmidt und Söhnen, und von Nauen, Dannenberger, Löwe & Co. zu Berlin, die Zuckersiederei von Gebrüder Berend & Co. daselbst, welche dem Staate jährlich etwa 200,000 Thlr. an Steuern für den von ihr eingeführten rohen Zucker bezahlt, die Lederfabrik von Daniel Itzig zu Potsdam.

Um die Schwierigkeiten zu heben, die von christlichen Meistern bei der Aufnahme jüdischer Lehrlinge anfangs gemacht wurden und hin und wieder noch jetzt gemacht werden, und um dem unbemittelten Kleinhändler und dem armen Hausirer die Mittel zur Erziehung seiner Söhne zu tüchtigen Handwerkern an die Hand zu geben, haben sich in Deutschland an mehreren Orten Vereine unter den Israeliten gebildet. Der Verein zu Dessau zahlte in den Jahren 1821 und 1822 für 7 jüdische Knaben das Lehrgeld. Der Verein in Offenbach vertraute im Jahre 1822 13 jüdische Knaben christlichen Meistern an.

Sulamith, Jahrgang 6. Bd. 2. S. 186. 195. 268.

Durch den Verein in Preuß. Minden wurden im Jahre 1826 8 Lehrlinge auf Kosten des Vereins, 7 auf Kosten ihrer Aeltern untergebracht; 4 hatten sich noch gemeldet. Unter Aufsicht des Vereins arbeiteten 13 auswärtige Gesellen im Regierungsbezirke. — Im Jahre 1827 wurden auf Kosten des Vereins 21 Lehr-

linge, auf Kosten ihrer Aeltern 3 untergebracht; und es waren im Regierungsbezirke 54 jüdische Meister, die Bierbrauer, Malzer, Bäcker und Metzger nicht mitgerechnet. Im Jahre 1828 kamen 7 jüdische Meister hinzu.

Unter der Leitung und Beihülfe der Gesellschaft zur Beförderung der Industrie unter den Israeliten in Berlin sind daselbst im Jahre 1825 6 Meister etablirt, 98 Lehrlinge theils in die Lehre gegeben, theils darin unterhalten, und 18 von denselben als Gesellen ausgeschrieben. Am 1sten April 1827 blieben 76 Lehrburschen in der Lehre; vom 1sten April 1827 — dahin 1828 wurden 29 in die Lehre gegeben und 19 als Gesellen ausgeschrieben; vom 1sten April 1828 — dahin 1829 wurden 22 in die Lehre gegeben, 15 als Gesellen ausgeschrieben und 30 und einige waren als Meister etablirt. Jetzt findet der Verein durchaus keine Schwierigkeiten mehr, jüdische Lehrlinge bei christlichen Meistern unterzubringen.

In Kassel sind gegenwärtig (März 1831) unter den jüdischen Einwohnern 35 mit Künsten und Wissenschaften und 52 mit zünftigen Handwerken aller Art beschäftigt. Im Jahre 1818 betrieben ebendaselbst erst 13 Juden als Meister, Gesellen und Lehrlinge zünftige Handwerke *).

Genaue Notizen über die Gewerbetreibenden im Herzogthum Braunschweig findet man in der später folgenden Uebersicht.

Zu Seite 9 — und noch dazu mit eingengter Aufsicht in die Zukunft —

Mag auch der Einzelne in späteren Jahren, besonders wenn ihn der Besitz eines unabhängigen Vermögens vor Nahrungsorgen schützt, den Wissenschaften um ihrer selbst willen huldigen; der Knabe, der Jüngling wird von seinen Aeltern und Vorgesetzten, oder durch eigenen Entschluß, nur um seine künftige Existenz zu

*) Bei dem Mangel an Quellen konnten diese Angaben nur höchst unvollständig sein, doch liefern sie, wie ich glaube, wenigstens den Beweis, daß der Jude, wenn ihm nur der Weg dazu eröffnet wird, gern ein geregeltes Gewerbe ergreift, und daß dem Staate dadurch die wesentlichsten Vortheile erwachsen.

begründen und zu sichern, zum Gelehrten bestimmt. So wenig man erwarten kann, daß christliche Bürger ihre Kinder in den Militärwissenschaften unterrichten lassen werden, wenn sie wissen, daß nur dem Adel der Zugang zu den Officierstellen offen stehe; eben so wenig ist es zu verwundern, wenn die Juden nicht nach wissenschaftlicher Bildung streben, so lange ihnen die Aussicht auf den Staatsdienst, und damit fast jede Gelegenheit das Erlernte ehrenvoll und belohnend anzuwenden, verschlossen ist. — Noch mehr aber: statt daß man den Juden anregt und aufmuntert, seinen Geist durch das Studium der Wissenschaften zu entwickeln und aufzuklären, statt daß man den wissenschaftlich gebildeten Juden, der, kein Opfer scheuend, alle Hindernisse zu besiegen wußte, achten und belohnen sollte, behandeln seine christlichen Mitbürger ihn nur zu oft mit raffinirter Geringschätzung, und suchen mit wahrer Wollust kleine Mängel und Eigenheiten an ihm zu entdecken, um zu ihrer Genugthuung ausrufen zu können: Da seht den Juden, seht, wie er sich nie ganz verläugnen kann! — Glaubte man früher, in der Rohheit und Dummheit des von seinen christlichen Mitbrüdern in den Staub Getretenen einen hinlänglichen Grund zu finden, dem Juden die Staatsbürgerrechte zu versagen, so stellt man sich jetzt empört über den vorlauten und unverschämten Juden, der sich erfrecht, eben so viel, oder gar noch mehr zu wissen, als mancher Christ, und bemüht sich auf alle Weise, seinen kaum erhobenen Nacken zu beugen. — Nur geschaffen, von der Willkür und Großmuth der Christen abzuhängen, ewig beherrscht, kritisiert und mißtrauisch behandelt zu werden, ewig ein Gegenstand des Spottes und der Zurücksetzung zu sein, muß er wohl alle Kraft und Lust zu jedem höhern geistigen Aufschwunge verlieren. Mit Geld allein kann er sich ein gewisses Entgegenkommen, eine scheinbare Achtung erkaufen, Rechtlichkeit und Bildung führen ihn zu nichts, und so muß er wohl zuletzt gezwungen werden, Mittel und Wege aller Art zum Gelderwerbe zu erfinden.

Als am Ende des vorigen Jahrs in der Französischen Deputirtenkammer der Gesegentwurf über die Besoldung der jüdischen Geistlichen aus der Staatskasse discutirt wurde, äußerte der mit der Bildung der Juden in Frankreich doch gewiß vollkommen ver-

trauete Minister des öffentlichen Unterrichts unter andern: »Die
 »Israeliten waren Wucherer, so lange man sie außer Stand setzte,
 »etwas Anderes zu sein; ausgeschlossen, wie sie es waren, vom
 »Grundbesitz und allem ehrenvollen Erwerb, mussten sie in diese
 »Erniedrigung versinken; aber die Schande fällt auf ihre Unter-
 »drücker! — Doch seit den Wohlthaten der konstituierenden Ver-
 »sammlung haben sie sich mit uns vereinigt, sie haben in unseren
 »Heeren gekämpft, ihr Blut floss auf denselben Schlachtfeldern;
 »sie theilten unsere Begeisterung, unsere Pflichten.«

Zu Seite 11 — mit unseren christlichen Milbürgern
 auf gleicher Bildungsstufe —

Wenn das Königl. Württembergische Gesetz vom 25ten April
 1828 (in Betreff der öffentlichen Verhältnisse der israelitischen
 Glaubensgenossen), von dem Gesichtspunkte der theilweisen Nicht-
 reife ausgehend, sich als ein Erziehungsgesetz giebt, indem es die
 Schacherjuden beschränkt, dagegen aber diejenigen Israeliten, wel-
 che sich einer Wissenschaft, einer Kunst, dem Ackerbau, oder irgend
 einem geregelten Gewerbe widmen, ganz den christlichen Untertha-
 nen gleichstellt, so darf nicht übersehen werden, daß die Juden
 in Württemberg gegen die hiesigen größtentheils um ein halbes
 Jahrhundert in der Kultur zurückstehen. In der Einleitung zu
 den

Verhandlungen in der Kammer der Abgeordneten des Königreichs
 Württemberg über den Königl. Gesetzesvorschlag, die öffentlichen
 Verhältnisse der Israeliten betreffend. (Zuerst gedruckt in den
 allgemeinen politischen Annalen, B. 27. H. 2, nachher besonders
 abgedruckt, Stuttgart und Tübingen 1828.)

ist hierüber wörtlich Folgendes gesagt:

»Der Gesetzgeber fand die Württembergischen Juden (über 8000
 »an der Zahl) in einem für sie, wie für die Gesammtheit, gleich
 »beklagenswerthen Zustande. Die eminente Majorität
 »treibt ausschließlich den Schacherhandel, ist daher
 »nichts weniger als productiv, wodurch sie auch meistens in
 »Armuth und Dürftigkeit lebt. Die Gesetze entfremden sie dem
 »heimischen Boden, und ihr Gewerbe verhindert sie an der,

- » dem guten Unterthan nothwendigen, bürgerlichen Stetigkeit.
- » An bessere, zeitgemäße Bürgerbildung ist nicht zu denken, denn
- » die meisten leben in kleinen, früher reichsritterschaftlichen Orten,
- » wo sie der Grundherr des Schutgeldes wegen aufnahm, und
- » sich um ihre Nahrungsquellen und um ihre geistige Ausbil-
- » dung nicht sonderlich kümmerte.«

und im Laufe der Verhandlungen ist von Schacherzweigen die Rede, welche man hier zu Lande nicht einmal dem Namen nach kennt.

Hier hat man seit länger als 30 Jahren (s. Anm. zu S. 2.) mit allem Ernste für die Veredelung der Juden gewirkt, und jeder Unbefangene muß es anerkennen, daß die neue Generation nach Möglichkeit in der Bildung fortgeschritten ist, wenn er bedenkt, daß vom Staate selbst durchaus nichts für die jüdischen Bildungsanstalten geschehen ist. Der Schacher insbesondere ist fast ganz aus unserm Lande verschwunden; denn die jüdischen Hausirer, welche sich während der Messen in Braunschweig aufhalten, sind keineswegs Braunschweiger, sondern größtentheils aus dem Hilbesheimischen, aus Polen u. s. w. Alles strebt nach einem festen Wohnsitz, nach einem sichern Gewerbe und nach einer den Staatszwecken entsprechenden Vervollkommnung.

Der Einwand der Nichtreise ist von neuem in einer so eben in Leipzig erschienenen Broschüre:

Die Juden in Bezug auf das ihnen zu ertheilende oder vorzuenthaltende Bürgerrecht, Leipzig 1831.

geltend gemacht. Der Verfasser, Herr Dr. Theodor Frey in Dresden, so gewaltig er auch gegen die ganze Judenthümlichkeit eifert, redet, doch gewiß ohne es zu wollen, den Juden unsers Landes darin gerade das Wort. Nachdem er nämlich die Sächsischen Juden hart mitgenommen, giebt er S. 28 bis 30 sein Ultimatum also ab:

- » Allerdings aber hat der Staat, welcher einmal Juden in
- » seine Grenzen aufgenommen hat, und sich nicht entschließen will,
- » jene wieder aus dem Lande zu weisen, die Pflicht, sich ihrer an-
- » zunehmen, indem er sie, gleichsam zur Besserung nöthigend, dem
- » Zustande entgegenführt, in welchem sie fähig sein werden, von

» denen ihnen alsdann zu ertheilenden gleichen Rechten der andern
 » Staatsbürger, ohne Nachtheil dieser, Gebrauch zu machen. Dazu
 » ist aber unumgänglich erforderlich:

» Erstens, die Errichtung von Schulen, in welchen die jü-
 » dische Jugend die Landessprache und Schrift, und sonstige für
 » ein geregeltes, bürgerliches Leben erforderliche Elementarkennt-
 » nisse erlernt, und dabei zugleich an eine stetige Beschäftigung ge-
 » wöhnt wird.

» Zweitens ist darauf zu halten, dass die jungen Leute Hand-
 » werke erlernen, oder in einem soliden Handlungsgeschäft unter-
 » gebracht werden, nicht aber durch Stehen auf den Märkten und
 » an den Ecken, und durch Umherlaufen in den Straßen und Häu-
 » sern, einen zufälligen Erwerb durch Schacher und Bucher sich
 suchen.

» Drittens haben sie einen vernünftigen Gottesdienst einzurich-
 » ten statt ihres dermaligen geistlosen Geplärres, und an die Stelle
 » des Talmud die Lehren der ewigen Moral zu setzen. «

Die beiden ersten Bedingungen sind, wie bereits, namentlich durch die Anmerkung zu S. 2, genügend dargethan ist, in unserm Lande auf das vollständigste erfüllt. Dass Sachsen hinsichtlich seiner Staatseinrichtungen hinter der Zeit zurückgeblieben ist, gesteht der Verfasser S. 24 selbst zu, und dies Zurückbleiben hat denn auch auf die Israeliten in Sachsen, welche, von jedem ordentlichen Gewerbe, selbst vom offenen Handel ausgeschlossen, mehr als irgendwo gedrückt werden, seine natürliche Wirkung gehabt; den dortigen Juden bleibt nichts anders übrig, als auf die traurige Weise ihren Unterhalt zu suchen, wie es Hr. Dr. Frey ad 2. uns erzählt, oder ihm zu Gefallen zu verhungern. — Was die dritte Bedingung anbetrifft, so ist die Verbesserung des jüdischen Gottesdienstes gerade von Braunschweig ausgegangen, indem Seesen dazu das erste Beispiel gab *). Dass man in dieser Hinsicht jetzt hinter Hamburg, Kopenhagen u. a. Städten zurückgeblieben ist, hat lediglich seinen Grund in den beschränkten Mitteln der hiesigen Gemeinde, die

*) Vergl. Sulamith, Jahrgang 3. Bd. 1. S. 298 folg. —
 Jahrgang 7. Bd. 2. S. 48.

es nicht gestatten, die bedeutenden Gemeinde = Lasten noch durch Anstellung eines auf einer Universität gebildeten Predigers, der an jedem Sonnabend Deutsche Vorträge halten müsste, zu vermehren. Wenn die Landesregierung durch irgend eine Unterstützung mit dahin hätte wirken wollen, oder wenn nur nicht so viele, mehr als wohlhabende Juden seit der Restauration von hier weggezogen wären, wodurch die nicht verminderten Lasten den Zurückbleibenden allein zugefallen sind, so würde zur Verbesserung des Gottesdienstes gewiss noch mehr geschehen sein. Vorläufig ist man wenigstens schon so weit gekommen, dass die Kinder (Söhne und Töchter) konfirmirt werden und dabei ein Deutsches Glaubensbekenntniss ablegen; auch hält der Landesrabbiner an den wichtigsten Festtagen, bei Trauungen und sonstigen besonderen Gelegenheiten Deutsche Predigten: zuletzt am Sonnabend den 30sten April zur Feier der Huldigung Sr. Herzogl Durchlaucht, des regierenden Herrn Herzogs Wilhelm; und am Pfingstfeste, den 18ten und 19ten Mai, an welchen Tagen zum ersten Male 3 Knaben und 6 Mädchen, die in der neuen Religions = Schule dazu vorbereitet waren, in den Glaubenslehren der jüdischen Religion in Deutscher Sprache geprüft und konfirmirt wurden. — Das Verlangen des Hrn. Dr. Frey, an die Stelle des Talmuds die Lehren der ewigen Moral zu setzen, kann erst dann erfüllt werden, wenn der Herr Dr. die Lehren der ewigen Moral bestimmter angegeben und die Abweichung des Talmuds von denselben nachgewiesen hat.

Stehen aber die Israeliten des Braunschweigischen Landes mit uns im Durchschnitt auf gleicher Bildungsstufe, so wäre es doch in der That sehr hart, obgleich allerdings bequem, wenn man sie wieder mit lockenden Versprechungen hinhalten, wenn man sie wieder mit dem Troste abspeisen wollte, dass dereinst nach fortgeschrittener oder vollendeter Erziehung ihre Nachkommen die Früchte ihrer Ausaat genießen würden; man scheint zu vergessen, dass schon ihre Vorfahren so getröstet wurden, und dass die jetzige Generation größtentheils die Söhne und Enkel derer sind, denen man die lockende Zukunft eröffnet hatte. — Wenn bei der Hoffnung auf eine bessere Folgezeit schon so viel geschah, wenn das Streben nach Veredelung sich lediglich durch eigenen Antrieb schon so kräftig entwickelte, was lässt sich nicht erst nach völlig erlangter Freiheit erwar-

ten! Freies Bürgerleben erweckt Bürgertugenden; geistiger Druck, das peinigende Gefühl der Zurücksetzung hemmt ihr Gedeihen! —

Zu Seite 12 — einige Citate mögen dieß beweisen —

Eine Zusammenstellung vortrefflicher Lehren und Sprüche aus dem Talmud und den späteren Schriften der Rabbinen (Interpreten) findet man in:

Der Charakter des Judenthums von J. Wolf und G. Salomon.
Leipzig 1817.

und in:

Fragmente aus dem Talmud und den Rabbinen von Jacob Weil.
2 Theile. Frankfurt a. M. 1809 und 1811.

Die üblichen Schranken eines Gesuchs machten eine vollständigere Uebersicht der Lehren des Talmud unzulässig, und wurden deshalb nur wenige schlagende Stellen, welche besonders das Verhältniß der Israeliten zum Staate und zu Andersglaubenden betreffen, darin aufgenommen. Da jedoch die oben angeführten Werke in den Händen weniger Christen sein möchten, so soll hier eine genauere Rechenschaft über die Fortbildung der jüdischen Religion in einer Reihesfolge von Sprüchen aus dem Talmud und den Rabbinen gegeben werden:

Tiefe Anbetung Ihn, von dessen Wesen die Vernunft nur einsehen, wie beschränkt alle menschliche Einsicht, nur erkennen, wie nichtig alle menschliche Erkenntniß, die Sprache nur ausdrücken kann, wie hoch erhaben er ist über jeden menschlichen Ausdruck!

Gott richtet nach Gnade die Uebertretung der directen Pflichten gegen Ihn, nach Gerechtigkeit aber die Uebertretung der Pflichten gegen unsere Nebenmenschen.

Der Segen des Herrn schließt auch die Fremden und Freigelassenen mit ein.

Als die Israeliten durch's rothe Meer gegangen waren, wollten die Engel Jubelhymnen anstimmen; aber der Ewige sprach: Meine Geschöpfe versinken in der reißenden Fluth, könnt ihr frohlocken?

Man verpflege die Dürstigen, man besuche und verpflege die

Kranken, man bestatte die Todten anderer Völker nicht minder, als die der Israeliten, um mit allen Mitmenschen in Eintracht und Frieden zu leben; denn Gott ist allen gut, und seine Barmherzigkeit erstreckt sich über alle seine Werke.

Der Geist kehrt heim zu Gott; gieb Ihm denselben so rein und fleckenlos zurück, als du ihn von Ihm empfangst.

Wer von Menschen geliebt wird, der ist gewiss auch dem Ewigen wohlgefällig; wer aber jenen verhasst ist, der kann auch dem Allmächtigen nicht wohlgefallen.

Welche Strafe erwartet den Sünder? Die Weisheit spricht: Den Verbrecher erwartet die gerechte Folge seines Vergehens. Die Offenbarung spricht: Dem Tode geweiht ist die sündige Seele. Die Bibel fügt hinzu: Doch Opfer sühnt. Die Gottheit aber spricht: Er kehre nur zurück mit reuiger Seele, — ihm ist vergeben.

Kehre zurück zur Bahn der Tugend einen Tag, bevor du stirbst! — Aber der Mensch kennt ja den Tag seines Hinscheidens nicht. — So bleibe er denn stets der Tugend getreu, da er des nächsten Augenblicks sich nicht versichert halten kann.

Selig wer nie gesündigt, selig auch der reuige Sünder.

Wer in der Hoffnung einer künftigen Versöhnung sündigt, hat sich dadurch dieser Versöhnung verlustig gemacht.

Der Zweck des Versöhnungstages ist: den Busethuenden Versöhnung zu verschaffen. Was versteht man unter Buße? Dieses: Der Sünder muss von seinem bisherigen bösen Wandel ablassen, das Geschehene innig bereuen, und den ernstlichen Entschluss fassen, nicht mehr so zu handeln. Wodurch aber zeigt er wahre Bekehrung? Dadurch, dass er von nun an jede sich ihm darbietende Gelegenheit, seine ehemalige böse Lebensart zu erneuern, fahren lässt, und zwar nicht etwa aus Gleichgültigkeit, noch aus Furcht vor der Strafe, sondern bloß aus reiner Sinnesänderung.

Buße und Versöhnungstag können nur solche Vergehen sühnen, die der Mensch unmittelbar gegen Gott begeht, wie wenn Jemand z. B. verbotene Speisen genießt. Verbrechen aber, die irgend eine Beziehung auf den Nebenmenschen haben, wie wenn z. B. Jemand seinem Nächsten etwas vorenthält und dergl. m., werden nicht eher von Gott verziehen, als bis der Sünder Alles

wiedererstattet, seinen Nebenmenschen ganz zufrieden gestellt und überdies denselben um Vergebung gebeten hat.

Irdische Größe darf nicht mit Aufopferung der Ueberzeugung erkauf't werden.

Dränge Niemandem deine Meinung auf; denn ihre Annahme hängt von seinen und nicht von deinen Grundsätzen ab.

Spö'tterei ist gegen jede Meinung eine unerlaubte Waffe.

Die Vernunftpflichten bedürfen keiner Offenbarung zum Beweise ihrer Göttlichkeit.

Die Lehre gleicht dem Schwerte, wer die Anwendung versteht, dem dient's zur Wehr; wer sie nicht kennt, verlegt sich selbst.

Alles ist dem Ewigen vorher bekannt, doch sind die Handlungen des Menschen freiwillig.

Was Gott beschließt, das ist gewiss zu meinem Besten.

Ehre die Vaterhand Gottes selbst in der Strafe.

Bermeide jede Gelegenheit zur Sünde, zittere schon vor der geringsten, sie führt dich stufenweise zu den größten Lastern.

So wie ihr im Sündigen die Gegenwart der Menschen scheuet, so scheuet auch die Gegenwart Gottes.

Die Krone der Lehre ist Weisheit, Krone der Weisheit Demuth, Krone der Demuth Glaube, Krone des Glaubens Tugend, Krone der Tugend — im Stillen anspruchlos sie üben.

Lohn der Tugend ist Tugend, Strafe des Lasters das Laster.

Der Sieg der Tugend im Kampfe mit dem Laster ist selbst die überschwenglichste Belohnung und der Gnade Gottes schönster Zeuge.

Nicht schöne Worte, gute Handlungen machen den Werth des Menschen.

Siehe das Gebet nicht als eine anbefohlene Pflicht an, sondern es sei herzliche Ergießung vor dem Ewigen.

Die Ausübung der Ceremonialgesetze ohne Herzensandacht gleicht einem Körper ohne Seele.

Besser wenig beten mit Andacht, als viel ohne Andacht.

Lasset uns wenig, aber vernünftig beten.

Man setze Jugendlehrer in jeder Stadt an. Man zwingt die Gemeinden, Jugendlehrer zu halten. Eine Stadt, die sich dessen

weigert, eilt ihrem Untergange entgegen; denn nur durch Erziehung und Unterricht besteht die Welt.

Ein Heide sprach zu Rabbi Hillel dem Ältern: Ich wollte wohl eure Religion annehmen, wenn ich sie nicht erst mühsam aus einer Menge von Schriften zusammensuchen müsste. Unsere Religion, erwiderte Hillel, besteht: Liebe deinen Nächsten wie dich selbst. Dies ist der Text, alles Uebrige ist Kommentar.

Durch Wahrheitsliebe, Gerechtigkeitspflege und Eintracht wird jedes Zusammenleben erhalten.

Wer seinen guten Ruf mißbraucht, verliert ihn.

Der wahrhaft Fromme ist streng gewissenhaft gegen sich, großmüthig und nachsichtig gegen Andere.

Beurtheile nie die Handlungen eines Menschen, bis du dich in seiner Lage befunden hast.

Wer sich der Menschen erbarmt, dessen wird sich einst auch Gott erbarmen; doch wer mit Menschen keine Nachsicht hat, der findet auch jenseits keine.

Der Gottesfürchtige läßt auch das nicht unerfüllt, was er seinem Nächsten nur zugebracht, ohne es mit seinem Munde ausgesprochen zu haben.

Die Ehre deines Nächsten sei dir so lieb, als die deinige.

Lass dir deines Nächsten Vermögen so theuer sein, als dein eigenes.

Komme Jedem mit dem Gruße des Friedens zuvor.

Freue dich nicht, wenn dein Feind fällt, und lass dein Herz nicht fröhlich sein, wenn er strauchelt, daß es dem allsehenden Gotte nicht mißfalle.

Halte keinen Menschen für zu gering.

Ein Gräuel dem Ewigen ist, wer Unrecht verübt, gegen wen es auch sei.

Wortbrüchigkeit ist eben so verabscheuenswürdig, als Götzendienst.

Missgunst und Menschenhass tödten den Menschen.

Suche dir die Schwäche und Einfalt deines Nächsten nicht zu Nutzen zu machen. Blicke auch deine Handlung den Menschen unentdeckt, so fürchte dich vor Gott dem Ewigen, der dein Inneres schauet, und deine Gedanken prüft.

Du sollst nicht stehlen. Wer nur eine Pruta (die kleinste Münzsorte) stiehlt, gleichviel ob einem Israeliten oder Goi (Nichtisraeliten), übertritt dies Verbot, desgleichen wer im Handel und Wandel, sei es mit einem Israeliten oder Akum (Götzendienner), falsch misst oder wägt. Eben so unerlaubt ist es, einen Nichtisraeliten mit falscher Rechnung zu hintergehen; vielmehr muß man auch hierin eine genaue Ehrlichkeit beobachten.

Es heißt: Du sollst deinem Nächsten nichts vorenthalten und rauben, und so darf man sich auch nicht des Eigenthums eines Götzendieners auf eine widerrechtliche Art bemächtigen.

Es ist verboten, das gestohlene Gut zu kaufen, oder einem Diebe auf irgend eine Art behülflich zu sein.

Weder von Ehefrauen, noch von Diensthöten, noch von Unmündigen darf man etwas kaufen, außer solche Dinge, bei denen sich mit Gewissheit voraussetzen läßt, daß sie ihnen, mit Vorwissen ihrer Vorgesetzten, zugehören. Sagen sie aber bei dem Verkauf, man solle es geheim halten, so darf man auch diese Dinge nicht von ihnen kaufen.

Es ist verboten, Jemanden, er sei Israelit oder Nichtisraelit, im Handel und Wandel zu betrügen oder zu hintergehen. So z. B. muß man dem Käufer vorher anzeigen, ob die zu verkaufende Waare irgend einen Fehler hat. Auch ist es verboten, irgend Jemanden mit Worten zu hintergehen; denn es heißt: Niemand soll seinen Nächsten hintergehen.

Dem Tagelöhner seinen verdienten Lohn vorenthalten, er mag ein Israelit oder Nichtisraelit sein, heißt ihm sein Leben nehmen.

Wer sich des Armen erbarmt, dessen erbarmt sich der Herr.

Almosen geben ist verdienstlicher, als alle Opfer.

Freundliche Aufnahme der Fremden ist verdienstlicher, als der Besuch des Lehrhauses.

Gieb dem Armen Almosen im Geheim, um ihn nicht zu beschämen.

Je geheimer und verschwiegener man die Werke des Wohlwollens übt, desto verdienstlicher sind sie.

Almosenspenden muß mit freundlichem Gesichte geschehen.

Armen Geld leihen ist verdienstlicher, als es ihnen schenken; das Verdienstliche aber ist, ihnen einen gesetzlichen Erwerb zu eröffnen.

Vater und Mutter sind Gefährten der Gottheit.

Die Gottheit fühlt sich geehrt, wenn Kinder den Ältern mit Ehrerbietung begegnen.

Der Sohn pflege seines Vaters, Sorge für dessen Unterhalt, Kleidung und Bequemlichkeit, und alles Das geschehe auf eine freundliche, liebevolle Weise.

Wo Eintracht herrscht zwischen Eheleuten, da wohnt die Gottheit in ihrer Mitte.

Die Ehrfurcht gegen Lehrer gränzt an die Ehrfurcht gegen Gott.

Unterwerfung den Landesgesetzen ist allen Menschen ohne Unterschied Pflicht.

Ihr sollt, selbst mit Uebertretung der Ceremonialgesetze, den Regierungsbefehlen oder Königsgeboten gehorchen.

Bete stets für das Wohl der Landesobrigkeit; denn durch sie wird jeder Ungerechtigkeit gesteuert, und Recht und Ordnung aufrecht erhalten.

Sobald der Richter, die Angelegenheiten der Partheien nach strenger Wahrheit zu untersuchen, sich niedersetzt, verlässt die Gottheit ihren himmlischen Wohnsitz, und schlägt ihn in der Nähe des Richters auf.

Müßiggang führt zur Verrücktheit.

Müßiggang führt zum Laster.

Lasset die Jugend die Gesetze erlernen, aber auch mit den Wissenschaften, als: Weltgeschichte, Naturgeschichte, Mathematik, Geographie, fremden Sprachen u. s. w. sich bekannt machen.

Ohne Brot kann Weisheit nicht gedeihen, und ohne Weisheit nützt der Wohlstand nicht.

Beeile dich, Ackerland zu kaufen, sei bedächtig bei der Wahl eines Weibes.

Man verkaufe den Acker nicht, um sich ein Haus, das Haus nicht, um sich bewegliche Güter und Waaren um Handel zu treiben dafür anzuschaffen; wohl aber verkaufe man die beweglichen Güter, und schaffe sich Acker an.

Ziehe dein Getreide selbst, und kauf es nicht, wenn es dir auch eben so theuer zu stehen kommt; denn in selbstgezogener Frucht steckt mehr Segen.

Jeder Israelit ist verbunden, irgend ein Handwerk oder eine Kunst zu erlernen.

Wer seinen Sohn kein Handwerk lernen läßt, ist gleichsam, als hätte er ihn zum Räuber erzogen.

Lobenswerth ist ein Handwerk; es ehrt den Meister.

In dem Buche Ekle Hamigwoth vom Rabbi Moses von Kuzi, der im dreizehnten Jahrhundert in Spanien lebte, in der Stelle, wo des Verbots, den Edomiten und den Aegypten zu scheuen, (Moses: Deuter. 33, 7.) erwähnt wird, heißt es also: »Der Grund dieser und gleicher Verbote ist kein anderer, als der bereits von mehreren Gelehrten unserer Nation angeführte: es ist nämlich die Absicht Gottes, daß wir uns einer strengen Sittlichkeit befleißigen und die göttlichen Tugenden der Großmuth, Dankbarkeit und Erkenntlichkeit ganz aneignen sollen. Jeder Israelit soll hiervon den Schluss ziehen: da es uns zur Pflicht gemacht wird, selbst die Aegypten und die Edomiten nicht zu scheuen, obgleich jene uns unterdrückt, unsere männlichen Kinder ertränkt, und uns in der Wüste verfolgt, diese aber unsere Tempel verbrannt, unser Land zerstört und Alles angewandt haben, um das Andenken Israels zu vernichten; wie weit sorgfältiger und geflüstelter müssen wir diese Pflicht gegen die Nationen beobachten, die uns in unserm jetzigen Verhältnisse menschenfreundlich behandeln, deren Regenten uns in ihre Staaten aufgenommen haben, uns sicheren Schutz angeheißen lassen, und uns nicht nur die körperliche Freiheit gestatten, gleich ihren übrigen Unterthanen überall Handel und Wandel zu treiben, sondern auch uns Seelenfreiheit vergönnen, indem sie uns eine ungehinderte Religionsübung erlauben. Es ist daher unsere heilige Pflicht, uns dankbar gegen sie zu bezeigen, und für ihr Wohl zu beten, so wie es (Jerem.) heißt: Suchet das Wohl der Stadt, dahin ihr gekommen seid. Wahrlich ein seliger Lohn erwartet sie von unserm himmlischen Vater! — Aber die Religion fordert zugleich auch uns auf, dankbar und erkenntlich gegen sie zu sein für alles Gute, das sie uns angedeihen lassen. Und gewiß derjenige, welcher der irrigen und thörichten Meinung nachhängt, unsere Religion lege uns die Pflicht auf, oder erlaube uns, andere Glaubensgenossen zu betrügen, nach ihrem Eigenthum zu trachten, oder sonst ihnen

» Böses zu gönnen, ein solcher Mensch kennt nicht den Weg des
 » Ewigen. Der Herr ist gerecht in allen seinen Wegen, und der Zweck
 » unserer Religion ist einzig und allein, die Menschen durch gerechte
 » Gesetze und Verordnungen tugendhaft zu machen; wie würde
 » demnach Gott uns solche verkehrte Gesetze geben, die uns in den
 » Augen anderer Glaubensgenossen herabwürdigen, und uns ihren
 » Hass und ihre Verfolgung zuziehen? — Nein, so dachten und
 » denken alle wahrhaften Weisen und Gemeinde-Vorsteher Israels
 » nicht; vielmehr geht ihr Bestreben dahin: das Volk auf die Bahn
 » der Tugend zu leiten, und jedes Hinderniß dagegen aus dem
 » Wege zu räumen. — Wäre diese Wahrheit allgemein bekannt,
 » wäre man hiervon unter den Nationen völlig überzeugt, so würde
 » man von den israelitischen Lehrern eine bessere Meinung haben.
 » Möge indess immerhin irgend ein Gegner der Juden gehässige
 » Dinge von uns verbreiten, und die Menge das Gegentheil jener
 » Wahrheit glauben machen wollen; wir vertrauen der Gnade des
 » Höchsten und der weisen Einsicht der Staatshäupter, daß sie die
 » Schmähungen eines solchen Judenfeindes nicht achten, vielmehr
 » den Grund hiervon in der Lieblosigkeit, dem Unglauben und der
 » Unkunde der jüdischen Religion entdecken werden. «

Diese Stellen im Verein mit den in dem Gesuche bereits mit-
 getheilten werden zu dem Beweise genügen, daß der Talmud den
 Glauben an einen heiligen und gütigen Gott und an ein höheres
 Leben lehrt, daß er Liebe gegen alle Menschen, wes Glaubens und
 Volkes sie auch sein mögen, zur heiligen Pflicht macht, daß er
 vor jedem Unrecht warnt, und nur bei inniger Reue und Besser-
 ung Vergebung der Sünden verheißt, daß er seinen Anhängern
 Gehorsam den Gesetzen und der Obrigkeit des Landes, in welchem
 sie leben, befiehlt, daß er Wissenschaften, Künste, Handwerke und
 Ackerbau für die zweckmäßigsten Beschäftigungen neben dem Reli-
 gionsstudium erklärt, und daß daher selbst der strenge Talmudist
 ein nützlicher, hülfreicher und gehorsamer Mitbürger und Unter-
 than sein kann.

Seltsame und verwerfliche Sophismen einzelner Rabbinen
 finden sich natürlich in den 24 Folianten der älteren jüdischen Re-
 ligionsschriften; allein man würde sehr ungerecht sein und wahr-
 haft schlecht handeln, wenn man aus diesen Stellen ein System

zu bilden sich bemühen, und dasselbe dann für die wahre jüdische Religion ausgeben wollte. Nie haben die Israeliten diese Behauptungen einzelner Rabbinen angenommen und anerkannt, stets haben sie sich an den Talmud selbst, an die weisesten Rabbinen, wie an einen Maimonides, Abenesra, Manasse ben Israel, und besonders an den unter dem Namen Schulchanaruch bekannten Auszug aus dem Talmud und den Rabbinen gehalten, welche namentlich zwischen Sünden und Verbrechen gegen Israeliten und Nichtisraeliten durchaus keinen Unterschied erkennen. Sie sehen recht gut ein, dass ihre Rabbinen nur irrende Menschen waren, sie glauben an eine immerwährende Fortbildung ihrer Religion, und lassen gern einzelne Glaubenslehren fallen, wenn sie von deren Unhaltbarkeit überzeugt werden können.

Ich will hier nur die Aussprüche zweier ausgezeichneten Rabbinen, des Rabbi Samuel ben Chophni und des Maimonides, hervorheben. Ersterer erklärt: »Man muss keine Meinung hegen, die dem gesunden Menschenverstande widerspricht, wenn auch diese Meinung die Autorität der Rabbinen in der Gemara für sich hat« — und letzterer äußert in einem Schreiben an die Rabbinen in Marseille: »Es geziemt keinem Juden, gewisse durch Gründe bewährte Meinungen darum fahren zu lassen, weil etwa einer unter den Talmudisten das Gegentheil behauptet hat; der Rabbi kann entweder sich wirklich geirrt, oder einen andern, uns unbekannten Sinn damit verbunden, oder sich nach Zeitumständen gerichtet haben. Ueberhaupt muss der Mensch nicht immer seine eigene Meinung hinter sich werfen; denn er hat die Augen vorn und nicht hinten.« —

Der alte Eisenmenger ist bereits von so vielen gründlichen Gelehrten hart mitgenommen und widerlegt, dass man ihn jetzt füglich auf sich beruhen lassen kann, ohne befürchten zu müssen, dass noch irgend Jemand sich durch den Gebrauch seiner verrosteten Giftpfeile wird lächerlich machen wollen. Selbst Michaelis, der wahrlich kein Gönner der Juden war, sagt über Eisenmenger in der

Orientalischen Bibliothek, Th. 1. S. 320:

»Ich halte Eisenmengers entdecktes Judenthum für ein gelehrtes Werk; aber es ist feindselig und ungerecht, und wenn

» Einer gegen eine der drei, im Römischen Reiche eingeführten
 » Religionen etwas dergleichen schriebe, so würde man es eine Läs-
 » terschrift nennen. Wie wenn Jemand ein entdecktes Papstthum,
 » oder Lutherthum schreiben, und, mit Vorbeilassung des Guten,
 » wie der allgemein aufgenommenen Sätze und der Widersprüche
 » gegen Irrthümer, alles aufzeichnen wollte, was jemals irgend
 » einem der schlechtesten Schriftsteller entfahren, oder was beim
 » Disputiren auch nur einmal mündlich gesagt ist.«

Die neueste » Lästerschrift « des Abbé Chiarini:

Théorie du Judaïsme, deux tomes, Paris et Genève 1830.

hat bereits ihre Abfertigung in der Brochüre des Dr. Jost zu Berlin:

Beleuchtung der Théorie du Judaïsme, Berlin 1830.

besonders aber in der Abhandlung des Dr. Jost zu Berlin:

Was hat Herr Chiarini in Angelegenheiten der europäischen Juden geleistet? Eine freimüthige und unparteiische Beleuchtung des Werkes: *Théorie du Judaïsme, Berlin 1830.*

gefunden. Der Lektüre, dem Chiarini merkwürdigerweise, indem er jedem andern Juden die Fähigkeit, ein Urtheil über sein Werk zu fällen, abspricht, allein entschiedene Sachkenntniß und Redlichkeit zuschreibt, und ihn als einzigen kompetenten Richter anerkennt, weist dem Herrn Abbé, dessen Werke Seite vor Seite folgend, Mangel an aller Logik, Begriffsverwirrungen über Begriffsverwirrungen, völlige Unbekanntschaft mit den Quellen selbst, Unkenntniß der ersten Elemente der hebräischen Sprache, bei jedem Quälencitate eitel Nachbeten armseliger Schüler-Excerpte, und flüchtiges Benutzen anderer Schriftsteller nach. Herr Dr. Jost zeigt untern andern, S. 42, 43, daß Chiarini auf Einer Seite, welche die französische Uebersetzung einer von Jost im 6ten Bande seiner Geschichte der Israeliten gegebenen Tabelle enthält, ohne alle Kenntniß, ja ohne allen Menschenverstand übersetzt hat, indem er z. B. mehrere in die Augen fallende Druckfehler wiedergegeben.

Zu Seite 17 — das auserwählte Volk Gottes —

» Jede Religion rühmt sich der einzige oder doch wenigstens
 » der sicherste und geradeste Weg zum Wohlgefallen der Gottheit,
 » zu dem Genuße der Seligkeit eines zweiten Lebens zu sein; jede

» behauptet, ihre Wahrheit durch so deutliche unwidersprechliche Be-
 » weise gegründet zu haben, dass nur vorsätzliche Verblendung die
 » Augen vor ihrem gleich der Sonne leuchtenden Lichte schließen
 » könne « u. s. w.

G. W. Dohm: Ueber die bürgerliche Verbesserung der Juden. Berlin und Stettin 1781. S. 23. folg.

Dass dem Judenthum die Idee eines Nationalgottes fremd ist, ward bereits in

Moses Mendelssohn's Jerusalem, oder über religiöse Macht und Judenthum, Berlin 1783. 4te Betrachtung, 2ter Abschnitt. erwiesen.

Ebendasselbst — ihres Messias harren —

Aus den von Moses: Deut. 30, 6, Jesaias: 2, 2 bis 6. und Zacharias: 24, 9. gegebenen Verheißungen einer glücklichen Zukunft ist im Judenthum die Idee eines zukünftigen Messias entstanden. Die ausgezeichnetsten Talmudisten erklären jedoch, dass unter der Verheißung eines Welterlösers nichts Anderes zu verstehen und auch von den Propheten gemeint sei, als: der glückliche Zeitpunkt, in welchem, einer erleuchteten Vernunft mehr gehorchend, als den Eingebungen blinder Leidenschaften, kein Volk seines Glaubens wegen von anderen Völkern gedrückt und herabgewürdigt werden und die ganze Menschheit zu höherer Vollkommenheit gelangen werde.

So heisst es im Talmud insbesondere: » Die Zeit des Messias unterscheidet sich von der jetzigen durch nichts weiter, als dadurch, dass der Druck der Israeliten durch andere Völker aufgehört wird; « und in Maimonides Abhandlungen von den Rabbinen: » Die Weisen und Propheten haben die Zeit des Messias nicht etwa in der Absicht herbeigewünscht, damit sie (die Juden) über die ganze Welt herrschen, nicht etwa deshalb, damit sie sich andere Völker unterwerfen wollen, auch nicht deswegen, um unter den Völkern erhöht zu werden, auch nicht deswegen, um in reicher Fülle die Freuden der Sinne ungestört genießen zu können; — sondern lediglich deshalb, damit sie ungestörtere Ruhe haben, sich der Religion und der Weisheit zu widmen, ohne von Drängern und Verfolgern daran gehindert zu werden. In die-

»fer Zeit werden sich keine erschütternde Kriege ereignen, Neid und
 »Hass werden verschwinden, das Vortreffliche wird in reichem Maaße
 »gedeihen, die wahre Freude wird nicht selten, und das Bestreben
 »der ganzen Welt wird darauf gerichtet sein, den Herrn in Wahr-
 »heit zu erkennen« u. s. w.

Vergleiche: Charakter des Judenthums. S. 118 bis 122.

Sulamith, Jahrgang 1. B. 1 S. 341 u. 342.

Zu Seite 18 — status in statu —

Wenn die Juden zusammenhalten, sich gegenseitig forthelfen und unterstützen, so werden sie nur durch den Nothstand dazu gezwungen. Der Staat sondert sie ab von den übrigen Unterthanen, und weist sie in bestimmte Schranken; und die natürliche Folge ist, daß er sie zu einer Korporation macht, wie alle durch besondere Vorrechte oder Benachtheiligungen abgegränzte Stände sich in sich selbst abschließen. Wie der Adel sich zum Schutze seiner Vorrechte verbindet, wie die städtischen Bürger ihre Privilegien mit gesammter Kraft zu schützen suchen, wie beide in dem Namen Adel und Bürger ein besonderes Band finden, so treten auch die Juden als gemeinsame Leidensbrüder zusammen, und streben vereint dahin, den einzigen ihnen eröffneten Nahrungsweg zur möglichsten Sicherung ihrer Existenz zu benutzen und zu erweitern. Nicht leicht wird der Jude es erlangen können, daß der Christ sich für sein Fortkommen interessirt, und ihn in seinem redlichen Streben förderlich ist, und doch kann der einzelne Mensch für sich allein ohne alle Hülfe selten zu etwas Tüchtigem gelangen, was bleibt ihm nun, wenn ihn der christliche Mitbürger zurückstößt, Anderes übrig, als von seinen Glaubensgenossen, selbst im Auslande, den ihm freundlich gewährten Beistand anzunehmen. Hätten die Juden nicht so getreulich zusammengehalten, und sich gegenseitig den Schutz und die Hülfe gewährt, die ihnen von den Christen versagt wurden, sie würden längst im Elend verkommen sein. Doch wenn sie auch gegen ihre nothleidenden Glaubensgenossen, weil diese fast nie von christlicher Seite Unterstützung erhalten, besonders wohlthätig sein müssen, so stehen sie doch auch in der Bereitwilligkeit, christlichen Armen zu helfen, keinesweges ihren christlichen Mitbürgern nach. — Für Deutschland, wahrlich nicht für das

Judenthum, kämpften die Deutschen Juden in den Befreiungskriegen, und fragten nicht, ob der ihnen gegenüberstehende Franzose Jude oder Christ sei; — für Frankreich richtete der Französische Jude seine Waffen gegen den Deutschen Glaubensgenossen; — das schwache Band gemeinsamer Religion zerriß im Kampfe der Nationen.

Ebenaselbst — Nicht die Religion — der gemeinsame Geburtsboden macht die Nation —

»Nimmer können wir zugeben, daß Einheit des Glaubens
»oder Einerleiheit der Religionsform, so wie der darauf gebauten
»Cultur, eine unumgänglich nothwendige Bedingung der kräfti-
»gen Zusammenwirkung eines Volkes und der davon abhängigen
»öffentlichen Wohlfahrt sei. Denn die Erfahrung widerspricht
»dieser Annahme allzusehr. Man sehe z. B. hin auf Italien,
»Spanien, Portugal und andre Länder, wo der Katholizismus
»ausschließlich herrschend ist. Findet wohl hier ein kräftiges Zu-
»sammenwirken, findet hier ein blühender Wohlstand Statt? Nichts
»weniger als das. Gerade in diesen Ländern zeigt sich das öffent-
»liche Elend von der grellsten Seite. Gerade hier leben die Bür-
»ger theils unter einander theils mit der Regierung, heimlich und
»öffentlich, im größten Zwiespalte. Ackerbau, Gewerbsleiß, Han-
»del, selbst Wissenschaft und Kunst, liegen danieder. Nun ver-
»gleiche man mit diesen Ländern solche, wo verschiedene Religionspar-
»teien zusammenleben, Frankreich, England, Niederland,
»Deutschland, und hier wieder Oesterreich und Preußen,
»als die beiden größten Deutschen Staaten. Seitdem man sich hier
»gegenseitig dulden und vertragen gelernt hat, sind diese Staaten zu
»einem früher nie gesehenen Wohlstand emporgestiegen. Und wenn
»es auf ein kräftiges Zusammenwirken nach außen ankam, so ha-
»ben sie in der neuesten Zeit Beweise davon abgelegt, die uns
»Allen noch in frischem Andenken sind. —

»Warum machen es nicht alle Regierungen, wie Gott,
»dessen Stelle sie vertreten wollen? Warum sehen sie die Person
»an und fragen, ob sie Christ oder Nichtchrist, Katholik oder Pro-
»testant sei? Warum ist ihnen nicht jeder angenehm, der Gott
»fürchtet und recht thut, was er auch sonst für einen Namen trage
»oder für einen Glauben bekenne? Warum dulden, warum schü-

»hen, warum ehren sie nicht jede Religionspartei auf gleiche
»Weise?

»Wohl höre ich hier die Erwiderung, eine Regierung dürfe
»nicht in religiöser Hinsicht gleichgültig seyn. Denn dieser religiöse
»Indifferentismus führe auch zum moralischen, und mache am
»Ende aus dem ganzen Volke eine indifferente Masse. Darauf
»antworte ich aber, daß gerecht seyn gegen jede Religionspartei
»himmelweit verschieden sei vom religiösen Indifferentismus, und
»nimmer zum moralischen führen könne. Ein Regent und eine
»Regierung kann und soll religiös seyn, aber nicht parteiisch, viel-
»weniger bigott und fanatisch. Das ist sie aber oder kann es doch
»leicht werden, wenn sie nicht die Waage und das Schwert der Ge-
»rechtigkeit über Alle gleichmäßig hält, wenn sie sich anmaßt zu
»entscheiden, welches der rechte Glaube, die rechte Anbetung Gottes
»sei, und wenn sie diese Entscheidung durch eine Gewalt geltend
»machen will, die ihr von Gott zu ganz andern Zwecken anver-
»trauet ist. Ueberlasse sie doch das den Theologen! Die mögen es
»durch Wort und Schrift entscheiden, wenn sie können. Eine
»Regierung ¹⁾ hat dazu weder Beruf, noch Geschick.

»Aus dem Bisherigen ergiebt sich demnach, daß alle Reli-
»gionsparteien, wie verschieden sie auch in Lehren, Gebräuchen
»und Anbetungsweisen seyn mögen, zum Staate in einem und
»demselben Verhältnisse stehen. Alle hat der Staat auf gleiche
»Weise zu schützen, wie zu beaufsichtigen, damit sie ruhig und
»friedlich neben einander wohnen und keine die andere beleidige
»oder gar verfolge. Allen ohne Ausnahme hat daher der Staat
»nicht nur freie Religionsübung und freie Gedankenäu-
»ßerung in Wort und Schrift — so daß jedes Glied der einen
»Partei die andere wörtlich und schriftlich (aber nicht thätlich)

¹⁾ » So verhält es sich also auch mit liturgischen Angelegenheiten,
» weil diese stets religiöser Art sind und tief ins kirchliche Leben
» eingreifen. Eine Regierung, die sich darein mischt, hat allemal
» Unrecht, weil sie aus dem Kreise ihrer Rechte und Pflichten tritt.
» Man berufe sich nur nicht auf Vorgänge früherer Zeit. Denn
» so ließe sich beweisen, daß die Regierungen auch berechtigt und
» verpflichtet seien, Keger und Hexen zu verbrennen.

» nach Belieben bestreiten kann — sondern auch allen Gliedern derselben, welche nicht Verbrecher sind und welche ihre Bürgerpflichten treu erfüllen, das volle Bürgerrecht und die Anwartschaft auf alle Staatsämter zu gewähren. Es mag daher wohl von einer im Staate herrschenden Religion in dem Sinne die Rede seyn, daß ihr die meisten Bürger zugethan sind, aber nicht in dem Sinne, daß man ihr zugethan seyn müsse, um das volle Bürgerrecht zu genießen und irgend ein höheres oder niederes Staatsamt zu verwalten. Kirchliche Aemter fordern freilich von dem, der sie verwalten will, daß er zu der Kirche sich halte, die ihm ein solches Amt anvertrauen soll. Aber eigentliche Staatsämter haben ja nichts mit kirchlichen Lehren und Gebräuchen zu thun.

» Die Forderung also, daß man, um Staatsbürger im vollen Sinne des Wortes zu seyn und daher auch eigentliche Staatsämter verwalten zu können, der Staatsreligion zugethan seyn müsse, ist durchaus nicht im Rechte begründet; sie ist rein willkürlich, und läuft am Ende nur auf Glaubens- und Gewissenszwang hinaus. Wenigstens thut sie dieß indirect, weil sie eine Bedingung setzt, welche zu erfüllen gar nicht im Belieben des Menschen steht, da der Glaube keine beliebige Sache ist, sondern eine heilige Angelegenheit des Gewissens. Ja es ist schon der Begriff einer Staatsreligion unstatthaft, weil und wieweit man dabei nicht an die Religion überhaupt und an sich, sondern an irgend eine bestimmte Religionsform denkt. Dieser können wohl die meisten Bürger des Staats mit Einschluß derer, welche den Staat regieren, ergeben seyn. Aber darum ist sie noch nicht die Religion des Staates selbst oder im Ganzen betrachtet; denn zu diesem gehören alle im bürgerlichen Verbande lebende Menschen ohne Ausnahme.

» Wollte man dem Staate als solchem und im Ganzen Religion in jener beschränkten Bedeutung einer bestimmten Religionsform beilegen, so würde man auf ganz ungereimte, die Religion selbst gefährdende Folgerungen geführt werden. Entweder müßte man behaupten, der Staat habe die Religion erst gemacht; die Religion sei daher nichts weiter als eine politische Erfindung, um den Pöbel im Zaume zu halten. Dieß meinen nun zwar

»manche Staatsmänner, und auch wohl manche Hierarchen, welche
 »die Religion als einen glücklichen Fund für ihre egoistischen Zwecke
 »benußen. Allein die Meinung selbst ist so absurd und zugleich
 »so entehrend für die Religion, daß sie hier keiner Widerlegung
 »bedarf. Jeder Wohlgesinnte muß die Religion als eine heilige
 »Sache des Gewissens und darum nicht bloß als etwas Zufälliges,
 »sondern als etwas Nothwendiges für den Menschen betrachten,
 »er lebe in oder außer dem Staate. — Oder man müßte, wenn
 »es eine Staatsreligion geben sollte, das verächtliche Wort Lu-
 »wig's XIV: *L'état c'est moi*, auch auf die Religion anwenden
 »und sagen: »Weil der Regent der Staat ist, so ist auch die
 »»Religion des Regenten die Religion des Staats,
 »»und ebendarum müssen alle Glieder des Staats mit dem Regen-
 »»ten eine und dieselbe Religion haben.« Die Folgerung ist
 »aber hier eben so falsch, als das Princip, und führt auf den
 »schrecklichsten Gewissenszwang, auf den gräulichsten Glaubensdes-
 »potismus. Nach solchen Ansichten hätte niemand im Römischen
 »Staate Christ werden dürfen, so lange dieser Staat von heidni-
 »schen Kaisern regiert wurde; und auch im Türkischen Staate
 »dürfte niemand ein Christ seyn, so lange der Türkische Kaiser ein
 »Muselmann wäre. Der ebengenannte hochmüthige König von
 »Frankreich hätte auch ganz recht daran gethan, wie sein Vor-
 »fahr Carl IX., die Protestanten in Frankreich zu verfolgen und
 »selbst zu tödten, weil sie nicht der Staatsreligion d. h. seiner Re-
 »ligion zugethan waren.

»Auf solche Absurditäten kommt man nothwendiger Weise,
 »wenn man Staat und Religion und Recht nicht genau unter-
 »scheidet, und wenn man bei so gewichtigen Dingen sogar die
 »Persönlichkeit des Regenten mit ins Spiel mischt. Es ist ja eine
 »bloße Zufälligkeit, welcher Religion der Regent zugethan sei; er
 »kann sie ja eben so gut, wie jeder Bürger, wechseln; was auch
 »häufig genug geschehen ist. Hat denn nun mit einem solchen
 »Wechsel auch der Staat, haben auch alle Bürger des Staats
 »ihre Religion gewechselt? Oder hören sie auf, Bürger dieses
 »Staats im vollen Sinne des Wortes und also auch tauglich zur
 »Verwaltung von Staatsämtern zu seyn, weil es dem Regenten
 »beliebt hat, seine Religion zu wechseln, sei es aus Ueberzeugung

»oder um irgend eines zeitlichen Vortheils willen? — Weg also
 »mit so falschen Ansichten von Staat und Religion! Sie führen
 »nur zu Ungereimtheiten und, was noch tausendmal schlimmer
 »ist, zu offenbaren Ungerechtigkeiten.

»Wenn nun das Bisherige richtig ist — und ich glaube, daß
 »schwerlich jemand etwas Triftiges dagegen wird einwenden können,
 »— so ist die Frage wegen der Emancipation der Juden
 »eigentlich schon beantwortet. Denn was von allen Religions-
 »parteien im Staate gilt, das gilt auch von dieser. «

Krug. Ueber das Verhältniß verschiedener Religionsparteien zum
 Staate und über die Emancipation der Juden (aus der Minerva
 besonders abgedruckt), Jena 1828. S. 10 bis 21.

Ebendasselbst — Ur-Innsassen des Landes —

Die Frage, ob die Bekenner der israelitischen Religion in
 Deutschland Deutsche seien oder nicht, ist so eben wieder von zwei
 Seiten ziemlich derb zur Sprache gebracht. Wem die Palme ge-
 bühre, dem Freunde oder dem Widersacher der Juden, mag der Leser
 selbst entscheiden:

In der im Ganzen empfehlenswerthen Schrift:

Ein Wort über die Emancipation der Bekenner des Mosaischen Glau-
 bens in Baden. Heidelberg 1831. S. 27.

eifert ein christlicher Badenser in folgenden Worten für das An-
 recht der Juden an Deutschland:

»Werden wir uns denn in Deutschland nie auf den Stand-
 »punkt der reinen Humanität erheben — soll denn ewig bei uns
 »jedes vernunftwidrige Gesetz, das Barbarei, Unwissenheit und
 »Selbstsucht früherer Jahrhunderte erzeugte, fortbestehen, auch wenn
 »man sich von der Vernunftwidrigkeit desselben überzeugt hat —
 »nur aus dem einen Grunde, weil es bisher bestand? Ist es denn
 »so schwer, aus der Geschichte zu lesen, daß die Deutschen Staaten
 »nicht von Christen, sondern von Menschen errichtet wur-
 »den — daß die Christen selbst erst in diese Staaten aufgenom-
 »men wurden, nachdem sie bereits längst bestanden? Hat denn
 »alle Philosophie, alle Aufklärung unseres Jahrhunderts — hat
 »denn endlich die christliche Religion selbst, die doch so genau den

»Staat und die Kirche trennt *), in fast 2000 Jahren, welche
 »seit ihrer Stiftung verflossen, noch nicht einmal die Ueberzeu-
 »gung hervorrufen können, daß Staaten Rechtsgesellschaf-
 »ten — aber keine Christen = Fütterungs = Anstalten
 »sind? « —

Ein anderer Anonymus in der Beilage zum Niederrheini-
 schen Kurier für das konstitutionelle Deutschland vom 19ten April
 1831 sieht dagegen die Sache von einer andern Seite an :

»Die Juden — sagt er — mögen unsere Städte und Dörfer
 »bewohnen; aber an unserm Vaterlande, an unserm Volke haben
 »sie nun und nimmer Theil. Wer einen Juden zum Grafen oder
 »Fürsten macht, der thut nichts Widersinniges; aber wer einen
 »Juden als Deutschen Bruder an's Herz drückt, der ist entweder
 »ein Narr oder ein Schuft. Nationalität ist kein Doktorhut und
 »kein Ordensband. Die heilige wahrhaftige Natur ist es, die Böl-
 »ker scheidet oder verbindet.« **)

Die heilige wahrhaftige Natur, — wahrlich schöne mystische
 Worte, und beneidenswerth, wer ihren Sinn begreift. Mit Gra-
 fen und Fürsten scheint der Anonymus nicht viel Umgang gehabt
 zu haben; wir wollen ihm diesen Umgang seiner Bildung wegen
 jedoch empfehlen, wenn er gleich auch im bürgerlichen Verkehr leicht
 zu der Ueberzeugung gelangen kann, daß der Deutsche die edle
 Grobheit und Unverschämtheit nicht mehr für eine Nationaltugend
 hält.

*) »Gebet dem Kaiser, was des Kaisers, und Gott was Gottes ist.«

**) Nach einer Widerlegung dieses Aufsatze im konstitutionellen Deutsch-
 land vom 6ten Mai macht übrigens die Redaktion folgende An-
 merkung :

»Mit der in gegenwärtigem Aufsatz enthaltenen Reklamation
 »gleicher Rechte für die Israeliten Deutschlands mit ihren christ-
 »lichen Mitbürgern, wie solche zur Ehre der Humanität bereits
 »in Frankreich besteht, so wie mit dessen Entgegnung sind auch
 »wir durchaus einverstanden, und haben dies schon durch Frag-
 »zeichen in dem gegenwärtig widerlegten, in der That lei-
 »denchaftlichen und also unsern Gefinnungen entgegen-
 »gesetzten Artikel bereits angedeutet.

Zu Seite 19 — Juden kämpften mit gleicher Begeisterung wie ihre christlichen Mitbürger für das Deutsche Vaterland gegen den Französischen Usurpator. —

Unter'm 4ten Januar 1815 schrieb der Fürst von Hardenberg an den Grafen von Grote zu Hamburg:

»Auch hat die Geschichte unsers letzten Krieges wider Frankreich bereits erwiesen, dass sie (die Juden) des Staats, der sie in seinen Schooß aufgenommen, durch treue Anhänglichkeit würdig geworden. Die jungen Männer jüdischen Glaubens sind die Waffengeführten ihrer christlichen Mitbürger gewesen, und wir haben auch unter ihnen Beispiele des wahren Heldenthums und der rühmlichsten Verachtung der Kriegsgefahren aufzuweisen, so wie die übrigen jüdischen Einwohner, namentlich auch die Frauen, in Aufopferung jeder Art den Christen sich angeschlossen.«

Vergl. Buchholz, Aktenstücke, die Verbesserung des bürgerlichen Zustandes der Israeliten betreffend, Stuttgart und Tübingen 1815.

S. 30, 31. 79, 80.

Nach der Rückkehr des verewigten Herzogs Friedrich Wilhelm in Seine Erblande stellten sich mehrere Israeliten freiwillig zu den vaterländischen Fahnen, und die Gemeinde zu Braunschweig machte dem Herzog ein Geschenk von 36 völlig montirten Artilleriepferden, welches so sehr ihre Kräfte überstieg, dass die deshalb von ihr gemachte Anleihe noch jetzt nicht ganz getilgt ist.

Ebenselbst — Da Euer Religion Euch die Erfüllung aller Bürgerpflichten unmöglich macht —

Man hat häufig die Meinung ausgesprochen, dass die jüdischen Ceremonialgesetze den Israeliten in der Erfüllung der Bürger-, namentlich der Staatsdiener-Pflichten, und in der Betreibung der Handwerke und des Ackerbaues hinderlich seien. Besonders hat man solche Hindernisse in den jüdischen Festtagen, in der Feier des Sabbath und in den Speiseverboten finden wollen. Allein die Erfahrung in vielen Ländern, namentlich in Holland und Frankreich, so wie mehrere oben angeführte Stellen des Talmuds lehren aufs überzeugendste, dass der Israelit die Ceremonialgesetze im Conflict mit den Pflichten gegen den Staat selbst

hintansetzt, und dass er durch Fleiß und Ausdauer nachzuholen weiß, was ihm an Zeit zu seinem Nahrungsbetriebe durch die strenge Beobachtung der Ceremonialgesetze entzogen werden möchte. Als Staatsdiener besorgt der Israelit am Sabbath so ämstig seine Amtsgeschäfte, als der christliche Staatsdiener, der auch im Drange der Geschäfte nicht selten den Sonntag zur Hülfe nimmt; und immerhin mag der Staat, ehe er einem Israeliten ein Staatsamt überträgt, das nothwendig auch am Sabbath verwaltet werden muss (denn sonst kann man es ihm füglich überlassen, wie er seine Geschäfte treu und fleißig besorgen, ob er z. B. eine oder die andere Nacht zu Hülfe nehmen, oder in den Nachmittagsstunden, die so viele Staatsdiener ihrer Erholung widmen, arbeiten will), von diesem eine bündige Erklärung über seine Ansicht vom Sabbath, und ob er lieber am Sabbath feiern oder zum Besten des Staates arbeiten will, verlangen. Ob der jüdische Handwerker oder Ackerbauer am Sabbath arbeitet oder nicht, ist seine Sache, sein Vortheil und Nachtheil, und nicht Sache des Staates, der auch dem christlichen Handwerker die Arbeitsstunden nicht vorschreibt, sondern nur gestattet. Die Lehrlinge und Gesellen, welche sich streng an die Ceremonialgesetze gebunden halten, mögen deshalb einen besonderen Vertrag mit ihrem Meister schließen und diesen für die dadurch herbeigeführten Inkonvenienzen auf andere Weise — z. B. durch eine längere Lehrzeit, durch einen geringern Gesellenlohn — entschädigen. Sehr bald wird aber gewiss der Israelit zu der Ueberzeugung gelangen, dass er, um existiren und mit dem Christen konkurriren zu können, nur wenige Stunden ungestörter Gottesverehrung weihen darf, und in Kurzem wird er auch hier einen Ausweg finden und verfolgen, wie er schon jetzt manche Unbequemlichkeiten der Ceremonialgesetze zu überwinden weiß. Man überlasse es nur der Zeit, ihre heilsame und fortbildende Kraft ferner auszuüben, und gewiss werden nach und nach dergleichen Förmlichkeiten auch bei den strengen Talmudisten ihre Heiligkeit verlieren.

Die Verlegung der Feier des Sabbath, der nach dem alten Testamente und dem Glauben der Juden auf einem Bündnisse mit Gott beruht, den Gott selbst gesegnet und geheiligt hat (1. Buch Moses 2, 3), auf den Sonntag könnte nur von den

Israeliten selbst ausgehen, nach deren Glauben ein aus 71 jüdischen Theologen bestehender Sanhedrin das Recht hat, die Ceremonialgesetze nach den Zeitumständen zu verändern. Will man dagegen eine politische Einrichtung, die nichts Ehrwürdiges hat, die kein frommer Glaube heiligt, gewaltsam an die Stelle des Sabbath's setzen, so greift man nicht nur tief in die Glaubensfreiheit und in die Gewissensruhe der Juden ein, sondern man schafft auch günstigsten Falls nur eine neue Secte, und heimliche, s. g. Spanische Juden, was für den Staat nicht wünschenswerth sein kann.

Ueber die Abschaffung der Speiseverbote durch ein Staatsgesetz hat sich bereits die oben angeführte Schrift:

Ein Wort über die Emancipation der Bekenner des Moses'schen Glaubens in Baden.

genügend ausgesprochen.

Der Verfasser sagt daselbst S. 36, 37: »In unserm Zeitalter, dessen Genius sein ganzes Streben darauf concentrirt, die höchste individuelle Freiheit mit der Vereinigung unter dem Gesetze zu verbinden, in unserm Jahrhundert, in welchem Gedankensfreiheit, Pressfreiheit und constitutionelle Freiheit des innern Staatslebens das Loosungswort aller Nationen geworden ist — in diesem Jahrhunderte soll der Jude vergebens um Mangel an Freiheit jammern!«

Der aufgeklärtere, wissenschaftlich gebildete Jude begreift vollkommen, dass die Beschneidung so wenig, als das Enthalten von gewissen Speisen, die Seligkeit bedingen, mit gleicher Andacht würde er jeden andern Tag der Gottesverehrung weihen, ja er hält es sogar für wünschenswerth, dass solche Aeußerlichkeiten, die mit der Religion und Pflichterfüllung in keinem wesentlichen Zusammenhange stehen, beseitigt werden, weil grade solche Aeußerlichkeiten im Leben am meisten sich bemerklich machen, und der geselligen Einheit Abbruch thun. Allein demungeachtet muss er sich dagegen erklären, dass sich in solche religiöse Ceremonieen der Staat, dem sie, als solchem, weder Vortheil noch Nachtheil bringen, einmische, weil die größere Zahl der Israeliten, namentlich die niederen Stände, diese Aeußerlichkeiten als heilige Glaubenssache betrachten. Eine

Veränderung oder Abschaffung der jüdischen Ceremonialgesetze wäre nicht weniger ungerecht und gewissenverletzend, als wenn man den Christen im Allgemeinen die Taufe, die Feier des Abendmahls, die Confirmation, die Beichte u. s. w. verbieten, oder Veränderungen darin einführen, sie zwingen wollte, ihren Sonntag auf den Donnerstag zu verlegen, ihr Weihnachtsfest (etwa weil Christus erweislich nicht im December geboren ist) im August zu feiern u. s. w. u. s. w. Der gemeine Mann kann nun einmal den Kultus, das Aeußere seiner Religion, nicht von der Religion selbst trennen, und der Staat läuft Gefahr, den redlichen, glaubensfrommen Bürger ganz zu verwirren und irreligiös zu machen, wenn er ihm die äußere fassliche Stütze seines dunkeln Glaubens entreißt.

Wahrhaft beklagenswerth sind die Sophismen und Wizeleien, mit welchen Herr Dr. Paulus zu Heidelberg, völlig unbekannt mit den gegenwärtigen Verhältnissen der Juden, in der mir so eben mitgetheilten Schrift:

Die jüdische Nationalabsonderung nach Ursprung, Folgen und Besserungsmitteln (aus dem Sophronizon besonders abgedruckt),
Heidelberg 1830.

geschichtlich nachzuweisen versucht, daß die Juden durch ihre Religionsgebräuche zu einer besonderen Nation (ohne Grund und Boden, ohne Gesetze und Regierung!?) vereint, und in solcher Nationalität ewig erhalten würden. Herr Dr. Paulus hat sich, wie ich fest behaupten und versetzen kann, nicht die Mühe gegeben, über den praktischen Gegenstand seiner Schrift irgend nachzulesen und Belehrung zu suchen; nur nach seinen mühsamen historischen Forschungen hat er sich, ohne das Leben zu kennen, mit gelehrter Liebhaberei ein theoretisches Judenthum gebildet. Mit Recht ist Herr Dr. Kieffer (einer der eifrigsten und tüchtigsten Vertheidiger der Rechte seiner Glaubensgenossen, wenn er auch in seiner kräftigen Schrift:

Ueber die Stellung der Bekenner des mosaischen Glaubens in Deutschland. Altona 1831.

sich hin und wieder zu weit von seinem Eifer für die gute Sache hat fortreißen lassen) über den Ton und die Mittel, die sich

Hr. Dr. Paulus erlaubt, empört, und man kann es ihm nicht verdenken, wenn er seinen animosen, in dieser Hinsicht kenntnißlosen Gegner etwas derb ad absurdum führt. Seine neueste, so eben erschienene Schrift:

Vertheidigung der bürgerlichen Gleichstellung der Juden gegen die Einwürfe des Hr. Dr. H. E. G. Paulus, Altona 1831.

ist keines Auszugs fähig, ein Jeder, der in dieser Angelegenheit seine Stimme abgeben will, muß dieselbe zuvörderst ganz gelesen, und, ohne sich durch die Heftigkeit des Verfassers irre machen zu lassen, gewürdigt haben.

Da mir beide Streitschriften erst bekannt wurden, als die Anmerkung zu den Worten: *status in statu* bereits gedruckt war, so konnte ich ihrer erst hier erwähnen, glaube jedoch fast, daß die Schrift des Hrn. Dr. Paulus eben so füglich an dieser Stelle besprochen werden kann, da alles Das, was derselbe als *antinational* bezeichnet, nur dann der Nation entgegen sein würde, wenn es der Staatsverfassung, der Erfüllung der Bürgerpflichten widersprechen dürfte. Das Wort: Nation kann meiner Meinung nach nur den praktischen Sinn haben: ein Volk, eine Zahl von Menschen, die unter Einer Regierung und den von derselben gegebenen Gesetzen in in bestimmte Gränzen eingeschlossenes Territorium bewohnen. Jeder Theil des Volks, jeder Einzelne aus dieser Menschenzahl ist Staatsbürger, er selbst oder seine Vorfahren mögen herkommen, woher sie wollen, seine Denk- und Handlungs-Weise, seine besonderen Sitten und Gebräuche mögen sein, welche sie wollen, wenn sie nur den Staatsgesetzen nicht widerstreiten. Der Begriff der Schutzbürgerschaft, in welcher Hr. Dr. Paulus die Juden erhalten will, weil nach seiner Meinung ein jeder Mensch sein Recht erhält, wenn er, sofern er andere Menschen nicht beschädigt, auch nicht beschädigt wird, ist hiernach eben sowohl ein Unding und der Vernunft zuwider, als die Hörigkeit und Leibeigenschaft, von denen sie nur ein milderer Abbild ist. Der Schutz (*advocatia*), welchen der Schwächere und Mittellose in roheren Zeiten von mächtigen Einzelnen und von ganzen Körperschaften gegen Gewalt sich erbat und erkaufte, ist mit der Vernichtung zügelloser Gewalt überflüssig geworden. Gegenwärtig, im geordneten bürgerlichen

Leben, gewährt der Staat (der Gesamtwille, die gesammte Kraft) allen seinen Bürgern, allen Bewohnern seines Gebietes, die nun nicht mehr Schutzbürger, sondern sich gegenseitig vertretende Staatsbürger sind, als solchen alle Vortheile des Staatsverbandes. Ein jeder Staatsinsasse ist berechtigt, ja verpflichtet, an der Gesetzgebung, an der Aufrechterhaltung und Realisirung der Gesetze, an dem Schutze des Staates gegen innere und äußere Feinde u. s. w. nach seinen Kräften mit Wort und That Theil zu nehmen. Handelt aber der einzelne oder handeln mehrere Bürger den Staatsgesetzen zuwider, so treffen sie die gesetzlichen Nachtheile, zu denen denn auch bei schwererer Verletzung der Gesetze, namentlich bei Angriffen auf die Staatsgrundgesetze, die Ausstoßung aus dem Staatsverbande gehören kann und muss. — Ist diese Ansicht die richtige, so ist auch die Schutzhörigkeit der Juden — das Verlangen besonderer Schutzeldeu sowohl, als die Beschränkung ihrer Gewerbefreiheit, ihre Ausschließung von Staatsämtern und von der s. g. Volksvertretung ic. — dem Begriffe des Staats und den Forderungen eines der Vernunft entsprechenden Staatsrechts zuwider, und sie muss als ein geistloses Gespenst der Vorzeit völlig vernichtet werden, sofern die Israeliten nicht, was auch Hr. Dr. Paulus S. 20, 21. als Princip aufstellt, sich zu Meinungen bekennen, aus welchen der Gesamtheit schädliche Handlungen mit Grunde zu befürchten sind. Bekennen sie sich aber zu solchen Meinungen, so müssen sie als schädliches Element gar nicht im Staate geduldet, sondern, wenn man sie nicht, wie bereits ein anderer Heidelberger Professor vor 15 Jahren proponirte, mit Stumpf und Stiel ausrotten will, des Landes verwiesen werden.

Herr Dr. Paulus rechnet nun zu den Meinungen der Israeliten, welche dem Staate Gefahr drohen sollen:

1) Den Stockglauben an Gott als Nationalkönig der Israeliten.

Sch könnte, um die Unwahrheit dieser Behauptung nachzuweisen, nur auf das S. 63 dieser Anmerkungen allegirte Werk Bezug nehmen; allein selbst zugegeben, dass die Juden Gott als das höchste Staatsoberhaupt betrachten, so liegt darin doch schlimmsten Falls nur eine unschädliche Verkleinerung und Vermenschlichung Gottes, der als Gegenkönig den Fürsten dieser Welt nicht gefährlich werden wird.

2) Die Hoffnung auf einen weltlichen Messias.

Dass sich die Juden einer solchen Hoffnung nicht hingeben, ist bereits S. 63, 64. dieser Anmerkungen nachgewiesen; aber sie ist auch ohne allen praktischen Werth. Schon in den Verhandlungen der Württembergischen Kammer

a. a. D. S. 58.

wurde der von dem Prälaten Märklin daraus hergenommene Einwand von dem Freiherrn von Cotta mit den Worten: »Was die Hoffnung auf den Messias betrifft, so denke ich, können wir wohl dieselbe so lange unbesorgt bestehen lassen, bis er erscheint«, und durch die Bemerkung des Abgeordneten Schleier: »Mögen die Juden nur so lange gute Bürger bleiben, bis ihr Messias erscheint«, leicht beseitigt. Ein jeder Christ, und so auch Hr. Dr. Paulus, ist gewiss innig davon überzeugt, dass der Messias bereits erschienen, und dass daher die Hoffnung der Juden ein Hirngespinnst ist. Was hat aber der Staat von Hirngespinnsten zu befürchten? — Wie David Friedrichsfeld in seinen

Beleuchtungen über den Vortrag des Professors van Schwinden bei den Stellvertretern des Volks von Holland in dem Haag, die Stimmgerechtigkeit und das Bürgerrecht der Juden betreffend, Rotterdam 1795.

aus dem alten Testamente und dem Talmud erwiesen hat, ist es den Juden verboten, etwas zur Beschleunigung der Ankunft des Messias zu unternehmen, bei Strafe, dieselbe dadurch noch weiter hinauszusetzen, indem der Messias allein durch Gott den Herrn, und zwar als ein Friedensfürst, wird gesendet werden. Möchten also immerhin die Juden, wie Hr. Dr. Paulus zu glauben scheint, die gegenwärtigen Regierungen nur als provisorische, welche demnächst der von dem weltlichen Messias dem ganzen Menschengeschlechte zu gebenden Konstitution weichen müssen, betrachten, so können doch die Deutschen Fürsten diesen unschuldigen Gedanken noch viel zuversichtlicher dahin gestellt sein lassen, als die Hoffnung vieler auf die dereinstige Vereinigung von ganz Deutschland zu Einem Staate. Nur dann könnte eine solche Erwartung schädlich werden, wenn die Religion der Juden es ihnen zur Pflicht machte, zum Untergange aller anderen Völker, unter denen sie leben, nach allen Kräften zu wirken, an dem Interesse des Landes, in welchem sie

wohnen, nicht den geringsten Antheil zu nehmen, und thätige Versuche zu machen, den Messias einzuführen; dass eine solche Vorschrift aber nicht vorhanden ist, der Israelit vielmehr durch seine Religionsgesetze verpflichtet wird, alle Bürgerpflichten zu erfüllen, und das Wohl des Landes, in welches er aufgenommen ist, auf alle Weise zu befördern (Jeremias 29, 7), lehren nicht allein die oben mitgetheilten Sprüche aus dem Talmud (der, was nicht außer Acht zu lassen ist, 436 Jahre nach der Vernichtung des jüdischen Staats erschien, so dass also seine Bestimmungen über Erfüllung von Bürgerpflichten sich lediglich auf die Gesetze anderer Völker, unter denen die Juden damals lebten, bezogen), sondern auch die tägliche Erfahrung. Nie sind die Juden als Rebellen gegen die Staaten, in denen sie wohnen, mit List oder Gewalt aufgetreten, niemals haben sie in der Gesamtheit die ihnen verliehenen Rechte zum Nachtheil der Staaten missbraucht. In Frankreich erhielten sie im Jahre 1791 durch die konstituierende Versammlung alle Bürgerrechte, Napoleon bestätigte sie im Besitze dieser Rechte; Ludwig XVIII. machte ihre völlige Gleichstellung zu einem Theile der neuen Verfassung, Carl X. veränderte nichts in ihrem Zustande, und im Gefolge der letzten Revolution wurde bei vollkommener Pressfreiheit nicht allein nichts Nachtheiliges gegen sie zur Sprache gebracht, sondern man gab ihnen vielmehr in den Kammern, als mit großer Majorität *) die letzte Zurücksetzung durch den Beschluss der Besoldung der jüdischen Geistlichen aus der Staats-Casse aufgehoben wurde, von allen Seiten die vortheilhaftesten Zeugnisse. Die Aeußerung des Ministers des öffentlichen Unterrichts in der Deputirten-Kammer ist bereits S. 48, 49 mitgetheilt. In der Sitzung der Pairs-Kammer vom 29sten Januar d. J. äußerte der Graf von Portalis, als Berichterstatter der Kommission über den fraglichen Gesetzentwurf: »Wer könnte besser, als wir, bezeugen, welche Fortschritte die Israeliten in unserm Vaterlande gemacht haben, und wie viel Erfreuliches für die Zukunft ihr gegenwärtiger Stand-

*) In der Deputirtenkammer mit 211 gegen 71, und in der Pairskammer mit 57 gegen 32 Stimmen.

»punkt hoffen läßt. — Es sind bald 20 Jahre her, seit der
 »ehrenwerthe Präsident dieser Kammer, ein anderes Mitglied der-
 »selben und ich beauftragt waren, bei einer aus Abgeordneten der
 »Französischen und Italiänischen Judenthums bestehenden Versamm-
 »lung, so wie bei dem nachmaligen großen Sanhedrin, die Func-
 »tionen von Commissariaten der Regierung zu versehen. — In die-
 »sen Versammlungen, in welchen Furtado, Sigro, Cologna
 »und Isaac Berr sich auszeichneten, wurden die größten und
 »wichtigsten Fragen verhandelt. — Alles, was das Familienwesen,
 »die bürgerlichen und zeitlichen Beziehungen der Juden zu ihren
 »Mitbürgern, das Amt und die Functionen der Rabbinen, die von
 »dem Geseze des Moses verbotenen unerlaubten Gewerbe, den Wu-
 »cher 2c. betrifft, wurde unter unserer Leitung geprüft und eben
 »so gründlich als gewissenhaft erörtert. Der große Sanhedrin er-
 »kannte an, daß in bürgerlichen und zeitlichen Dingen die Unter-
 »werfung unter den Staat eine Pflicht sei, und gab über alle diese
 »Gegenstände wichtige Vorschriften. — Seit der Zerstreuung der
 »Stämme, der Zerstörung des Tempels und der Aufhebung des
 »Priesterthums entbehren die Israeliten einer konstituirten kirch-
 »lichen Hierarchie. Die Rabbinen, deren Name Lehrer des Gese-
 »zes bedeutet, versahen ehemals unter den Juden die Verrichtun-
 »gen der Notare und Richter erster Instanz in Civilsachen; sie ent-
 »schieden in höchster Instanz über Alles, was die religiösen Cere-
 »monieen betraf. Durch einen Beschluß der Israelitischen Ver-
 »sammlung vom 20sten December 1806 wurde jedoch verordnet,
 »daß sie sich künftig nur mit dem Unterricht in der Religion und
 »in der Lehre des großen Sanhedrin, so wie mit dem Einseg-
 »nen der Ehen, beschäftigen sollten. Eine neue Organisation der
 »Synagogen wurde durch ein Kaiserl. Dekret vom 17ten März
 »1808 bestätigt, und die Ernennung der Geistlichen, der jüdischen
 »Konsistorien und der Rabbinen der Genehmigung der Regierung
 »unterworfen. Der Ausdruck „Geistlichen“ ist nicht genau, und
 »wir bezweifeln, daß die Juden selbst ihren Rabbinen einen wahr-
 »haft priesterlichen Charakter beilegen; sie sind vielmehr öffentliche
 »Religions-Lehrer, und seit dem angegebenen Zeitpunkte lehren
 »sie die Gesittung, die Achtung vor dem Geseze, die Liebe zum

»Vaterlande, die Ausübung mildthätiger Werke, und die Liebe zu ihren Mitbrüdern.« — Am ausführlichsten aber entwickelte der von Augustin Perrier über den Gesetzentwurf der Deputirten-Kammer vorgelegte Bericht die günstigen Folgen, welche die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten mit den übrigen Franzosen gehabt hat.

Vergl. Moniteur vom 3ten December 1830, Journal des débats vom 3ten, 5ten December 1830, und vom 2ten Febr. 1831.

Preussische Staatszeitung, Jahrgang 1830 Nro 343, 345.

— 1831 Nro 40, 41.

Ein gleiches Beispiel bieten die Niederlande dar, in welchen die bürgerliche Gleichstellung der Juden mit den christlichen Religionspartheien zuerst durch das Dekret der Nationalversammlung vom 2ten September 1796 ausgesprochen, und bei den nachherigen Regierungsveränderungen wiederholt bestätigt wurde. Als König Wilhelm nach dem Sturze Napoleons die Regierung übernahm, waren mehrere bedeutende Posten, namentlich in den Ministerien und in der Justiz, mit Israeliten besetzt, von denen ein Verzeichniss in

Eulamith, Jahrgang 5. Bd. 2. S. 285 — 288.

gegeben ist. Nicht allein wurden alle diese Beamten in ihren Posten bestätigt, sondern der König hat auch nachher wieder mehrere israelitische Kandidaten zu Staatsämtern und die angestellten Israeliten zu höheren Posten berufen.

Eulamith, Jahrgang 4 Bd. 2. S. 78, 79.

Rieffer, Vertheidigung u. S. 22.

Dass aber die Niederlande auch nicht einmal einen Scheingrund zur Beschwerde über diese Beamten haben, dass ihnen überhaupt die bürgerliche Gleichstellung der Israeliten in keiner Hinsicht nachtheilig gewesen ist, wird aufs Entschiedenste dadurch erwiesen, dass nicht nur die Belgischen Blätter — obgleich sie, um den Aufstand der Belgier zu rechtfertigen, alles hervorgesucht haben, was nur irgend die Holländische Regierung in ein gehässiges Licht stellen könnte — auch nicht das Geringste gegen die Israeliten enthalten, sondern dass letztere sogar ausdrücklich durch die neue Verfassung in allen Staatsbürger-Rechten bestätigt sind.

Vergl. Preussische Staatszeitung Jahrgang 1831. Nro 34, 44.

3) Die Rabbinen als Gesetzgeber, Richter und Gesetzvollstrecker.

Ich glaube nicht, daß in irgend einem Deutschen Staate ein Rabbiner auch noch einen Schein von Gewalt hat, in Baden, Baiern, Mecklenburg und Preußen namentlich ist ihnen jede Einmischung in die bürgerlichen und häuslichen Verhältnisse der Gemeindeglieder gesetzlich untersagt, und dankbar erkannten diese die ihnen durch ihre Regierungen dadurch gewährte Freiheit. Duldete aber ein Staat fernerhin solche Macht der Rabbinen, so mag Hr. Dr. Paulus immerhin seine Geißel über diesen, von ihm jedoch namhaft zu machenden Staat, der seine Interessen nicht besser wahrzunehmen weiß, schwingen. Auch bei uns wird der Rabbiner nur als ein mit den Vorschriften der Religion vertrauter Mann betrachtet, dessen Rath in Glaubenssachen der zweifelnde Israelit, wenn er will, einholt; von äußerer Macht ist auch nicht die leiseste Spur. Die Israeliten müssen in allen bürgerlichen Verhältnissen, z. B. bei Errichtung von Contracten und Testamenten, dieselben Gesetze wie die Christen beobachten, sie müssen vor den vom Staate eingesetzten Richtern in allen Fällen Recht nehmen und geben, und allen polizeilichen, Disciplinar- und Executiv-Maasregeln des Staats sind sie gleich den Christen unterworfen, ohne daß der Rabbiner auf irgend eine Weise sich einmischen darf. Hr. Dr. Rieffer hat in der

Vertheidigung 2c. S. 65. folg.

die Unwahrheit und Lächerlichkeit dieses vermeintlichen Grundes einer besondern Nationalität der Juden, auf welchen Hr. Dr. Paulus hauptsächlich Gewicht legt, aufs Ueberzeugendste nachgewiesen: »Es ist mithin« — schließt er seine Widerlegung S. 72 — »alles Das, was Hr. Dr. P. über den gewaltigen Einfluß der Rabbinen und über die Abhängigkeit der Juden von denselben fabelt, von Anfang bis zu Ende aus der Luft gegriffen. Die Rabbinen haben durch ihren eigenen Einfluß, wo die Regierung nicht ihre Ansichten theilte und gewaltsam geltend machte, einen großen Theil der Juden nicht daran verhindert, einen Gottesdienst nach Grundsätzen, den ihrigen entgegengesetzt, zu gründen; sie haben einen sehr großen Theil der Gemeinde, und zwar Arme so gut wie Reiche, nirgends daran gehindert, sich nach ihrer religiösen Ueberzeugung von dem Ceremonial-Gesetze, ganz oder theilweise, loszusagen; Diejenigen, die ih-

»ren Lehren anhängen, thun es aus einer durchaus freien und un-
 »abhängigen, gewissenhaften religiösen Ueberzeugung. Ich glaube
 »mit Zuversicht behaupten zu können, — und ich weiß, daß Män-
 »ner von einer der des Herrn Dr. P. entgegengesetzten religiösen
 »Meinung diese Behauptung nicht als ein Lob für uns werden
 »gelten lassen, — daß die Bekenner keiner christlichen Confession
 »von der Meinung ihrer orthodoxen Geistlichen so durchaus in je-
 »der Beziehung unabhängig sind, wie wir von der der Unsrigen;
 »daß sich die allerunbedingteste Meinungs-Verschiedenheit in Reli-
 »gions-Sachen nirgends mit so ungebundener Freiheit äußert, wie
 »unter uns, wo Gottlob! keinerlei äußere Gewalt den Lehren und
 »Vorschriften der Religion zur Seite steht; daß jene geheiligte
 »Sprech-Freiheit, die Hr. Dr. P. Seite 31 mit vollem Recht als
 »einen wesentlichen Zug des Mosaismus bezeichnet, unter uns im
 »vollsten Maaße Statt findet; daß jede freieste Entwicklung, jede
 »freieste Kritik in unserem inneren religiösen Leben auch nicht die
 »allermindeste Beschränkung findet. Ich bitte den Hrn. Dr. P.,
 »mir zu sagen, ob ich mich in meiner früheren Schrift gescheut habe,
 »über irgend einen Gegenstand, der der Religion angehört, sehr un-
 »umwunden meine antirabbinische Meinung zu sagen; ob ich irgend-
 »wo irgend einen Glaubenspunkt aus Scheu vor den Rabbinen oder
 »aus irgend einer Menschenfurcht so schlau umgangen bin, wie er
 »S. 54 die Lehre von der Auferstehung umgeht? «

Verglichen auch die Schrift des Großherzogl. Badischen Kir-
 chenraths Ewald:

Ideen über die nöthige Organisation der Israeliten in christlichen
 Staaten. Karlsruhe und Baden 1816. S. 95 — 100,
 die Hr. Dr. P. wohl füglich hätte kennen und berücksichtigen sollen.

Dem Hrn. Dr. P. ist ferner der Vorschlag einzelner Israeliten,
 daß von den Regierungen ein Sanhedrin zur zeitgemäßen Reform
 der Ceremonialgesetze zusammenberufen werden könnte, anstößig
 gewesen; er findet darin eine neue Bestätigung ihrer absichtlichen
 Trennung von der Nation. — Allein jener Vorschlag stützte sich
 lediglich auf die Meinung, daß die beabsichtigte Reform dann eher
 Eingang bei der Masse der Israeliten, namentlich bei dem gemei-
 nen Manne finden würde, so wie der Katholik eins oder das an-
 dere seiner 7 Sacramente, seine Fasten, viele seiner Festtage u. dergl.

vielleicht eher aufgeben dürfte, wenn dies durch einen Concilienbeschluss, oder auch nur von dem Papste, oder Erzbischofe als Kirchengesetz ausgesprochen würde. Der Sanhedrin ist eine rein kirchliche Versammlung, die nicht ohne Willen der Regierungen zusammentreten kann, diese bestimmen erst die Männer, welche ihn bilden sollen, er hat nicht das Recht, etwas den Staatsgesetzen Widerstrebendes einzuführen, irgend eine politische Tendenz zu verfolgen; nur ein theologisches Gutachten abzugeben ist er berechtigt. Von einem sichtbaren Oberhaupt der jüdischen Kirche ist hier also nicht die Rede. Der Sanhedrin würde etwa mit den reformirten Synoden zu vergleichen sein, die (sogar von den Staats-Regierungen und Gesetzen in vieler Hinsicht unabhängig) reformirte Gemeinden mehrerer Staaten fortwährend mit einander verbinden. So ist z. B. die reformirte Gemeinde zu Braunschweig einer von dem hiesigen Presbyterium und den Presbyterien zu Hannover, Göttingen, Münden, Celle und Bückeburg gebildeten Synodalkonföderation untergeben; und doch wird Niemand deshalb behaupten wollen, dass die hiesige reformirte Gemeinde einen Staat im Staate bilde. — Dürfen doch fast alle Staaten, namentlich der unsrige, Freimaurerlogen, und berufen Freimaurer selbst zu höheren Staatsämtern, ohne in diesem Vereine, der die Mitglieder vieler Nationen besonderen, dem Staate unbekannten Gesetzen unterwirft, geheime Zusammenkünfte hält, geheime Gebräuche beobachtet und geheime Zwecke verfolgt, eine eigene, dem Staate gefährliche Nation zu erkennen.

4) Die Beschneidung.

Herr Dr. Paulus hat die neue Entdeckung gemacht, dass die Beschneidung nicht eine symbolische Aufnahme in die Religionsgesellschaft, sondern eine Hingabe an Gott als den König der jüdischen Nation bezwecke, und meint nun, dass der beschnittene Jude so wenig als Deutscher gelten könne, als der geborene Franzose, der seine Nationalkokarde nicht aufgeben wolle. Auf den letzteren niedrigen, eines Professors der Theologie unwürdigen Vergleich mag ich nicht weiter eingehen; jene Entdeckung widerlegt sich aber schon durch das über den Glauben der Juden an Gott als einen Nationalkönig oben Gesagte. Andere Gegengründe findet man in:

Rieffer, a. a. D. S. 43, 44. Note **), 63 — 65 *).

5) Den Sabbath und die Speisegesetze; denn sie sind seiner Meinung nach gleich der Beschneidung politische Institute, die in der Absicht eingeführt sind, die Juden zu einer Nation zu vereinigen, und werden von den Juden nur deshalb noch jetzt beobachtet, weil sie sich durch ihre Religion verpflichtet halten, eine besondere Nation zu bilden.

Man muss Hrn. Dr. Rieffer vollkommen beipflichten, wenn er dagegen

a. a. D. S. 43 — 47

insbesondere anführt, dass die Israeliten die Beobachtung der Ceremonialgesetze der Erfüllung der Bürgerpflichten jederzeit nachsetzen, und sie nur dann nicht aufgeben wollen, wenn ein solcher Conflict nicht eintritt. Ich füge noch hinzu, dass die Israeliten häufig solche Männer zu Gemeindevorstehern wählen, und ihnen in jeder Hinsicht Vertrauen schenken, die, ihrer individuellen Ueberszeugung folgend, sich an die Ceremonialgesetze, namentlich an die Speiseverbote, nicht gebunden halten. Hrn. Dr. Paulus sind diese aufgeklärteren Israeliten zwar als Indifferentisten und Sophisten besonders zuwider; aber wären sie wirklich so gleichgültig gegen Religion, was sollte sie hindern, nachdem sie durch das Aufgeben der Nationalceremonien sich von der Paulusjüdischen Nation getrennt haben, zu der christlichen Religion, die ihnen alle Vortheile, welche der Staat gewähren kann, darbietet, überzutreten?

Doch Hr. Dr. Paulus geht offenbar auf ein methodisches

*) Wenn aber der Staat auch nichts Antisociales in der Beschneidung finden kann, so ist es doch gewiss seine Pflicht, darauf zu achten, dass dieselbe nicht der Gesundheit des neugeborenen Kindes Gefahr drohe. Er mache es deshalb den Israeliten zur Pflicht, die Operation von einem geprüften Arzte, oder wenigstens unter dessen Leitung und Aufsicht vornehmen zu lassen; denn er ist verpflichtet, die Rechte seiner Bürger, namentlich ihr Leben und ihre Gesundheit, zu sichern. Hr. Dr. P. mag nach diesem Grundsatz das von ihm den Ceremonialgesetzen der Juden opponirte Beispiel der Braminen in Indien, welche der Englischen Regierung erklärt haben sollen, ihre Religion verlange, dass sie die Wittwen verbrennen, und Kinder in den Ganges werfen müssten, beurtheilen.

Dumm machen und Verwirren seiner Leser hinaus, sonst würde er wohl nicht zu behaupten gewagt haben:

Dass die Juden, namentlich die Rabbinen und die reicheren Juden, die Kinder und ärmeren Klassen ihrer Glaubensgenossen in Rohheit und Dummheit zu erziehen und zu erhalten streben.

Dass die Israeliten in ganz Deutschland bereits alle Bürgerrechte genießen, und jetzt nur noch danach trachten, die Staatsämter an sich zu reißen, um die Christen beherrschen zu können; — [als ob, sobald der Jude gleich dem Christen zum Staatsdienste fähig erklärt wird, alle Juden in Masse sogleich Staatsdiener würden. Unmöglich kann ein vernünftiger Mensch ohne böse Absicht seine Frage so stellen: ob die Juden die Christen beherrschen sollen? Die einfache Frage ist offenbar die: ob in einem Staate, der aus Christen und Juden besteht, einzelne fähige Juden verhältnissmäßig neben den Christen zum Staatsdienste zugelassen werden, und demzufolge, unter die Oberaufsicht des christlichen Regenten und neben die Ueberzahl christlicher Staatsdiener gestellt, das Beste von Christen und Juden befördern dürfen?]

Dass der Talmud Vorschriften gebe, die mit den natürlichen oder den positiven Gesetzen des Staates im Widerstreit seien.

Dass der Sabbath die Juden vom Kriegsdienste abhalte.

Dass der Jude, der um des Amtes willen den Sabbath zum Arbeitstage mache, mosaische Religion von der (mosaischen) Gesetzgebung unterscheide, und damit aus der jüdischen Nation heraustrete, wo es denn das Vertrauen verlange, dass er dies ausdrücklich erkläre, nicht zur Kirche, aber zur Nation des Landes ganz offen übertrete. — [Wenn hierunter die Erklärung verstanden ist, dass der Jude, der auf ein Amt Anspruch macht, sich von der Erfüllung der Pflichten dieses Amtes nicht durch die Ceremonialgesetze abhalten lassen wolle, so ist das Verlangen einer solchen nicht unbillig, auch bereits S. 72. von mir angedeutet; aber er kann dadurch eben so wenig aus der jüdischen Nation (die nicht existirt) heraustreten, als zur Nation des Landes (zu der er schon vermöge seiner Geburt gehört) übertreten.]

Dass der Uebertritt zur christlichen Religion ein Leichtes sei,

weil dieselbe, wenn sie auch durch neue Nachahmung des Priestertums und durch Kirchengesetzlichkeit particularisirt worden sei, aus den erhaltenen Schriftresten wieder zu dem urchristlich Wesentlichen zurückgeführt und gereinigt werden könne (! ?); und weil Niemand von den Israeliten verlangen werde, dass sie zu einer bestehenden Kirchenkonfession sich durch die Taufe bekennen sollen.

[Ich will gern zugestehen, dass Hr. Dr. Paulus von der Richtigkeit seiner Ansicht vom Christenthum sich überzeugt hält, aber sollten seine Gegner, orthodoxe Protestanten und Katholiken, nicht eben so fest von der Wahrhaftigkeit ihres Christenthums überzeugt sein? Für welche Ansicht sollen sich nun die Juden erklären, um mit Gewissheit Urchristen zu werden? Soll es vielleicht einem jeden Einzelnen freistehen, sich ein subjectives Urchristenthum zu schaffen? Soll auch der ungebildete Jude dies Recht haben? Und wird der Staat diesen Babylonischen Thurmbau gut heißen, wird er gestatten, dass die Juden, ohne sich zu irgend einer kirchlichen Vereinigung zu halten, ein Jeder seine eigene Kirche haben? Oder wird der Staat auch nur zugeben, dass sie einen Urchristenverein, welcher die Dogmen und Ceremonien der 3 christlichen Hauptkirchen bei Seite setzt, bilden? *)]

Bedenken dieser Art ließen sich noch eine Menge gegen die Unpartheilichkeit und Unbefangenheit des Hrn. Dr. Paulus aufstellen; allein für den Zweck dieser Schrift wird das Gesagte schon genügen. Uebrigens sind die Hauptideen des Hrn. Dr. Paulus keineswegs neu, und namentlich in der trefflichen Abhandlung :

*) Eine große Zahl jüdischer Hausväter in Berlin hat bereits die Idee des Hrn. Dr. P. anticipirt, indem sie in dem

» Sendschreiben an seine Hochwürden den Hrn. Oberconsistorialrath und Probst Zeller in Berlin von einigen Hausvätern
» jüdischer Religion, Berlin 1799. (Als Verfasser nannte man
» den geachteten David Friedländer.)

sich bereit erklärten, zum Christenthum überzutreten, wenn man sie von den kirchlichen Dogmen befreien wollte. Es wurden über diesen Gegenstand mehrere Streitschriften, die mir sämmtlich vorliegen, gewechselt; allein die Stimmen der christlichen Theologen sowohl, als der Staatsmänner sprachen sich aufs Entschiedenste gegen jene Proposition aus, die deshalb auch ohne Erfolg blieb.

Ueber die künftige Stellung der Juden in den Deutschen Bundesstaaten vom Professor Dr. Lips, Erlangen 1819.

bereits gewürdigt. Traurig ist nur, wiederum die Erfahrung bestätigt zu sehen, dass, wie die protestantischen Bischöfe Englands bei den parlamentarischen Debatten über die Aufhebung der Sklaverei ihre Zustimmung zu der Befreiung der Neger versagten, auch die Emancipation der Israeliten immer ihre hartnäckigsten Gegner unter den christlichen Theologen findet; und muss es einem jeden Christen um so erfreulicher sein, in dem hochgeehrten Hrn. Professor Krug zu Leipzig einen der wärmsten Vertheidiger der den Israeliten zu ertheilenden vollen Staatsbürgerrechte, und damit ihrer unbeschränkten Gewissensfreiheit, zu erblicken. Hr. Professor Krug, dessen frühere Schrift bereits von mir angeführt und dankbar benutzt ist, hat aufs Neue in der Brochüre:

Ueber die Wiedergeburt des Königreichs Sachsen. Erste Gabe. Leipzig im März 1821. S. 8 — 13, 28, 29.

sich zu Gunsten der Israeliten ausgesprochen *); und es steht zu

*) Herr Professor Krug verlangt in dem §. 30 des Entwurfs der Verfassungsurkunde für das Königreich Sachsen:

»Die Verschiedenheit der christlichen Glaubensbekenntnisse begründet keinen Unterschied in dem Genuße der bürgerlichen und politischen Rechte.«

die Hineinreklaffung des Wortes: »christlichen«, und bemerkt deshalb insbesondere: »Warum ist hier nur von christlichen Glaubensbekenntnissen die Rede, während der vorhergehende Paragraph jedem Landeseinwohner eine völlige Gewissensfreiheit zusichert? Haben wir nicht auch jüdische Landeseinwohner? Und gehört nicht zur völligen Gewissensfreiheit auch der Genuss der bürgerlichen und politischen Rechte? Wem diese um seines Glaubens willen entzogen werden, dessen Gewissen ist nicht frei. Er befindet sich in einem, zwar nur indirekten, aber doch sehr harten Zwange. Denn man sagt offenbar zu ihm: »Entsage deinem Glauben, oder du mußt entbehren, was jeden Menschen erst zum Staatsbürger macht!« — Eine grausame Alternative, die schon viel Peinlicher gemacht hat, und dem Prinzipie nach nicht besser ist, als wenn man Andern Leben, Freiheit oder Eigenthum nimmt, wofür sie nicht ihrem Glauben entsagen wollen. Vergebens würde man dagegen einwenden, dass die Juden sich nicht zu Staats-

hoffen, daß von ihm, der vor Allen dazu berufen ist, auch die Schrift des Hrn. Dr. Paulus mit den Waffen der christlichen Liebe siegreich bekämpft werden wird.

Ebenaselbst — Französischer Sanhedrin —

Die Verhandlungen des Französischen Sanhedrins finden sich vollständig in dem Werke:

Gesammelte Actenstücke und öffentliche Verhandlungen über die Verbesserung der Juden in Frankreich, herausgegeben von Alexander Bran. Siebentes Heft. Hamburg 1807.

Zu Seite 20 — die erste Musterung der Braunschweigschen Bürgergarde —

Dieser einzelne Fall schien besonders deshalb der Erwähnung werth, weil selbst die Juden, welche, noch ängstlich auf die Beobachtung der Ceremonialgesetze haltend, sich vielleicht ein Gewissen daraus machen möchten, am Feiertage einen Spazierstock in die Hand zu nehmen, ohne Bedenken an diesem National-Freudentage neben ihren christlichen Mitbürgern die Waffen trugen. Sie stützten sich auf die Vorschrift des Talmuds, daß die Ceremonialgesetze im Conflict mit den Staatsgesetzen zurückstehen müssen.

Zu Seite 21 — die gegen die Katholiken erhobene Beschuldigung —

Behauptete doch sogar das große Römische Kirchenlicht, der Cardinal Bellarmin, (de Rom. Pontif. Tom. 1. lib. 4. Pag. 220) daß wenn der Pabst Laster vorschreibe und Tugenden verbiete, die Kirche verbunden sei, Laster für gut und Tugenden für schlecht zu

»bürgern eigneten. Ich habe diesen Einwand in meiner kleinen Schrift:
 »Ueber die Emancipation der Juden,« schon in seiner Un-
 »statthaftigkeit so offenbar dargestellt, daß die Judenfeinde nichts Bes-
 »seres darauf zu antworten wußten, als ich sei von den Juden
 »bestochen worden — ein Vorwurf, der so elend ist, daß ich ihn gar
 »keiner Entgegnung würdige. In Holland, in Frankreich, in
 »Nordamerika sind die Juden bereits Staatsbürger im vollen Sinne
 »des Wortes. Warum sollten sie es nicht auch bei uns sein oder
 »werden können?«

halten, wenn sie nicht gegen das Gewissen verstoßen wolle; sagt doch die Glosse zum *Decretum Gratiani*, can. 6. dist. 16 bestimmt: *Papa potest dispensare contra jus naturale et apostolicum*, und die Bullen Gregors des VII. *Unam Sanctam*, Bonifaz des VIII. *In coena domini* und Clemens XI. *Pro regimine urbis et orbis* legen den Päbsten die furchtbarsten Rechte dieser Art bei; — aber wer wird deshalb mit Scheu auf unsere katholischen Mitbürger blicken, wer wird ihnen solche der Geschichte angehörende Unvernunft zur Sünde anrechnen, und deshalb das Vertrauen und die Achtung ihnen versagen, auf die sie, als rechtliche Menschen und treue Bürger, Anspruch machen können.

Vergl. auch Krug über die Emancipation 2c. Seite 3 bis 8.

Zu Seite 22. — leistet der Jude seine Eide der äußeren Form nach wie der Christ —

Die durch das höchste Circularrescript vom 19ten Februar 1788 den Obrigkeiten des Herzogthums Braunschweig zugefertigte Vorschrift, wie es mit den Eidesleistungen der Juden zu halten, besteht in 38. Artikeln, daß alle Haupteide, mit Ausnahme des Zeugeneides, von den Israeliten in der Synagoge abgeleistet werden sollen, und zwar in Gegenwart des Rabbiners oder eines jüdischen Gelehrten und zweier von dem Schwörenden mitzubringenden Zeugen. Nach speciell vorgeschriebenen Warnungen vor dem Meineide und vor Wort- und Sinn-Verdrehungen, welchen der Rabbiner oder Gelehrte noch andere den Umständen angemessene Vermahnungen beifügen kann, und nach sehr vielen religiösen Ceremonieen vor und nach diesen Warnungen wird der Eid abgeleistet. Der Zeugeneid kann auch an gewöhnlicher Gerichtsstätte abgenommen werden; die Ermahnungen sind dabei einfacher und die religiösen Feierlichkeiten geringer.

Siehe Frederßdorf, *Promptuarium der Fürstlichen Braunschweig-Wolfenbüttelschen Landes-Verordnungen*. Thl. 6. Seite 217 bis 223.

Da diese Vorschrift in der Religion der Juden keineswegs ihre Rechtfertigung findet, so baten die Vorsteher der hiesigen Gemeinde bereits unter'm 17ten Februar v. J. die Regierung um eine Abänderung derselben, namentlich in Betreff der Eidesleistung in der

Synagoge. Sie bezogen sich auf das Beispiel mehrerer anderen Länder und auf das nachfolgende Gutachten des Landesrabbiners, und hoben die in jener Vorschrift liegende unbillige Zurücksetzung und fortwährende Aeußerung und Nahrung des unbegründetsten Mißtrauens hervor; allein ihr Gesuch wurde durch Rescript des Staatsministerii vom 25sten Juni v. J. abgeschlagen.

Gutachten des Landes = Rabbiners S. L. Eggers über das Ceremoniell bei einem den Israeliten abzunehmenden Eide.

» Wenn der Eid, als Anrufung eines allwissenden und allmächtigen Wesens zur Bethuerung dessen, was der Schwörende aussagt und wovon der Ausspruch des Richters unmittelbar abhängt, vorzüglich darauf hinzeigt, daß, wie Gott als die höchste Wahrheit wahrhaftig ist, so auch die Aussage des Schwörenden nichts Anderes als Wahrheit sein solle, und daß der allwissende und allmächtige Schöpfer, vor dem das menschliche Herz mit allen seinen Geheimnissen offen daliegt, vermöge seiner Allwissenheit jede Falschheit durchschauet, und vermöge seiner Allmacht jede Unwahrheit rächen und aufs Empfindlichste strafen kann: so dürfte in der That schon der Name Gottes allein, bei dem man den Schwörenden seine Aussage betheuern läßt, dem Actus des Schwörens das höchste Gewicht und den mächtigsten Nachdruck geben.

» Wir finden daher nirgends im alten Testamente, wo nur von einem bindenden und Kraft habenden Eide die Rede ist, daß, außer dem Namen Gottes, bei einem Schwur des Ceremoniells einer Thora oder sonst äußerer Förmlichkeiten Erwähnung geschehe; vielmehr heißt es im Decalogue Exodus XX, 17, wo das Verbot des Meineides bei göttlicher Strafe eingeschärft wird, nur: » Du sollst den Namen des Ewigen nicht bei einer Unwahrheit aussprechen (nämlich um sie zu bekräftigen); denn der Ewige wird nicht ungestraft lassen denjenigen, welcher seinen Namen bei einer Unwahrheit ausspricht. « Auch geht aus vielen biblischen Stellen hervor, von welchen ich nur einige in die Augen fallende anführen will, daß der Eid ursprünglich nur bei Adonai, dem Namen des Schöpfers des Himmels und der Erde, stattgefunden habe.

»Als die Kundschafter, die von Josua heimlich abgeschickt wurden, der Rahab einen Eid leisteten, heißt es (Josua 2, 12): »So schwöret mir bei dem Herrn, dass, weil ich an euch Barmherzigkeit gethan habe, ihr auch meines Vaters Hause Barmherzigkeit thut.« Und als Josua Jericho erobert hatte, sagte er (ibidem 6, 22): »Gehet zu der Rahab, und führet sie von dannen heraus mit Allem, was sie hat, wie ihr geschworen habt.« Diese Kundschafter, die heimlich abgeschickt wurden, dürften wohl schwerlich eine Thora mit sich geführt haben; und doch hatte ihr nur beim Namen Gottes geleisteter Eid so viel Verbindlichkeit, dass Josua sie ausdrücklich auffordert und sagt: »Gehet hin und thut ihr, wie ihr derselben geschworen habt.«

»Was ferner eine Zusage, und wäre sie selbst erschlichen, wenn sie nur beim Namen Gottes geleistet worden, für Kraft und Verbindlichkeit habe, zeigt sich deutlich in der Geschichte der Gibroniter (Josua Cap. 9), wo die Obersten der Gemeinde durch ihren Schwur gehalten waren, für das Leben der Betrüger zu sorgen. Als das Volk, welches es ungemein verdroß, von den Gibronitern sich hintergangen zu sehen, Rache verlangte, stellten jene sich ihm entgegen und sagten (ibid 19): »Wir haben ihnen geschworen bei dem Herrn, bei dem Gotte Israel, darum können wir sie nicht antasten.« Wenn nun bei diesem Eide außer dem Namen Gottes auch noch sonst eine feierliche Förmlichkeit stattgefunden hätte, warum würden die Obersten, die ihr Verfahren gegen die Gibroniter bei dem aufgebrachten Volke nur mit der Wichtigkeit ihres Eides rechtfertigen konnten, deren nicht erwähnt haben, die in jeder Hinsicht ihrem Eide noch mehr Gewicht gegeben haben würde? Dennoch hatte dieser Schwur, der nur durch eine List erschlichen war, für die Obersten durch den Namen Gottes eine solche Wichtigkeit, dass sie es vorzogen, sich die Unzufriedenheit der ganzen Gemeinde zuzuziehen, als des Volkes Rache freien Lauf zu lassen, wodurch ihr Schwur verletzt worden wäre. Jeder bei Abdonai abgenommene Eid ist daher laut des alten Testaments, unabhängig von jeder Localität und anderem Ceremoniell, kräftig und bindend, und zieht, wenn durch ihn eine Unwahrheit erhärtet wird, alle schrecklichen Strafen nach sich, die über den Meineid in der heiligen Schrift verhängt sind.

» Es würde demnach zur Wirksamkeit und Kraft eines Eides, der
 » bei dem Namen des allwissenden und nur die Wahrheit lieben=
 » den Gottes und in Gegenwart des Richters geschieht, nichts
 » weiter erforderlich sein, als dass eine tüchtige Warnung dem Eide
 » voranginge, worin der Schwörende mit der Bedeutsamkeit und
 » Wichtigkeit des Eides, so wie mit den schrecklichen Folgen
 » des Meineides nachdrücklich bekannt gemacht, und, wenn er
 » dann noch bei seiner Aussage verharrte, ihm allenfalls ein al=
 » tes Testament in die Hände gegeben würde, damit er sich er=
 » innere, dass er beim Gotte der Wahrheit und dessen wahrhaf=
 » tigen Gesetzen, in welchen dem Meineidigen die schrecklichsten
 » Strafen angedroht sind, seine Aussage durch einen heiligen Schwur
 » bezeuge. Selbst in den Schriften der ausgezeichnetsten Rabbinen,
 » die für den Israeliten rücksichtlich der Liturgie und des Ritus als
 » Commentatoren und Glossatoren eine gewisse Autorität haben,
 » wird bei der Abnahme eines Eides der Synagoge gar nicht,
 » und der Thora nicht als unerlässlichen Mittels zur Erhärtung
 » des Eides erwähnt; vielmehr behauptet der Remah in seinen
 » Glossen über den Choschen-hamischpat Num. 87. §. 15, und
 » mit ihm noch viele andere Rabbiner von Ansehen, als: Urine
 » Bethumim und Noda Bejehuda, Tom. I. responsa
 » LXXI: dass ein Eid, bei einem gedruckten Pentateuch geleistet,
 » nicht minder wichtig sei, als wenn er bei der Gesetzbüchse ab=
 » genommen worden wäre, da der Eid einzig und allein durch den
 » Namen Gottes seine Wirksamkeit und Verbindlichkeit erhalte.
 » — Eben so lässt es sich beweisen, dass der Eid in jeder Gerichts=
 » stube mit eben so vielem Erfolg abgenommen werden kann, als in
 » der Synagoge. Es ist bekannt, dass jede öffentliche gottes=
 » dienstliche Handlung nur im Beisein zehn jüdischer Männer ver=
 » richtet werden kann, doch heißt es ausdrücklich im Choschen-ha=
 » mishpat Num. LXXXVII. §. 17, dass es zur Eidesleistung keines
 » Minion's — zehn Leute — bedarf; und ist es demnach klar, dass
 » der Eid nur als eine privatgottesdienstliche Handlung anzu=
 » sehen ist. Nun aber ist der Israelit bei seinem Privatgottesdienste
 » durchaus an keine Lokalität gebunden; sondern er kann, wo er
 » es nur gelegen findet, seinen Gottesdienst verrichten. Erwägen
 » wir nun, dass die Gerichtsstube, als der Sitz der Gerechtigkeit,

» wo die Richter, die nach wohlbegründetem Rechte das Erkennt-
 » niß sprechen, die Gerechtigkeit Gottes gleichsam repräsentiren,
 » und wo nach dem frommen Psalmisten Gott unter den Erdenrich-
 » tern richtet, eine heilige Stätte genannt werden kann: so gehet der
 » Schluss von selbst hervor, daß der Eid, als privatgottesdienstliche
 » Handlung, die als solche nach unseren Gesetzen von der Synagoge
 » ganz unabhängig ist, auf einer Gerichtsstube abgenommen wer-
 » den kann, ohne daß er an seiner Bedeutsamkeit nur im gering-
 » sten verliert. Vielmehr dürfte er hierdurch an solcher nur gewin-
 » nen, da es in der Mischna, Tractat Schewuoth. Abth. IV.
 » ausdrücklich heißt, daß der Eid nur im Siege der Richter geleistet
 » werden solle. Aus allen Dem gehet nun hervor, daß die Obrig-
 » keit es durchaus nicht nöthig habe, sich zu bemühen und sich je-
 » desmal nach der Synagoge zu verfügen, wenn sie einem Isra-
 » eliten einen Eid abnehmen will, indem dieses ganz füglich und
 » mit eben so vieler Wirksamkeit auf der Gerichtsstube im Beisein
 » einer Gerichtsperson geschehen kann, da der Actus des Eides als
 » privatgottesdienstliche Handlung von der Synagoge
 » durchaus ganz unabhängig ist.

Der Landes-Rabbiner

S. A. Eggers.

Zur Unterstützung dieses Gutachtens dient auch die von dem
 Westphälischen Consistorium unter'm 24sten Februar 1809 dem
 vormaligen Könige von Westphalen übergebene Abhandlung über
 den Eid, auf deren Grund der Letztere unter'm 27sten März 1809
 nachstehendes Decret erließ:

» Art. 1. In allen Fällen, in denen ein gerichtlicher Eid statt-
 » findet, soll zwischen Juden und Christen kein Unterschied gemacht
 » werden.

» Art 2. Die verschiedenen Förmlichkeiten, welche an manchen
 » Orten bei der Eidesleistung der Juden bisher beobachtet wurden,
 » sind hiemit abgeschafft.

» Art. 3. Sie sollen, sowohl wenn sie in ihren eigenen Sachen
 » einen Eid leisten, als wenn sie ein Zeugniß im Gerichte ablegen
 » den Eid, die Hand auf die Bücher Moses gestützt, mit bedecktem
 » Haupte ausschwören, indem sie auf diese Weise ihre Gebote und
 » Gelübde an Gott richten. Es soll zu diesem Ende ein Exemplar

» der Bücher Moses in hebräischer Sprache gebraucht werden, welches das jüdische Konsistorium dem Appellationshofe, den Kriminal-Gerichtshöfen und jedem Tribunale erster Instanz liefern wird.

» Art. 4. Die Formel dieser Eide soll sein :

» Ich schwöre vor Gott, dem Allmächtigen, dem Schöpfer des Himmels und der Erde, ohne Vorbehalt und sträfliche Auslegung der Worte, dass — — so wahr mir Gott helfe. Amen.

» Art. 5. Vor der Abnahme des Eides muss der Richter den Schwörenden an die Wichtigkeit und Heiligkeit des Eides, nach Inhalt des von dem jüdischen Konsistorium angegebenen und dem gegenwärtigen Decrete beigefügten Formulars *), erinnern **).«

Die Abhandlung des Westphälischen Konsistoriums, welche:

Sulamith, Jahrgang 2. Bd. 2. S. 315 bis 319

abgedruckt ist, macht zuvörderst auf die Bibelstellen: 1 Moses 14, 22. und 50, 25. 2 Moses 22, 10 und 11, und 4 Moses 5, 21. aufmerksam, und fährt dann fort:

» Es haben daher die Jüdischen Volkslehrer, auf diese Verse der heiligen Schrift gegründet, als Richtschnur festgesetzt und entschieden, daß

» 1. jeder Eid, er geschehe, in welcher Sprache, oder an welchem Orte es immerhin wolle, wenn er, selbst ohne Erwähnung des Namens Gottes, mit den Worten: ich schwöre, geschieht, völlig kräftig und gültig sey;

2. » wenn Jemand, und sey es selbst ein Unmündiger oder Gögendienener, den Schwörenden in irgend einer Sache mit den Worten: ich beschwöre dich, anspricht, und es wird von dem Letzten mit dem Worte: Amen (wahrhaftig es ist wahr) und

*) Dasselbe stimmt mit wenigen unbedeutenden Zusätzen und Hinzulassungen mit dem hiesigen Formular überein.

*) Se. Majestät der König Wilhelm der Niederlande verfügte auf gleiche Weise unter'm 6ten October 1818: » Wir haben unsern Justizminister beauftragt, sämmtlichen Gerichts- und Administrations-Behörden zu eröffnen, daß die Befenner des Israelitischen Glaubens bei Eidesleistungen nach den für unsere übrigen Unterthanen festgesetzten Vorschriften zu behandeln sind, mit der einzigen Ausnahme, daß ihnen gestattet ist, den Eid mit bedecktem Haupte abzulegen.«

» dgl. bekräftigt, es ebenfalls als ein förmlicher Eid zu betrachten
 » sey (Jore dea Cap. 237).

» Um nun aber dem Schwörenden den Eid, so zu sagen, an-
 » schaulicher und auch äußerlich wichtig zu machen, ward hinzuge-
 » fügt, daß

1. » der Schwörende während des Schwurs die Hand auf ein
 » heiliges Buch legen soll;

2. » daß man demselben in besondern Fällen über die Wich-
 » tigkeit des Eides und des Meineides kräftige Vorstellung machen,
 » und daß man

3. » selbst den Gegner des Schwörenden ernst ermahnen müsse,
 » den Lehern nicht etwa vorseßlich oder aus irgend einer boshaften
 » Absicht schwören zu lassen.

» Ueber die Wichtigkeit des Schwurs selbst wurde ferner er-
 » klärt, daß in keinem Falle, bei irgend Jemand eine Lossagung
 » oder Entbindung eines geschenehen Eides in den Angelegenheiten
 » des Menschen gegen seinen Mitmenschen zu gestatten möglich sey,
 » selbst dann nicht, wenn der Schwörende nach geschenehem Schwure
 » zur Rettung seiner Ehre und dergl. die etwanige Forderung er-
 » staten wollte; indem er durchaus immer als ein Meineidiger zu
 » betrachten sey. Ausgenommen hiervon ist aber derjenige, welcher
 » einen willkürlichen Eid geleistet hat, daß er sich z. B. gewisser
 » Dinge entsage, ein Gelübde thue, sich Kasteiungen zu unterzie-
 » hen und dergl., wo es nämlich durchaus in Betracht gewisser
 » Pflichten gegen den Mitmenschen nicht die mindeste Beziehung
 » hat u. s. w.

» Die in verschiedenen Gemeinden in spätern Zeiten eingeführte
 » Formel des Kol Nidre, oder Hephharath Nedarim, deren
 » Entstehung sich bloß auf einen talmudischen Satz (Nedarim Ab-
 » schn. 3.) gründet, und welche am Abende des jährlichen Versöhnungs-
 » festes in der Synagoge vorgetragen wird, hat daher auch, wie
 » bekannt, nur auf solche Entbindungen von Verpflichtungen Be-
 » zug, die Gelübde des einzelnen Menschen gegen sich selbst betref-
 » fen, keinesweges aber, die sich als Verpflichtungen u. s. w. auf
 » den Mitmenschen im mindesten beziehen, wie selbst schon die
 » Worte in dieser Formel zur Genüge darthun (Jore Dea Cap. 211).

» Nach diesen vorausgeschickten Bemerkungen wird es nun ge-

» wiß sehr einleuchtend seyn, wie wichtig dem Israeliten, sowohl
 » zufolge der heiligen Schrift als auch den Erklärungen und Ver-
 » ordnungen der Volkslehrer und Kommentatoren gemäß, jeder
 » Schwur, er geschehe gegen einen Israeliten oder Nicht-Israeli-
 » ten sein müsse, und daß es folglich der oft weitläufigen Vorbe-
 » reitungen und Ceremonien, die hier und dort theils dem Mangel
 » an richtiger Würdigung der jüdischen Religionsgesetze, theils Ver-
 » läumdungen ihr Daseyn zu verdanken haben, nicht im Mindesten
 » bedarf; besonders wenn der Schwörende vor der Eidesleistung
 » von dem Richter auf eine angemessene und feierliche Weise über
 » die Wichtigkeit des Meineides belehrt und ermahnt wird.

» Die Eidesformel, welche bei den Israeliten im Königreiche
 » Westphalen künftig mit Auslegung der Hand auf die heil. Bü-
 » cher Moses, und mit bedecktem Haupte (welches aus dem
 » Grunde beibehalten wird, weil der Israelit noch gewohnt ist, mit
 » bedecktem Haupte zu beten) in der Gerichtsstube, nach vorher
 » von dem Richter geschעהner Ermahnung und Belehrung wegen
 » der Wichtigkeit des Eides und Meineides Statt haben mußte,
 » laute daher wie folgt:

» Ich schwöre vor Gott dem Allmächtigen, der Himmel und
 » Erde erschaffen hat, ohne eine Arglist meiner Seits, sondern nach
 » dem Sinne und der Meinung des Richters in dieser Sache, daß
 » — — — — —

» So wahr mir Gott der Allmächtige helfe! Amen!« —

Den Gesetzstellen, auf welche in beiden Gutachten Bezug ge-
 nommen ist, füge ich aus

Jeschurun, oder unpartheiße Beleuchtung der dem Judenthume
 neuerdings gemachten Vorwürfe von Aaron Wolfsohn.
 Breslau 1804. S. 90 folg.

noch diese hinzu:

» Sobald Jemand spricht: ich schwöre, daß ich dieses thun will
 » ic., wenn er auch dabei weder den eigenen noch einen Eigenschafts-
 » Namen Gottes erwähnt hat, so ist es dennoch ein Schwur; er
 » mag sich übrigens in der hebräischen oder in einer andern Sprache
 » ausgedrückt haben. Beschwört ihn ein Anderer, und sagt: Ich
 » beschwöre dich, daß du ic., und er erwiedert darauf: Amen! oder
 » ein anderes Wort, woraus man abnehmen kann, daß er diesen

»Schwur annimmt, z. B. Ja, so wird dies so gehalten, als hätte er selbst den Schwur geleistet. Dies ist auch der Fall, wenn ihn ein Götzendiener oder ein Unmündiger beschworen hat. Schulchan aruch, Tractat: Jore Dea, Cap. 237. §. 1, 2.

Alles dieses giebt gewiss den überzeugendsten Beweis, dass die Israeliten ohne Rücksicht auf die Lokalität, auf die Person dessen, der ihnen den Eid abnimmt, oder gegen welchen der Eid geleistet wird, und auf die Formel des Eides eine feierliche Versicherung der Wahrheit unter Anrufung Gottes nach ihren Religionsbegriffen für unverleglich halten, und dass deshalb füglich die Ableistung aller Judeneide unbeschadet ihrer Heiligkeit im Gerichtsorte nach einer einfachen, der Form des Christeneides ähnlichen Form geschehen könnte. Ich leugne zwar nicht, dass die Abnahme des Eides in der Synagoge und die Zuziehung des Rabbiners oder des Vorsängers dem Staate und der Gegenparthei eine noch größere Sicherheit gewähren, allein sicherer würde es auch sein, wenn der Christ gezwungen wäre, in der Kirche, vielleicht sogar bei dem Genusse des Abendmahls, zu schwören, oder wenn wenigstens zu jeder Eidesleistung der Beichtvater des Schwörenden zugezogen würde; und doch geschieht das Erstere nie, und das Letztere nur dann, wenn ein besonderer Verdacht auf dem zur Eidesleistung Erbötigen lastet. Warum diese Inkonsequenz, dieses unbedingte, rücksichtslose Misstrauen gegen die Juden? Wahrhaft empören muss es einen Jeden, der Gefühl für Recht und Ehre hat, wenn er sieht, dass selbst der allgemein geachtete Israelit die gesellschaftliche Vermuthung gegen sich hat, und solchen entehrenden Beschränkungen sich unterwerfen muss, während der Christ, mag er auch zu der Hefe des Volks gehören, ohne alle religiösen Formen schwört, und dennoch verlangen kann, dass seinen Worten volles Vertrauen geschenkt werde. Beispiele genug kommen vor, dass der Israelit, seinem Ehrgefühle mehr als seinem pekuniären Interesse folgend, Eide verweigert oder zurückschiebt, die er mit dem reinsten Gewissen ableisten könnte; und nicht selten benutzt ein niedrigdenkender Christ diese Erfahrung zu prozessualischen Spekulationen. — Bei den Zeugeneiden ist man nicht so ängstlich und misstrauisch; ohne Ausnahme werden sie von den Israeliten im Gerichtsorte abgeleistet. Warum soll aber der Is-

raelit als Parthei anders behandelt werden, denn als Zeuge? Ist etwa ein Unterschied zwischen Eid und Eid? Dem Wesen nach gewiß nicht; nur in der verschiedenen Beziehung der Aussage, welche durch den Eid bewahrheitet wird, könnte ein Unterscheidungsgrund gefunden werden. Es ist nun zwar richtig, daß die Aussage, welche durch den Partheieid bekräftigt wird, nur dem eigenen Interesse des Schwörenden dient, während die Zeugenaussage direkt dem Schwörenden weder Nutzen noch Schaden bringt. Allein, hat der im Gerichtslokale geleistete Eid für den Israeliten nichts Heiliges, ist er namentlich nicht bindend genug, um das persönliche Interesse zum Schweigen zu bringen, so möchte es auch dem streitenden Theile, der von der Aussage des Israeliten Vortheil oder Nachtheil erwartet, häufig nicht schwer fallen, diesen durch Bitten, Drohungen oder durch Bestechungen aller Art für seine Sache zu gewinnen; und der Staat müßte deshalb, wenn er möglichst sicher gehen und konsequent verfahren will, auch den Zeugeneid in der Synagoge ableisten lassen.

Wichtig wird hiebei noch die Frage, ob ein Jude Justizbeamter sein, und als solcher den christlichen Gerichtsuntergebenen Eide abnehmen kann? Will man die Erfahrung zu Rathe ziehen, so beweisen Nordamerika, Frankreich und Holland, daß das Interesse des Staates dadurch nicht gefährdet wird. Aber auch die Vernunft führt zu demselben Resultate. Täglich sehen wir, daß der protestantische Richter dem Katholiken und dem Juden Eide abnimmt, warum soll nicht auch umgekehrt der Protestant vor dem katholischen oder dem jüdischen Richter seine Eide leisten können? Das Amt des Richters hat ja mit seiner Religion und den Religionsbegriffen des Schwörenden nichts gemein. Nicht der Protestant, nicht der Katholik, nicht der Jude nimmt den Eid ab, der Staat, den der Richter repräsentirt, ist es, welcher die Wahrheit und deren Bestätigung durch eine dem Glauben des Schwörenden angepasste Anrufung des höchsten Wesens, als Rächers der Lüge, verlangt; und der die Unwahrheit mit Strafen bedroht und verfolgt. — Es ist deshalb auch nicht zu erwarten, daß der christliche Unterthan leichtsinniger schwören wird, wenn er weiß, daß der Richter der jüdischen Religion zugethan ist, wenigstens darf der Staat auf eine solche entfernte Möglichkeit, durch deren Annahme er zu-

gleich seinen christlichen Unterthanen das Zeugniß der Gewissenlosigkeit geben würde, kein Gesetz gründen, welches den Unschuldigen statt des Schuldigen treffen würde. Will der Staat aber auf solche Möglichkeiten Gewicht legen, so muß er auch noch weiter gehen, und nur Religionslehrer oder praktische Tugendhelden zu Richterstellen berufen, weil die persönlichen Schwächen und Untugenden des Richters möglicherweise der Feierlichkeit der Handlung Abbruch thun, und auf die Stimmung des Schwörenden einen nachtheiligen Eindruck machen können *).

Ebendasselbst — Deismus —

Noch weniger Garantie findet der Staat bei den Atheisten, deren es immer, wenn auch nur wenige, in dem christlichen Kirchenverbande wie unter allen äußeren Religionspartheien, gegeben hat; und doch muß er sich auch bei ihnen mit dem Namen Christen begnügen. Fast eben so gefährlich sind dem Staate die s. g. Mystiker, weil sie, alles Heil in den unbegründeten Glauben an das todte Wort der Schrift setzend, sich allein zur Seligkeit berufen glauben, alle Andersglaubenden, welche die überwiegende Mehrheit im Staate bilden, bemitleiden oder gar verachten, und die Kirche über den Staat setzen.

Zu Seite 24 — unbegründetes Einzelinteresse —

Es ist wirklich seltsam, daß grade der Handelsstand sich mit allen Kräften gegen die Emancipation der Juden stemmt, da ihm dieselbe nicht nur keinen Nachtheil **), sondern sogar einen nicht zu verkennenden Vortheil verheißt. Man kann zwar zugeben, daß die Juden gegenwärtig gefährliche Konkurrenten des christlichen

*) Will der Staat recht sicher gehen, so könnte er ja nur festsetzen, daß bei der Eidesleistung eines Christen entweder der Richter oder der Actuar Christ sein muß.

**) Denn jeder Nachtheil, den die Konkurrenz der Juden dem christlichen Kaufmanne seiner Meinung nach zufügt, existirt jetzt schon, ehe die bürgerliche Gleichstellung ausgesprochen ist. — »Ihr haßt die Juden, sagt der witzige Boerne, nicht weil sie es verdienen; Ihr haßt sie, und sucht, so gut Ihr's könnt, zu beweisen, daß sie es verdienen, — und Ihr haßt sie, weil sie verdienen.

Kaufmannes sind; aber der Grund liegt allein darin, dass ihnen bisher keine andere Erwerbsart eröffnet war, und sie daher in dieser gewissen, traurigen Voraussetzung von Jugend auf ihre ganze Thätigkeit, ihr ganzes Lernen und Streben auf den Handel richteten und berechneten. Kann dagegen der Jude alle Staatsämter bekleiden, wird ihm der Erwerb durch Handwerke, Künste und Ackerbau auf keine Weise erschwert, so verschwindet damit dieser gefährliche Vorzug, indem der junge Israelit, um demnächst nach Neigung und Anlagen seinen Beruf frei wählen zu können, von nun an nach einer allgemeineren Bildung, welche ihn zu allen ihm offenstehenden Erwerbszweigen befähigt, streben muss. — Der hauptsächlichste, unbestreitbare Vortheil des christlichen Kaufmannes ist aber, dass ein großer Theil der Juden, der früher allein auf den Handel gedrängt wurde, jetzt nach und nach zu anderen Aemtern und Gewerben, die ihm Verdienst und Ehre verheissen, sich wenden wird, ein Vortheil, der jedoch erst in späteren Generationen recht auffallend werden kann, da die jetzige Generation fast durchweg ihren Beruf schon begonnen hat. Seit der Promulgirung der Verordnung vom 29sten October 1821., die modificirte Gewerbe- und Gilde=Ordnung betreffend, also seit zehn Jahren, haben sich bereits 45 Individuen, welche früherhin dem Kaufmannsstande allein zur Last gefallen wären, Künsten und Handwerken gewidmet, *) und ihre Zahl würde noch bedeutender sein, wenn jene Verordnung das Recht des Meisterwerdens völlig außer Zweifel gestellt hätte. **) Dies ist doch gewiss schon ein sehr erfreuliches Resultat eines humanen Gesetzes, und ein nicht zu verkennender, gegenwärtiger Vortheil für den Handelsstand. Noch bedeutender wird die Abnahme der Konkurrenz in der Folgezeit und besonders

*) Verglichen die angehängte tabellarische Uebersicht.

**) Ein anderes Hinderniss liegt darin, dass manche Deutsche Staaten den jüdischen Gesellen das Einwandern und Arbeitsuchen erschweren. Namentlich hat Preussen das Retorsionsrecht gebraucht, indem es nur die ausländischen Juden den Christen gleich behandelt, welche in ihrem Vaterlande alle staatsbürgerlichen Rechte haben.

(Instruction über das gegen die in's Land kommenden ausländischen Juden zu beobachtende Verfahren vom 25sten Juni 1812. §. 2.)

dann werden, wenn der Israelit durch die ihm eröffnete Aussicht auf Staatsämter mehr zu den Wissenschaften hingezogen wird, die er jetzt nur als Arzt und Advokat ausüben kann. Kein Stand wird dann mit jüdischen Konkurrenten überladen sein; die Konkurrenz vertheilt sich, und der Staat handelt daher gleichmäßig gerecht gegen seine christlichen Bürger, wenn er gegen seine jüdischen Unterthanen Gerechtigkeit übt.

Ebendasselbst — knüpft ihn an den Boden durch Grundbesitz —

Seite 37 ist gesagt, dass keine Geseze im Herzogthum Braunschweig existiren, welche dem Juden den Besiz von ländlichen Grundstücken verbieten; allein demungeachtet erschweren die Behörden den Juden durch manche beschränkende Bedingungen die Acquisition ländlicher wie städtischer Grundstücke, besonders deshalb, weil man die Meinung hegt, dass der Jude nur acquirirt, um mit Vortheil wieder verkaufen zu können. Ich halte jedoch diesen Grund für völlig unhaltbar, weil einestheils durch die Zulassung der Juden der Werth der Grundstücke zum augenscheinlichen Vortheil des Staates und der Grundeigenthümer gesteigert wird, anderntheils auch der christliche Staatsbürger, wie die tägliche Erfahrung beweist, Grundstücke ankauft und ankaufen darf, lediglich um damit zu spekuliren. Glaubt der Staat ein Interesse zu haben, dass das Eigenthum der Grundstücke nicht zu oft wechselt, so steht es ihm frei, Geseze zu geben, welche den Juden wie den Christen in diesem Handel zweckmäßige Beschränkungen auferlegen. Leider ist es jetzt, namentlich in der Stadt Braunschweig (in Folge früherer Verhältnisse) nur zu oft der Fall, dass in den gerichtlichen Verkaufsterminen wenige oder gar keine Käufer sich einfinden, eine Wahrheit, die gewiss bei weitem gefährlicher ist, als wenn man den Israeliten unbeschränkt zum Mitbieten zulässt.

Zu Seite 25 — Scharfsinn und Betriebsamkeit —

Diese vermeintlichen Vorzüge des Juden werden übrigens auch durch die strenge Feier des Sabbaths und den damit verknüpften Zeitverlust neutralisirt. Einen wirklich komischen Anstrich erhalten so manche Vorwürfe, die dem Juden gemacht wer-

den, wenn man sie gegen einander stellt: Man ängstigt sich, daß die größere Anstrengung und der Spekulationsgeist des Juden dem christlichen Bürger Schaden bringen werden, und ist auch wieder besorgt, daß der Jude nicht Zeit genug zum Raffiniren und Arbeiten haben möchte.

Zu Seite 26 — die förmliche Aufnahme in den Staatsverein ohne irgend eine Zurücksetzung und Beschränkung —

»Alle Palliative, durch welche man zu helfen sucht, alle halbe Bewilligungen und Befreiungen dienen zu weiter nichts, als einen unseligen Kampf zwischen Menschen zu verlängern, die als Eingeborene desselben Landes von Gott und der Natur berufen sind, sich als Brüder zu lieben, folglich auch als volle Staatsbürger einander zu achten.«

Krug, über das Verhältniß verschiedener Religionsparteien 2c. S. 27.

Nicht sowohl der Grad der Unterdrückung ist es, was das Gemüth kränkt, und die moralische Kraft lähmt, als vielmehr das Gefühl, sich überhaupt zurückgesetzt, sich durch einschränkende Gesetze von der Nation abgesondert zu sehen. Durch theilweise Gleichstellung, durch theilweise Verbesserung des bürgerlichen Zustandes wird daher wenig oder eigentlich nichts erreicht, der Hauptzweck, die Israeliten durch das erhebende Gefühl der bürgerlichen Gleichheit zu bessern und zu veredeln, und fest mit der Nation zu verschmelzen, wird verfehlt. Erst dann, wenn das Gesetz dem redlichen Manne nicht länger eine Warnungstafel mit dem Namen Jude vor die Brust heftet, kann der Israelit dem christlichen Mitbruder mit Herzlichkeit und ohne Scheu entgegenkommen, mit ihm in Eintracht und Freundschaft leben, erst dann wird das demüthigende Gefühl, mit welchem der Israelit jetzt dem durch das Gesetz höher gestellten Gliede der herrschenden Mehrzahl sich nähert, verschwinden, erst dann kann man von ihm wahres Interesse für den Staat und freudige Erfüllung seiner Menschen- und Bürgerpflichten fordern.

Ebendasselbst — 930 Menschen —

Bei der Abfassung des Gesuchs lag mir eine nur oberflächliche Zählung der Israeliten im Lande vor; um jedoch in der angehängten tabellarischen Uebersicht mit völliger Bestimmtheit die gegenwärtige jüdische Bevölkerung angeben zu können, ist von allen Ortschaften des Landes, in welchen sich Israeliten aufhalten, ein Verzeichniss der Familien- und Kopf-Zahl eingeholt, und ergibt sich daraus, dass gegenwärtig 1008 Individuen, in 182 jüdische Familien vereinigt, im Herzogthum leben.

Bei dieser Gelegenheit halte ich es noch für zweckmäßig, der von Manchem geäußerten Besorgniss, die jüdische Bevölkerung des Herzogthums möchte, wenn die bürgerliche Gleichstellung gesetzlich ausgesprochen wäre, durch Einwanderungen bedeutend zunehmen, zu begegnen. Praktische Gegenbeweise liefern Frankreich und Holland, wenigstens hat man von dort aus noch keine Klage über eine gefährliche Vermehrung der jüdischen Einwohnerzahl vernommen. Dies ist auch sehr erklärlich, da die Emanzipation mehr geistige als irdische Vortheile gewährt, und Niemand seinen Geburtsboden, sein Vaterland, so leicht verlassen wird, um in einem anderen Lande einer unsicheren Zukunft entgegen zu gehen.

Alle Bedenklichkeiten können aber leicht beseitigt werden, wenn man nur den Ausspruch der Preussischen Regierung (Rescript des Königl. Ministerii des Innern vom 15ten Juli 1817) adoptirt:

»Ausländische Juden können nur durch Naturalisation das Staatsbürgerrecht erwerben.

»Diese Naturalisation wird ertheilt, wenn ein besonderes öffentliches Interesse, namentlich ein beträchtliches einzubringendes Vermögen, besonders nützliche Gewerbebetreibung, anderweite nützliche Geschicklichkeiten, oder vorzügliche Geistesbildung dafür obwalten, dass man ein bestimmtes Individuum für den Staat gewinne.

Von Kampff, Annalen 1817. B. 1. Heft 3. S. 83.

Man erschwere das Einwandern ausländischer Juden so viel man will; ihnen das Bürgerrecht zu ertheilen, hat der Staat keine Verpflichtungen. Nur empören kann das affectirte Mitleid gegen die Ausländer, wenn es zur Beschönigung einer Ungerechtigkeit gegen

den Eingeborenen dienen soll. »Man ertheile einstweilen (d. h. »bis die übrigen Deutschen Staaten unserem guten Beispiele nach» folgen, was bei fortschreitender Bildung nicht fehlen kann) »das »volle Staatsbürgerrecht nur den jetzt einheimischen Juden, »sagt auch der Menschenfreund Krug:

Ueber die Wiedergeburt u. s. w. S. 10.

Dass die ganze Menschheit nicht im Herzogthum Braunschweig wohnen kann, begreift ein Kind; ist dies aber wahr, so muss auch der Staat das Recht haben, sich vor Uebervölkerung zu schützen, und das Einwandern an eine specielle, von besonderen Bedingungen abhängige Erlaubniss zu knüpfen.

Kurze Uebersicht der bürgerlichen Verhältnisse der Juden in einigen Staaten, welche ihnen ein volles oder modificirtes Staatsbürgerrecht ertheilt haben.

In Nordamerika, Frankreich, Holland und Belgien haben sie alle bürgerlichen Rechte, s. oben, insbesondere Seite 78 bis 80.

In Preußen hat das Königliche Edict vom 11ten März 1812 sie zu Staatsbürgern erhoben, und genießen sie als solche dem §. 7 zufolge gleiche bürgerliche Rechte und Freiheiten mit den Christen, soweit das Edict sie nicht ausdrücklich beschränkt. Sie können akademische Lehr- und Schul-, auch Gemeinde-Ämter verwalteten (§. 8.); sich in Städten sowohl als auf dem platten Lande niederlassen (§. 10.); Grundstücke jeder Art gleich den christlichen Einwohnern erwerben; und alle erlaubten Gewerbe ohne Ausnahme betreiben (§. 11 u. 12). — Im §. 9. ist dem Könige das Recht vorbehalten, in der Folge gesetzlich zu bestimmen, inwiefern die Juden noch zu anderen, als den im §. 8 gedachten öffentlichen Bedienungen und Staatsämtern zugelassen werden können. — Die Beschränkungen bestehen, außer dem einstweiligen Ausschlusse vom Staatsdienste, eigentlich nur in solchen, die aus der Religion und dem Kultus hergenommen sind, namentlich in besonderen Vorschriften über den Eid und die Verheirathungen (§. 17 — 19, 22, 23).

In Württemberg haben die Juden durch die Königl. Verordnung vom 25sten April 1828 *) die vollen Staatsbürgerrechte

*) Diese Verordnung ist neuerdings abgedruckt in:

von Strombeck, staatswissenschaftliche Mittheilungen in Beziehung auf das Herzogthum Braunschweig. Heft 2. Braunschweig 1831. S. 156 bis 170,

als Anlage der Abhandlung IX. »Ueber die zu ordnenden bürgerlichen Verhältnisse der Juden«, in welcher unser berühmter Mitbürger sich mit gewohntem Scharfsinn für die volle bürgerliche Gleichstellung der Juden erklärt. Einen Auszug aus dieser kurzen Abhandlung gebe ich nicht, weil ich voraussetzen darf, daß dieselbe in den Händen eines jeden Braunschweigers, welcher am öffentlichen Leben seines Vaterlandes Theil nimmt, sich befindet.

erlangt, und sind nur den Beschränkungen unterworfen, welche das Gesetz ausdrücklich aufgestellt hat. Diese treffen jedoch fast nur die Schacherjuden. Außerdem ist die Uebersiedelung von einer Gemeinde in die andere ohne deren Einwilligung nur dem Handwerker und Feldbauer erlaubt; die Zahl der jüdischen zünftigen Detailhandlungen kann in keiner Gemeinde ohne Zustimmung des Gemeinde-Raths vermehrt werden; und erkaufte liegende Güter darf der Israelit, sofern er nicht dieselben im Konkurse oder im Wege gerichtlicher Exekution erstanden, oder die besondere Genehmigung der Kreisregierung erlangt hat, erst, nachdem er sie 3 Jahre lang selbst bewirthschaftet, wieder verkaufen oder verpachten. — Staatsämter können den Israeliten übertragen werden, obgleich dies die Verordnung nicht positiv ausgesprochen hat, was aus dem Grunde nicht zu geschehen brauchte, weil die Aussicht auf Staatsämter kein klagbares Recht ist, und weil die Verordnung ihnen alle bürgerlichen Rechte („soweit nicht das gegenwärtige Gesetz eine Ausnahme begründet“) ertheilte, und namentlich im Art. 22 sie gleich den christlichen Staatsgenossen berechnete, ihren Beruf und ihr Gewerbe nach eigener Neigung zu wählen, und sich dazu im In- und Auslande auszubilden, insbesondere auch den Künsten und Wissenschaften sich zu widmen, und zu Erlernung derselben die Landesanstalten zu benutzen. Jeder Zweifel wird aber durch die Verhandlungen über den Art. 22. beseitigt. Der Abgeordnete Hofacker stellte nämlich den Antrag: die Israeliten für die nächsten 20 Jahre zu Staatsämtern unfähig zu erklären; allein dieser Antrag wurde nach interessanten Debatten, in welchen besonders der Minister des Innern und der Vicepräsident der Kammer, Freiherr von Cotta, sich mit siegenden Gründen dagegen erklärten, mit 73 Stimmen gegen 10 verworfen. *)

Siehe Verhandlungen in der Kammer der Abgeordneten des Königreichs Württemberg 2c. S. 74 — 77.

In Baiern ist durch das Königliche Edict vom 10ten Juni 1813 der Schacherhandel mit mehreren Beschränkungen verknüpft,

*) Bereits hat die Regierung von dieser verfassungsmäßigen Befugniß Gebrauch gemacht, indem sie den Hr. Dr. Maier als Professor der Rechte nach Tübingen berufen hat.

und der Wunsch ausgesprochen, ihn ganz abzustellen. Die Juden sind zu allen bürgerlichen Nahrungszweigen, namentlich zum Feldbau, zu Handwerken, Treibung von Fabriken und Manufacturen und des ordentlichen Wechsel- Groß- und Detail-Handels mit ordentlicher Buchführung zugelassen (§. 15, 19). Sie können bei einem jeden Handwerke Meister werden, und selbst wieder christliche und jüdische Lehrlingen und Gesellen halten (§. 18). Es ist ihnen gestattet, das volle und das Nutz-Eigenthum von Häusern, Feld- und anderen liegenden Gründen zu erwerben, und dasselbe auf jede durch die Gesetze erlaubte Art zu benutzen. Das abgesonderte Obereigenthum und gutherrliche Rechte können sie nicht erlangen, wohl aber ist es ihnen erlaubt, das Obereigenthum mit dem Nuzseigenthum zu vereinigen. Grundstücke, welche sie nicht selbst bewohnen und bebauen, sondern wieder verkaufen wollen, können sie nur bei öffentlichen Versteigerungen oder in Konkursfällen jure delendi an sich bringen, und zum Ankauf von Häusern in München bedürfen sie der Genehmigung des Königs (§. 16). Felder können sie durch jüdische oder christliche Diensthoten bearbeiten lassen, auch dieselben erpachten, aber nicht verpachten (§. 17). Sie treten in die christlichen Ortsgemeinden ein, und theilen mit denselben die Gemeinde-Rechte und Verbindlichkeiten.

Der Landtagsabschied vom 22sten Juli 1819 enthält die Worte: „Unser Staatsministerium des Innern wird sich zur Erfüllung des „Wunsches und Antrags Unserer Stände vom 10ten Juli mit der „ohne dies schon früher beabsichtigten Revision der über die Ver- „hältnisse der jüdischen Glaubensgenossen bestehenden Verordnun- „gen unverzüglich beschäftigen, und wir werden einen umfassenden „Gesekentwurf hierüber an die nächste Stände-Versammlung ge- „langen lassen.“

In der Sitzung der Ständeverversammlung vom 13ten Mai 1822 erklärte jedoch die Regierung, dass sie die Erlassung eines neuen Gesekentwurfs noch nicht für zeitgemäß befunden habe.

In Baden wurden die Juden durch das 6te Constitutionse-Edict vom 4ten Juni 1808 zu Schutzbürgern des Ortes, in welchem sie bisher gewohnt, erklärt, mit der Erlaubniß, jeden mit Christen gleichförmigen Gewerbszweig zu ergreifen, und dadurch das Ortsbürgerrecht zu erlangen. — Das Edict vom 13ten Jan. 1809

machte sie zu einem konstitutionsmäßig angenommenen Religions-
theile des Großherzogthums, und verordnete, dass in allen Ver-
hältnissen des bürgerlichen Lebens die jüdischen mit den christlichen
Einwohnern eines jeden Ortes eine ungetheilte Gemeinde ausma-
chen sollten. Von der Wählbarkeit zum Magistratsrathe, Bürger-
meister und Deputirten zum Landtage, vom Civil- Staatsdienste
und von Officierstellen *) schloss man sie bisher aus; zu den Wah-
len wurden sie jedoch zugezogen und sind auch häufig zu Wahl-
männern gewählt worden.

In der 32sten Sitzung der zweiten Badischen Kammer, am
3ten Juni d. J., hat der Antrag der Judenschaft auf völlige
bürgerliche Gleichstellung den provisorischen Beschluss veranlasst:

»Dass die Regierung gebeten werden möge, eine Versamm-
»lung der Abgeordneten der Israeliten des Landes zu veranlassen,
»und ihr diejenigen Vorlagen zu machen, welche die Regierung
»selbst für zweckmäßig findet, um die der weiteren Civilisation der
»Juden und ihrer Gleichstellung mit den Christen entgegenstehen-
»den Hindernisse nach Thunlichkeit zu beseitigen.«

Kurz vor der Eröffnung der Berathungen war die Schrift
des Herrn Dr. Paulus erschienen und wurde sie daher ein Haupt-
gegenstand der Diskussionen. Sie konnte bei der Autorität des
Verfassers nicht ohne Einfluss bleiben, um so weniger, als des Hrn.
Dr. Kieffer Gegenschrift (um einige Tage zu spät nach Baden
kam; und wenn auch kräftige Stimmen sich gegen die Sophismen
und factischen Unwahrheiten in der Paulus'schen Schrift erho-
ben, so war es doch ganz natürlich, dass die Kammer Anstand
nahm, die volle Gleichstellung auszusprechen, bevor nicht durch
eine genaue Prüfung die Unwahrheit und Unhaltbarkeit der ge-
machten Einwürfe aufgedeckt war. Da dies aber der zu berufen-
den Versammlung jüdischer Abgeordneten nicht schwer fallen wird,
so ist die volle Emancipation von dem nächsten Landtage zu er-
warten, zu welcher Hoffnung schon die im Allgemeinen bei den
Verhandlungen hervorgetretene, den Israeliten günstige Stimmung
berechtigt.

*) In Oesterreich können sie Staatsofficiere werden (auch Edelleute
und Barone), aber nicht Bürger.

In Hessen=Darmstadt bestimmt die Verfassungsurkunde vom 17ten December 1820 :

»Art. 15. Nichtchristliche Glaubensgenossen haben das Staatsbürgerrecht alsdann, wenn es ihnen das Gesetz verliehen hat, oder wenn es Einzelnen entweder ausdrücklich oder durch Uebertragung eines Staatsamtes stillschweigend verliehen ist.

»Art. 18. Alle Hessen sind vor dem Gesetze gleich.

»Art. 22. Jedem Einwohner des Großherzogthums wird der Genuss vollkommener Gewissensfreiheit zugesichert. Der Vorwand der Gewissensfreiheit darf jedoch nie ein Mittel werden, um sich irgend einer nach den Gesetzen obliegenden Verbindlichkeit zu entziehen. «

In der freien Stadt Frankfurt a. M. stehen die Juden nach der Verordnung vom 2ten September 1824 als israelitische Bürger in dem Staatsunterthanen = Rechte, sind aber von der Verwaltung des Staates und der christlichen Gemeinden ausgeschlossen. — Sie dürfen alle Gewerbe gleich den christlichen Bürgern betreiben; nur der Handel mit Brennholz, Frucht, Fourage und der Großhandel mit Mehl ist ihnen untersagt. Nach Verlauf von 10 Jahren dürfen sie christliche Arbeiter in Fabriken und Manufacturen nur auf Dispensation des Senates gebrauchen, und der jüdische Handwerksmeister soll sich nur jüdischer Gehülften bedienen. Jüdische Lehrlinge müssen bei christlichen Meistern ein Jahr länger in der Lehre stehen, wenn sie nicht erweislich am Sabbath gleich den christlichen Lehrlingen gearbeitet haben; ein Gleiches gilt hinsichtlich der Zahl der Wanderjahre. — Sie haben das Recht, in der Stadt und deren Umgebungen Häuser und Gärten eigenthümlich zu erwerben, auch wo sie wollen Läden und Gewölbe zu miethen und offene Läden zu halten, jedoch mit der Beschränkung, dass jeder Familienvater oder selbstständige Jude nur Ein Haus und Einen Garten eigenthümlich besitzen, auch nur Eine Wohnung zum Behuf der eigenen Bewohnung miethen darf. — Jährlich im Durchschnitte sollen nicht mehr als 15 israelitische Ehen geschlossen werden.

In Kurhessen (ausschließlich des Fürstenthums Hanau und des Großherzogthums Fulda) sind die Juden seit dem 14ten

Mai 1816 Staatsbürger, mit alleiniger Ausnahme der s. g. Nothhändler; nur dürfen sie Grundstücke in den nächsten 10 Jahren nach dem Ankaufe nicht veräußern, müssen dieselben selbst bewirthschaften oder an Israeliten verpachten, und wenigstens die Hälfte des zur Landwirthschaft erforderlichen Gesindes aus inländischen Juden nehmen, können weder das Obereigenthum von Grundstücken, noch Zins- und Zehnt-Gefälle, sofern solche nicht Zubehörungen eines von ihnen erworbenen Gutes sind, acquiriren, auch Antheil an Gemeindenußungen nur mittelst eines lästigen Titels und mit Bewilligung von wenigstens 2 Dritttheilen der Gemeindeglieder erwerben. — Der jüdische Handelsmann darf nur Ein Haus ankaufen, und in der Oberneustadt von Kassel ist zum Ankaufe eines Hauses für jeden Israeliten die Genehmigung des Landesherrn erforderlich.

Die neue Verfassungsurkunde für Kurhessen vom 5ten Jan. 1831 hat im §. 22 einem jeden Inländer, und also auch dem Israeliten, die Fähigkeit zu Staatsämtern und zur Volksvertretung *) zugestanden. Im §. 29 sind die den Israeliten bisher eingeräumten Rechte unter den Schutz der Verfassung gestellt, und die gleichmäßige Ordnung ihrer besonderen Verhältnisse für alle Gebietstheile ist versprochen.

In Sachsen-Meiningen ist den Juden durch Reglement vom 5ten Januar 1811 gestattet, Häuser und Grundstücke zu besitzen und zu erwerben, oder auch zu pachten, unter der Bedingung, daß sie die Grundstücke selbst oder durch jüdisches Gesinde und jüdische Tagelöhner bebauen, — Fabriken und Manufakturen zur Beschäftigung jüdischer Arbeiter anzulegen (mit der Zusicherung möglichster Unterstützung, sobald sich einiger Erfolg dabei voraussehen lassen würde), — Professionen und Handwerke aller Art zu erlernen, und sich als Freimeister auf ihr erlerntes Handwerk zu ernähren, sofern sie sich über ihre Aufnahme in die resp. Zünfte mit diesen nicht sollten vereinigen

*) Zu dem am Ende Aprils d. J. vorgenommenen neuen Wahlen wurden die Wähler ausdrücklich ohne Unterschied der Religion aufgefordert, und auf den denselben vorgelegten Listen der Wahlmänner fanden sich auch die Namen der wahlfähigen Israeliten.

können, — an allen Schulen und Lehranstalten des Landes (unter Dispensation von den Religionsstunden) und an den zur Unterstützung unbemittelter Studirenden vorhandenen milden Stiftungen und Stipendien Theil zu nehmen u. s. w. — Die ganze Verordnung sichert in vielen Sätzen denjenigen Juden, welche sich zu bürgerlichen Gewerben, Künsten, Wissenschaften, Feldarbeiten u. s. w. wenden wollen, mannigfache Unterstützungen und Belohnungen zu.

In Sachsen-Weimar ist durch das Großherzogth., nach vorgängiger Berathung mit den Landständen erlassene Edict vom 20sten Juni 1823 §. 1 als Regel ausgesprochen, daß alle Juden, welche in dem Großherzogthum als Unterthanen aufgenommen sind, mit den übrigen Staatsunterthanen gleiche Rechte und gleiche Verbindlichkeiten haben sollen. Nach §. 8 haben die Juden, welche sich den höheren Wissenschaften widmen wollen, gleiche Ansprüche auf Unterstützung, Stipendien u. s. w., wie ihre jungen christlichen Mitbürger. Der §. 13 gestattet nur Einem von mehreren Söhnen eines jüdischen Vaters, welche sich dem Handelsstande widmen, die Verheirathung. Ehen zwischen Juden und Christen erlaubt der §. 15, jedoch unter der Bedingung, daß die Kinder in der christlichen Religion erzogen werden. Im §. 19 ist die Uebersiedelung von einem Orte in den anderen von der Zustimmung von $\frac{2}{3}$ der stimmfähigen Einwohner und von der Genehmigung der Landesdirection abhängig gemacht; §. 21 erlaubt ihnen die Betreibung jeder Art von Gewerben, mit Ausnahme der Bierbrauerei, der Bäckerei, der Mehlgerei, der Schenk- und Gast-Wirthschaft. Sie dürfen namentlich Fabriken und Manufacturen anlegen, auch Professionen und Handwerke erlernen und als Meister ausüben. Nach §. 25, 26 dürfen sie in ihren Wohnorten Häuser und Feldgüter sowohl pachten als eigenthümlich erwerben, letztere jedoch nur unter der Bedingung, daß sie dieselben entweder selbst bewirthschaften, oder durch andere Juden bewirthschaften lassen. Das Obereigenthum an Grundstücken ohne das nutzbare Eigenthum, Zinsen und Zehnten, die nicht zu Grundstücken gehören, imgleichen solche Güter, mit denen das Recht der Landstandschafft oder andere grundherrliche Rechte verbunden sind, dürfen noch zur Zeit von Juden nicht besessen werden. — Alle nicht gleich zu erfüllende Contracte, welche ein Jude, der nicht in Weimar oder

Eisenach größere Handels- und Wechselgeschäfte treibt, oder selbst als Innungsverwandter oder Concessionist einen offenen Laden hält, mit Christen, die weder schriftsässig noch wechselfähig sind, abschließt, müssen, wenn sie für den Christen eine Schuld von mehr als 5 Rthlr. begründen sollen, im Großherzogthum selbst und vor Gericht errichtet, und von dem letzteren nach sorgfältiger Sachprüfung confirmirt sein. — Ueber den Judeueid sind besondere Vorschriften im §. 32 gegeben; und nur bekannte achtbare Juden sollen nach §. 33 als Zeugen einen vollen Beweis liefern können. —

Der Gesetzgeber wird nach einer genauen Vergleichung dieser einzelnen Bestimmungen zu dem Schlusse gelangen, daß alle Beschränkungen, welche einzelne Staaten gegen die Juden aussprechen, nicht in der Religion und in der Eigenthümlichkeit der letzteren ihren Grund fanden, sondern nur aus individuellen Meinungen oder aus lokalen und momentanen Rücksichten hervorgegangen sind, indem einige Staaten Rechte verliehen, welche andere unbedingt oder unter Modificationen versagten, und dagegen Rechte verweigerten, welche diese Staaten unbedingt oder unter Modificationen zugestanden. So hat z. B. Württemberg den Israeliten den Staatsdienst eröffnet, und den Ankauf und Verkauf von Grundstücken auf mannigfache Weise beschränkt; wogegen ihnen Preußen Staatsämter versagt, und sie bei dem Erwerbe von Grundstücken ganz den Christen gleichstellt u. s. w. —

Jede Beschränkung ganzer Klassen von Unterthanen, und so auch der Juden, ist ungerecht; denn sie trifft den Redlichen mit dem Unredlichen, sie verfolgt Personen ohne Rücksicht auf ihre Handlungen. Fürchtet der Staat den Mißbrauch einzelner Rechte, so erlasse er weise, seinen besonderen Bedürfnissen entnommene und angepasste Gesetze, welche jedem Unterthan, dem Christen wie dem Juden, den Mißbrauch erschweren oder unmöglich machen, und halte streng auf deren Befolgung. *) —

*) Vergl. z. B. die Bestimmungen über den Hausirhandel in der Verordnung vom 29sten October 1821, die Gewerbesteuer betreffend, §. 26. folg.

Mögen Hannover und Sachsen noch Bedenken tragen, das Staatsbürgerrecht ihren jüdischen Unterthanen zu ertheilen, da diese noch nicht alle Bürgerpflichten erfüllen, mag bei den Berathungen über diesen Gegenstand in jenen Ländern die Frage gestellt werden: ob den Juden, gegen Uebnahme aller Bürgerpflichten, die Bürgerrechte zu ertheilen sind; — wir haben nur die Frage gerecht und unpartheiisch zu beantworten: ob wir den Juden, die längst alle Staatsbürgerpflichten ohne Ausnahme erfüllen, das Staatsbürgerrecht noch länger vorenthalten dürfen.

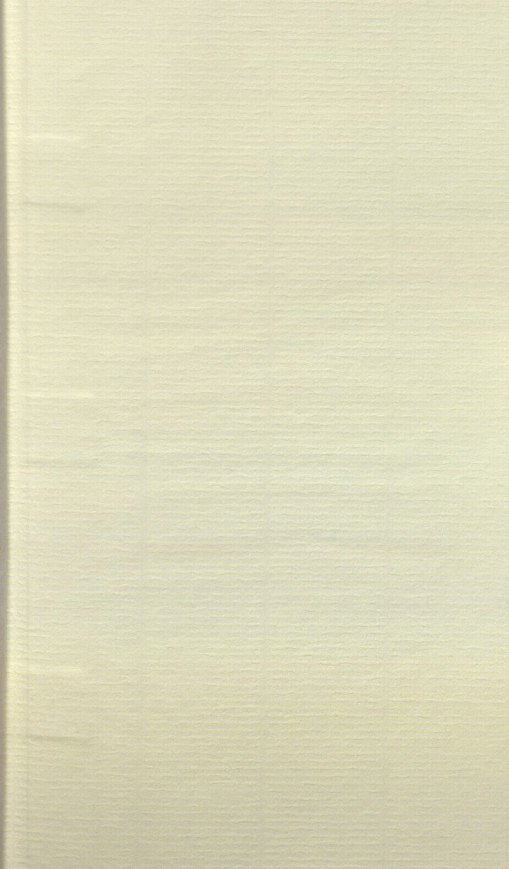
Tabellarische der jüdischen Bevölkerung

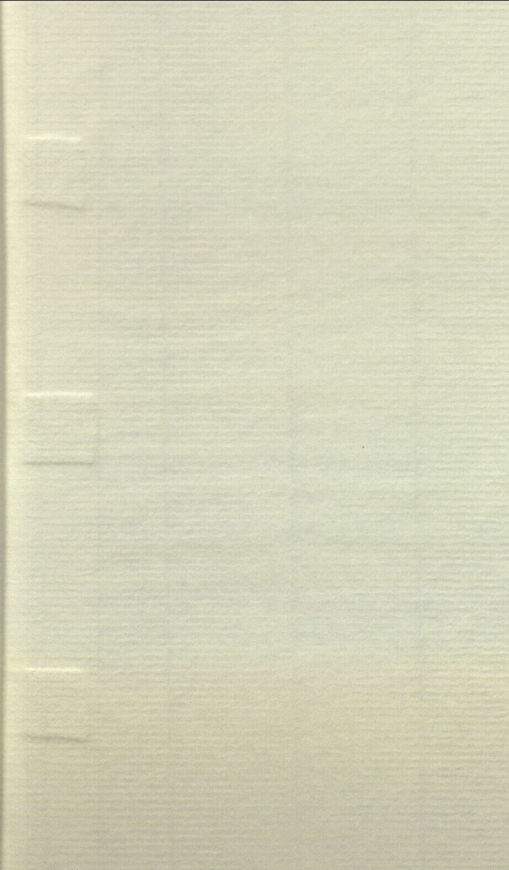
Uebersicht des Herzogthums Braunschweig.

Gemeinde.	Familien.	Seelen.	Gelehrte.	Künstler, Handwerker u. dgl.	Unterricht.
Braunschweig.	74.	389.	3 Doctoren der Medicin, 1 Doctor der Philosophie, 1 Mathematiker, 2 Studenten der Rechte.	1 Maler, 1 Mechanikus, 1 Schirmmacher, 1 Drechsler, 1 Buchbinder, 1 Schlächter, 2 Schuhmacher, 1 Buchdruckereigehülfe, 2 Wattenfabrikanten, 2 Bohnkutscher.	In den christlichen Stadtschulen und in einer jüdischen Religions- und Elementarschule. s. S. 33, 35 und 52.
Wolfenbüttel.	12.	62. (ausschließlich der Zöglinge des Samson'schen Instit.)	Der Inspector des Samson'schen Instituts und 1 Unterlehrer.	1 Damastweber, 1 Buchbinder.	In den Stadtschulen und in dem Samson'schen Institute. s. S. 34. u. 35.
Holzminden.	13.	70.	—	4 Gelbgießer, 1 Buchbinder, 1 Schneider, 1 Graveur, 1 Maler, 1 Goldarbeiter, 1 Goldsticker, 1 Tabacksfabrikant, 1 Tabackspinner.	In den Stadtschulen und bei einem jüdischen Religionslehrer.
Bevern, Altendorf, Boszen, Derenthal.	13.	50.	—	—	Den Bewohnern dieser 4 zum Kreisamte Holzminden gehörigen Ortschaften, welche sehr arm sind, und zum Theil von Holzminden aus unterstützt werden, fehlt der Unterricht gegenwärtig ganz.
Gandersheim.	5.	39.	—	1 Seifensieder.	In den Stadtschulen und bei einem jüdischen Religionslehrer.
Helmstädt.	6.	34.	2 Studenten der Medicin.	1 Handschuhmacher, 1 Bohnkutscher.	In den Stadtschulen und bei einem jüdischen Lehrer, der aber wegen Mangels an Geldmitteln entlassen werden muß.
Schöningen.	6.	28.	—	1 Buchbinder.	In den Stadtschulen und bei einem Schächter.
Seesen.	8.	68. (ausschließlich der Zöglinge des Jacobson'schen Instit.)	Der Director des Jacobson'schen Instituts u. 1 Unterlehrer.	1 Mechanikus, 2 Schlächter, 1 Schuhmacher.	In den Stadtschulen, bei einem jüdischen Religionslehrer und in dem Jacobson'schen Institute. s. S. 33, 34.
Kreis = Amt Stadtholzen.	11.	80.	—	1 Buchbinder, 1 Gelbgießer.	Bei einem jüdischen Lehrer (einige Kinder werden auswärtig unterrichtet).
Kreis = Amt Eschershausen.	7.	34.	—	2 Schlächter.	Bei einem Privatlehrer (drei Kinder erhalten auswärtig Unterricht).
Kreis = Amt Ottenstein.	20.	109.	1 Student der Medicin.	1 Oekonom, 1 Färber, 2 Schlächter.	In den christlichen Schulen und bei zwei jüdischen Lehrern in Heflen und in Ottenstein (in Kemnade sind 2 Kinder, welche auswärtig Unterricht erhalten).
Kreis = Amt Kallbörde.	3.	16.	—	1 Färber, 1 Schneider.	Einige Kinder erhalten auswärtig Unterricht.
Kreis = Amt Thedinghausen.	4.	29.	—	1 Gerber.	Bei einem jüdischen Lehrer.
	182.	1008.	14.	46.	

Druckfehler.

Seite	3	Zeile	1 v. u. auf fällt weg.
»	4	»	4 v. o. statt aler lies aller.
»	21	»	12 v. u. st. seine Gewissenhaftigkeit l. die Gewis- senhaftigkeit des Juden.
»	34	»	4 v. o. st. sind l. ist.
»	43	»	3 v. o. st. Baren l. Bauer.
»	—	»	9 v. u. st. ihr l. Ihr.
»	48	»	11 v. u. st. er l. der Jude.
»	57	»	1 v. u. st. Verdienstliche l. Verdienstlichste.
»	63	»	14 v. o. st. 24 l. 14.
»	64	»	14 v. u. st. ihn l. ihm.
»	—	»	12 v. u. st. gelangen, l. gelangen;
»	—	»	9 v. u. st. anzunehmen. l. anzunehmen?
»	77	»	18 v. o. st. van Schwinden l. van Swinden.









KODAK GRAY SCALE



C	Red-Filter Negative	Cyan Printer	M	Green-Filter Negative	Magenta Printer	Y	Blue-Filter Negative	Yellow Printer
----------	---------------------	--------------	----------	-----------------------	-----------------	----------	----------------------	----------------



black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green



KODAK COLOR CONTROL PATCHES



These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.